

EUROPÄISCHE KOMMISSION

# EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

## BERICHT Nr. 46

Veröffentlichung: Mai 1997

Umfragen : Oktober - November 1996

Generaldirektion X  
Rue de la Loi 200 (T120 4/8)  
B-1049 Brüssels  
Belgien

Telefon: (32.2) 299.91.72  
Fax: (32.2) 299.45.77  
e-mail: Eurobarometer@dg10.cec.be

Internet: Europa Server <http://europa.eu.int/en/comm/dg10/infocom/epo/eb.html>

Nachdruck - ausgenommen zu kommerziellen Zwecken - mit Quellenangabe gestattet

## Vorbemerkung

*EUROBAROMETER-Meinungsumfragen ("Standard EUROBAROMETER-Meinungsumfragen") werden im Auftrag der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" der Europäischen Kommission seit dem Herbst 1973 jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland, seit Herbst 1985 Spanien und Portugal und seit Herbst 1990 die ehemalige DDR und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein.*

*Einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber wird ein für alle Mitgliedstaaten gleichlautender Fragebogen vorgelegt. In der Regel umfaßt die Stichprobe für die Standard Eurobarometer-Umfrage 1000 Personen je Land; einzige Ausnahmen sind Luxemburg (500) und das Vereinigte Königreich (1.000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, wurden ab Eurobarometer Nr. 34 in Deutschland jeweils 2.000 Personen befragt: 1000 in West- und 1000 in Ostdeutschland.*

*Die jüngsten Umfragen werden von nationalen Instituten durchgeführt, die dem "INRA (EUROPE)-European Coordination Office" angehören. Alle beteiligten Institute wurden über Ausschreibungen ausgewählt und sind Mitglieder der "European Society for Opinion and Marketing Research" (ESOMAR), deren Normen für sie verbindlich sind.*

*Die für die gesamte Gemeinschaft aufgeführten Zahlen sind gemäß der Erwachsenenbevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen Auf- oder Abrundung summieren sich die Prozentwerte nicht immer genau auf 100, sondern z.B. auf 99 oder 101. Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, können die Prozentwerte auch deutlich über 100% hinausgehen. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um rund 1% von den in den Tabellen aufgeführten Zahlen abweichen.*

*Wie bei Umfragen dieser Art üblich, übernimmt die Kommission für Fragen, Ergebnisse und Kommentare keinerlei Gewähr. Der vorliegende Bericht, den das Referat "Beobachtung der Tendenzen der öffentlichen Meinung" (X.A.2; Referatsleiter: Anna Melich) der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" erstellt hat, ist für den Dienstgebrauch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften bestimmt.*

### **Erhebungen der Eurobarometer Serie**

*Die Europäische Kommission (Generaldirektion X) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussion, Intensivinterviews) in allen Mitgliedstaaten und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei wird auf fünf verschiedene Formen der Eurobarometer Meinungsumfrage zurückgegriffen:*

- \* Das traditionelle Standard Eurobarometer mit seinem zweimal jährlich erscheinenden Bericht
- \* "Continuous Tracking Survey" (CTS), der ab Januar 1996 den Monats-Telefon-Monitor ersetzt, mit Berichten, die vierteljährlich in "Europinion" veröffentlicht werden
- \* Telefon Flash EB, das u.a. für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (Top Decision Makers)
- \* Qualitative Analysen ("Brennpunkt-Gruppen", Intensiv-Interviews)
- \* EB Mittel- und Osteuropa, eine jährliche Übersicht über die Meinung der breiten Öffentlichkeit in 16 mittel- und osteuropäischen Staaten; in Zusammenarbeit mit der GD I und GD 1A

*Die persönlichen Befragungen des Standard Eurobarometer, des Telefon Flash EB und die qualitativen Analysen dienen im wesentlichen dazu, im Auftrag und auf Rechnung der verschiedenen Generaldirektionen und vergleichbarer Sonderdienste der Kommission Erhebungen durchzuführen.*

## Schlagzeilen

- \* Die wirtschaftlichen und sozialen Erwartungen für 1997 sind im wesentlichen von Pessimismus geprägt. Mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den Mitgliedstaaten wird generell nicht gerechnet. Eher positive Erwartungen sind aus Irland, Finnland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich zu vermelden, wo immerhin jeder Dritte glaubt, daß 1997 ein besseres Jahr wird als 1996.
- \* Am ausgeprägtesten ist der Pessimismus in Deutschland, Frankreich, Belgien und Griechenland, wo nur jeder Zehnte mit einer Verbesserung der Lage rechnet.
- \* Hinsichtlich der persönlichen Situation sind die EU-Bürger allerdings positiver eingestellt: eine Mehrheit (58 %) erwartet, daß die eigene berufliche Situation 1997 unverändert bleibt. Fast jeder zweite EU-Bürger geht davon aus, daß sich die allgemeine Beschäftigungslage verschlechtert. Auch hier ist der Pessimismus in Deutschland besonders verbreitet: 74 % der Ostdeutschen und 65 % der Westdeutschen rechnen mit einer Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt.
- \* Die Standardindikatoren weisen darauf hin, daß die Zustimmung zur Europäischen Union in den vergangenen zwölf Monaten zurückgegangen ist. Die Zustimmung zur Mitgliedschaft ist insgesamt um 5 % gesunken. Immer noch am höchsten sind diese Werte in Irland, Luxemburg und den Niederlanden, wobei auch in diesen Ländern keine Steigerung zu verzeichnen war, während in Schweden, Österreich, dem Vereinigten Königreich, Finnland und Deutschland die geringste Zustimmung zu verzeichnen ist.
- \* Die Zustimmung in Fragen im Zusammenhang mit den demokratischen Prozessen ist nach wie vor groß, und zwei Drittel der Europäer sprechen sich für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aus.
- \* Die Zustimmung zur einheitlichen europäischen Währung ist in den vergangenen zwölf Monaten um 4 % und damit auf 51 % gestiegen, doch fühlt sich die überwiegende Mehrheit (77 %) der Öffentlichkeit nicht gut informiert, gerade 2 % fühlen sich "sehr gut informiert" und 19 % haben das Gefühl, "gut informiert" zu sein. Dieses Gefühl des Informiertseins ist eher bei Männern, Personen mit hohem Bildungsniveau und Angehörigen der oberen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen verbreitet.
- \* Der geplante Zeitpunkt für die Einführung des Euro - das Jahr 2002 - ist nicht sehr bekannt, obwohl zwei Drittel der EU-Bürger erwarten, daß die neue Währung zu diesem Zeitpunkt eingeführt wird. Dabei wird von den Massenmedien und von den Kreditinstituten maßgebliche Informationsarbeit erwartet.
- \* Knapp über die Hälfte der EU-Bürger (51 %) sehen sich selbst bis zu einem gewissen Grad als Europäer, doch ist die Zahl derer gestiegen, die sich nur als Angehörige der eigenen Nationalität sehen (+6 %). Die politische Linke tendiert eher dazu, sich als Europäer zu sehen, als diejenigen, die sich der Rechten zuordnen: 58 % verglichen mit 38 %.
- \* Von allen EU-Bürgern wird den Deutschen, Schweden, Dänen und Niederländern das größte Vertrauen entgegengebracht. Das Vertrauen in die Bevölkerung des eigenen Landes ist bei den Dänen (61 % haben "viel Vertrauen" in ihre Mitbürger) und Schweden (56 %) am ausgeprägtesten, ansonsten sind die Bürger eher unentschlossen, und in einigen Ländern kann immerhin ein Drittel der Befragten nicht sagen, ob man den Mitbürgern vertrauen kann.
- \* Das Fernsehen ist für die Mehrheit der EU-Bürger die wichtigste Informationsquelle. Radio und Zeitungen sind für die Nordeuropäer häufig zusätzliche Informationsquellen, haben jedoch in den südlichen Ländern eine wesentlich geringere Bedeutung.
- \* Sieben von zehn EU-Bürgern fühlen sich nicht gut über die Union informiert, und die Mehrheit (67 %) wüßte gern mehr darüber. Der Kenntnisstand über die Bürgerrechte ist sehr unterschiedlich: über bestimmte Bereiche wie das Recht, in einem anderen Mitgliedsland zu studieren und zu arbeiten, sind viele informiert, während eine Reihe anderer Rechte weniger bekannt sind. Als Informationsquellen über die EU wurden erwartungsgemäß in erster Linie das Fernsehen und die Presse genannt, doch gibt es im nationalen Kontext erhebliche Unterschiede; so wurde beispielsweise das Internet in Schweden von 42 % der Befragten genannt, in Spanien hingegen nur von 11 %.
- \* Neun von zehn Europäern wollen "*sauberere Luft in ihren Städten*", aber nur eine Minderheit von 43 % spricht sich dafür aus, "*die Luftverschmutzung über die Besteuerung von privaten Kraftfahrzeugen und Benzin zu verringern*".
- \* Die überwiegende Mehrheit der Europäer (82 %) hält es für wichtig, den armen Ländern Entwicklungshilfe zu leisten, wobei 24 % meinen, daß die Hilfe, die die Europäische Kommission leistet, "sehr verstärkt" werden sollte, während 15 % angaben, die Hilfe durch die eigene Regierung sollte wesentlich gesteigert werden.

## Wichtige Ereignisse um die Zeit der Umfrage

## Oktober bis November 1996

<b>1. Juli 1996</b>	Irland übernimmt die Präsidentschaft der Europäischen Union
<b>18. Juli</b>	Das Präsidium des Europäischen Parlaments empfiehlt die Einsetzung eines einstweiligen Untersuchungsausschusses zum Thema BSE
<b>25. Juli</b>	Staatsstreich in Burundi
<b>14. September</b>	Wahlen in Bosnien Herzegowina

13. Oktober	Ein griechischer Zypriote wird von den türkisch-zypriotischen Sicherheitskräften erschossen
20. Oktober	Europa- und Kommunalwahlen in Finnland  In Brüssel findet der "Marche blanche" statt, um den Eltern der Opfer des belgischen Rings von Pedophilen Solidarität zu bekunden
22. Oktober	Zusammenstoß zwischen Präsident Chirac und den israelischen Sicherheitskräften bei einem Gang durch Jerusalem  Der Grenzkonflikt zwischen Zaire und Ruanda verschärft sich; rund 250.000 Flüchtlinge verlassen das Gebiet
23. Oktober	Wissenschaftler in Großbritannien weisen Zusammenhang zwischen BSE und Creutzfeldt-Jakobs Krankheit nach
25. Oktober	Berichte über eine weitere Verschärfung der Situation in Kivu im Osten Zaires
30. Oktober	EU-Agrarminister genehmigen Unterstützungspaket für den Rindfleischmarkt
31. Oktober	Eine halbe Million Flüchtlinge machen sich auf den Weg, da die Flüchtlingslager Uvira und Bukavu von sich bekämpfenden Streitkräften überfallen werden. Kommissionsmitglied Bonino fordert stärkere Handlungsbereitschaft und mehr Hilfe
3. November	Parlamentswahlen in Rumänien  Präsidentschaftswahlen in Bulgarien: der Kandidat der Opposition Petar Stoianov geht als Sieger hervor
5. November	Bill Clinton zum demokratischen Präsidenten der Vereinigten Staaten wiedergewählt
6. November	Kommission legt Vorausschätzung der wirtschaftlichen Daten für die EWU-Kriterien vor
7. November	EU-Minister beraten über Zaire und fordern Dringlichkeitssitzung der UN  In Deutschland werden Zahlen veröffentlicht, die auf einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit schließen lassen
8. November	Entsendung eines UN-Gesandten nach Zaire  Bundeskanzler Kohl kündigt drastische Kürzung der Ausgaben an
11. November	Rat der Wirtschafts- und Finanzminister vertagt Entscheidung über den Stabilitätspakt  Der Europäische Gerichtshof verwirft britische Klage gegen die 48-Stunden-Woche
12. November	UN stimmt gegen US-Embargo gegen Kuba

## Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Erwartungen für das kommende Jahr.....	1
---	---

1.1 Einführung.....	1
1.2 Allgemeine Erwartungen für 1997.....	1
1.3 Die wirtschaftliche Lage im kommenden Jahr.....	4
1.4 Die finanzielle Situation der privaten Haushalte.....	5
1.5 Die Beschäftigungssituation im eigenen Land.....	6
1.6 Erwartungen hinsichtlich der persönlichen beruflichen Situation.....	7
2. Die Zustimmung der Öffentlichkeit zur Vereinigung Westeuropas.....	10
2.1 Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union.....	10
2.2 Vorteile durch die Mitgliedschaft.....	12
2.3 Das Tempo der Europäischen Integration.....	26
2.4 Der europäische Binnenmarkt - Hoffnung oder Befürchtung?.....	28
3. Wichtige Punkte auf der politischen Tagesordnung.....	30
3.1 Zustimmung zu aktuellen politischen Fragen.....	31
3.2 Eine Europäische Regierung.....	33
3.3 Subsidiarität - Nationale oder gemeinsame Entscheidungen ?.....	35
3.4 Zustimmung zu einer einheitlichen Währung.....	37
3.5 Fühlen sich die Bürger Europas über die einheitliche Währung informiert?.....	40
3.6 Die Einführung der Währung.....	42
3.7 Welche Länder werden von Anfang an an der einheitlichen Währung teilnehmen?.....	43
4. Europäische Identität und Vertrauen in die verschiedenen Nationalitäten.....	46
4.1 Nationale und europäische Identität.....	46
4.2 Vertrauen zwischen den Völkern.....	48
4.3 Wieviel Vertrauen bringen die Bürger ihren eigenen Mitbürgern entgegen?.....	48
4.4 Vertrauen in die Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.....	49
4.5 Vertrauen in die Bevölkerung von Drittländern.....	50
5. Nutzung der Medien und Bürgerrechte.....	52
5.1 Generelle Nutzung der Medien.....	52
5.2 Das Gefühl des Informiertseins und die Nachfrage nach Information.....	55
5.3 Bekanntheitsgrad der Bürgerrechte.....	57
5.4 Informationsquellen über die Bürgerrechte.....	59
5.5 Die irische Präsidentschaft.....	60
6. Sonstige Dimensionen der Europäischen Union.....	62
6.1 Die Bedeutung von Umweltfragen.....	62
6.2 Die Bedeutung der Entwicklungshilfe der Europäischen Union an Drittländer.....	64
6.3 Gründe, die gegen die Entwicklungshilfe sprechen.....	65

## Anhänge

	Seite
A. Lists/Listes .....	A.1
A.1 List of graphics/Liste des graphiques.....	A.1
A.2 List of tables/Liste des tableaux.....	A.5
A.3 Explanatory note for Table Headings Note Explicative de Certains Intitulés dans les Tableaux .....	A.10
B. Tables..... Tableaux	B.1
C. Technical specifications .....	C.1
Fiches Techniques	
C.1. Co-operating Agencies and Research Executives.....	C.1
Instituts et Responsables de Recherche	
C.2. Administrative Regional Units .....	C.2
Unités Administratives Régionales	
C.3. Sample Specifications - Standard Eurobarometer 46.0 .....	C.3
Spécifications de l'Echantillon - Eurobaromètre Standard 46.0.....	C.4
C.4. Sample Specifications - Standard Eurobarometer 46.1 .....	C.5
Spécifications de l'Echantillon - Eurobaromètre Standard 46.1.....	C.6
C.5. Socio-Demographic and Socio-Political Variables used in cross tabulations.....	C.7&8
D. Eurobarometer Surveys on Attitudes of Europeans Recherches sur les Attitudes des Européens dans l'Eurobaromètre.....	D.1

## Editorial

Eurobarometer 46 berichtet über die Ergebnisse von zwei Umfragen - Eurobarometer 46.0 und 46.1 - die gegen Ende 1996, d.h. vom 12. Oktober bis 22. November 1996, bei der breiten Öffentlichkeit durchgeführt wurden. Der überwiegende Teil des Berichts basiert auf den Erkenntnissen der früheren Umfrage, während für den Abschnitt über die einheitliche Währung die Ergebnisse beider Umfragen zusammengekommen wurden, so daß die Stichprobe in diesem Fall einen kumulativen Umfang von 32.000 Befragten erreicht. Einzelheiten zu den Stichproben sind den Anhängen zu entnehmen.

Das Jahresende 1996 war durch eine Reihe von Ereignissen geprägt, die teils von weltweiter, teils von europaweiter Bedeutung waren. Im internationalen Rahmen waren wir Zeugen der dramatischen Entwicklung in Afrika, wo sich die Spannungen zwischen Zaire und Ruanda verschärften und in der Zivilbevölkerung enorme Flüchtlingsströme mit all dem damit zusammenhängenden Elend auslösten.

Auf der politischen Bühne wurden in Bosnien Herzegowina Wahlen abgehalten, während in Amerika William Jefferson Clinton am 5. November für eine zweite Amtszeit ins Weiße Haus gewählt wurde. Schließlich fanden im November auch in Rumänien und Bulgarien Wahlen statt.

In der Europäischen Union waren weiterhin die Nachwirkungen der BSE-Krise zu spüren, und die Kosten summierten sich. Im Oktober hatten Wissenschaftler in Großbritannien verkündet, daß sie einen Zusammenhang zwischen BSE und der Creutzfeldt-Jakobs Krankheit nachgewiesen hatten. Indessen befaßte sich auch der einstweilige Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments mit der Frage und sollte planmäßig bis zum Jahresende seinen Bericht abschließen, der jedoch dann tatsächlich erst im Februar 1997 vorgelegt wurde.

Die europäische Einigung war ein weiteres wichtiges Thema auf der politischen Tagesordnung. Ein großes Thema war dabei die Regierungskonferenz, auf der die Revision des Vertrags über die Europäische Union vorbereitet wurde. Auf dem Gipfel von Dublin wurden der generelle Grundriß des Revisionsentwurfs der Verträge mit dem Titel *"Die Europäische Union heute und morgen - Die Anpassung der Europäischen Union zum Nutzen ihrer Bürger und im Hinblick auf die Zukunft"* erörtert.<sup>1</sup>

Dieses Papier setzt sich aus fünf großen Abschnitten zusammen:

1. Ein Raum der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit
2. Die Union und ihre Bürger
3. Eine wirksame und kohärente Außenpolitik
4. Die Organe der Union
5. Eine bessere Zusammenarbeit - "Flexibilität"

Die Schlußfolgerungen dieser Arbeit sollen dem Europäischen Rat von Amsterdam zur Annahme vorgelegt werden, der am 16. und 17. Juni 1997 stattfindet.

Außerdem war die Diskussion um die Einführung der einheitlichen europäischen Währung, des Euro, in vollem Gange und wurde mehr und mehr zum Thema Nummer 1 der politischen Diskussion, während die Konvergenzkriterien und das eng damit zusammenhängende Thema der Arbeitslosigkeit in den meisten Mitgliedstaaten auf der politischen Tagesordnung standen.

---

<sup>1</sup>

weitere Informationen über Veröffentlichungen sind zu finden über:  
Internet Europa server: <http://www.cc.cec/agenda/igc-home/notes/cover.htm>.

Kurz nach der Umfrage und unmittelbar vor der Veröffentlichung dieses Berichts haben die Europäer am 25. März 1997 den vierzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge begangen. Wie sehen die Europäer den Zustand der Union nach vierzig Jahren und unmittelbar vor weiteren Schritten in Richtung auf die europäische Einigung?

Der erste, traditionelle Fragenkatalog befaßte sich mit den Erwartungen der Bürger für 1997. Wie beurteilen die Bürger ihr Leben im allgemeinen, wie schätzen sie die wirtschaftliche Lage ihres Landes und ihre eigene finanzielle Situation ein, und was denken sie über die Lage auf dem Arbeitsmarkt in ihrem eigenen Land und europaweit?

Das zweite Kapitel befaßt sich mit dem Stand der europäischen Einigung, gemessen an einer Serie von Standardindikatoren, die Trends der öffentlichen Meinung teilweise zurück bis zum Jahre 1970<sup>2</sup> messen, wobei ursprünglich die Gründungsmitglieder berücksichtigt wurden, und später die Nachkömmlinge ab ihrem jeweiligen Beitritt mit einbezogen wurden.

Im dritten Kapitel geht es zunächst um Fragen im Zusammenhang mit der Regierungskonferenz. Wir messen die Zustimmung zu aktuellen politischen Fragen wie der Wirtschafts- und Währungsunion, der Entwicklung der gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik, und Fragen im Zusammenhang mit dem demokratischen Prozeß und der Verantwortlichkeit. Wir untersuchen weiter die Einstellungen zur Subsidiarität und ermitteln, welche politischen Bereiche die europäischen Bürger lieber im nationalen und welche im europäischen Rahmen entschieden sehen würden.

Das Kapitel schließt mit einem Abschnitt über die einheitliche europäische Währung: untersucht wird die generelle Zustimmung zum Euro, die Frage, wie gut sich die Bürger über die neue Währung informiert fühlen, wen oder was sie als ihre wichtigste Informationsquelle betrachten, und schließlich ob sie glauben, daß ihr eigenes Land die sog. "Maastricht-Kriterien" erfüllen wird.

Das vierte Kapitel ist Fragen der nationalen Identität und des nationalen Vertrauens gewidmet. Empfinden die europäischen Bürger eine Art europäischer Identität? Wie groß ist das Vertrauen in die Mitbürger des eigenen Landes und in die anderen Nationalitäten innerhalb und außerhalb der Union?

Den Schwerpunkt des vorletzten Kapitels bildet die Nutzung der verschiedenen Medien (Fernsehen, Rundfunk und Presse) sowie neuer Informationsquellen. Wie gut fühlen sich die Bürger über Fragen der Europäischen Union informiert, und wie groß ist ihr persönliches Verlangen nach mehr Information? Der zweite Teil des Kapitels befaßt sich mit dem Wissen der Befragten um ihre Rechte als europäische Bürger, und woher sie Informationen über diese Rechte beziehen wollen. Schließlich befragten wir der Tradition folgend die irischen Bürger dazu, ob sie sich der EU-Präsidentschaft ihres Landes bewußt sind, und für wie wichtig sie diese Rolle für ihr Land halten.

Das letzte Kapitel hat den Titel "Sonstige Dimensionen der Europäischen Union". In diesem Kapitel befassen wir uns mit einigen Ergebnissen in Fragen, die von anderen Generaldirektionen der Kommission in Auftrag gegeben worden sind. Dazu zählen bei dieser Umfrage ein Fragenkatalog zum Thema Energie und Umwelt sowie Entwicklungshilfe an Drittländer. Die in diesem Bericht enthaltenen kurzen Abschnitte dienen lediglich als Hinweis auf die umfangreicheren Fragenkataloge, die in gesonderten Berichten ausführlich behandelt werden.

Weitere Informationen über Veröffentlichungen über:  
Internet: Europa server: <http://europa.eu.int>

---

<sup>2</sup> Langfristige Trenddaten werden von Zeit zu Zeit in einem gesonderten Eurobarometer unter dem Stichwort "Trends" veröffentlicht.





# BERICHT

## 1. Erwartungen für das kommende Jahr

### 1.1 Einführung

Zum Ende des Jahres 1996 machten einige wirtschaftliche Themen Schlagzeilen. Die geplante Einführung der einheitlichen europäischen Währung hatte mehrere Mitgliedstaaten zu verschiedenen Maßnahmen im Hinblick auf die Erfüllung der sog. "Maastricht-Kriterien" für die wirtschaftliche Konvergenz<sup>1</sup> veranlaßt. Gleichzeitig war ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, und die BSE-Krise erregte ebenfalls zusehends Aufruhr, d.h. es standen mehrere europäische Angelegenheiten im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion.

Vor diesem Hintergrund stellte Eurobarometer, wie es bereits zur Tradition geworden ist, bei der Herbst-Umfrage einige "Fragen zum Jahresausklang". Zweck dieser Fragen ist es, ein Gesamtstimmungsbild der Bürger der Europäischen Union zum Abschluß des Jahres und zu den Aussichten für das bevorstehende Jahr einzufangen.

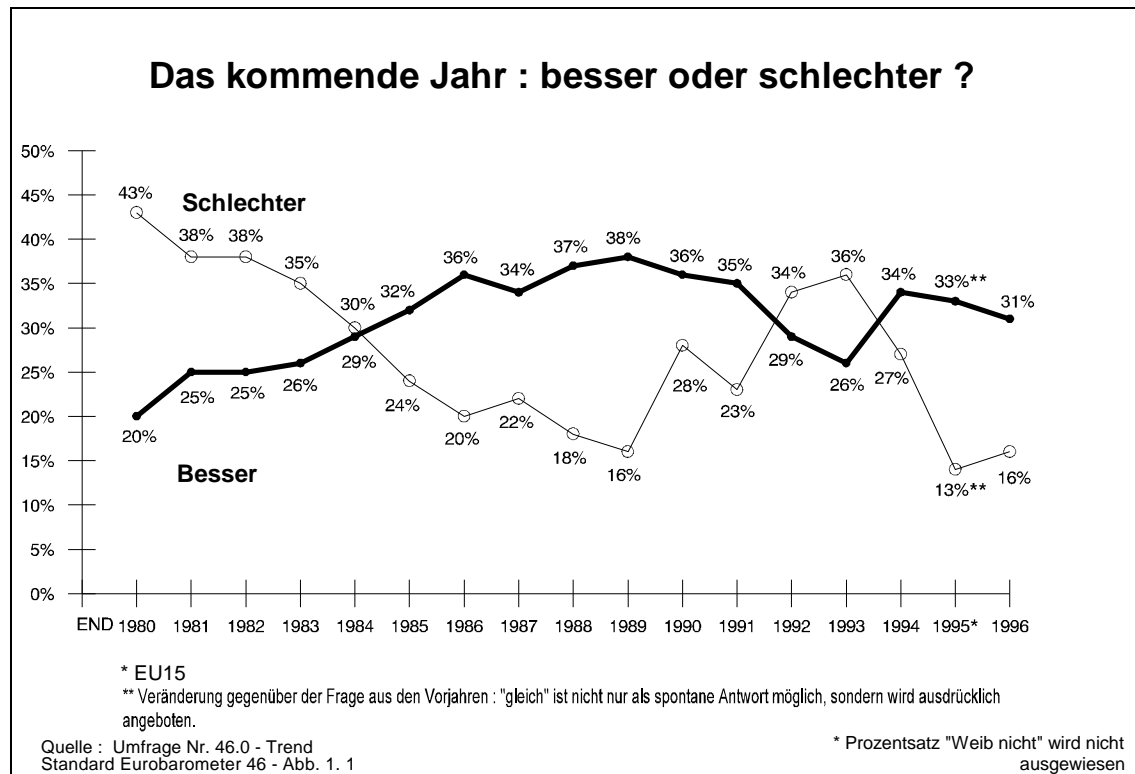
Die Befragten sollten ihre eigene Situation im privaten und nationalen Rahmen beurteilen, ihre gegenwärtige finanzielle Lage und berufliche Situation prüfen und die Aussichten für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt ihres Landes für das kommende Jahr vorausschätzen.

### 1.2 Allgemeine Erwartungen für 1997

Bei der Umfrage, die von Ende Oktober bis Mitte November 1996 durchgeführt wurde, zeigte sich ein Anstieg der pessimistischen Einstellungen. Während von 1994 auf 1995 nur ein geringfügiger Rückgang (-1 %) derer zu verzeichnen war, die ein besseres nächstes Jahr erwarteten, ist im Herbst 1996 ein weiterer Rückgang um 2 % zu verzeichnen, diesmal begleitet von einer 3 %-igen Zunahme derer, die damit rechneten, daß sich die Lage im kommenden Jahr verschlechtert.

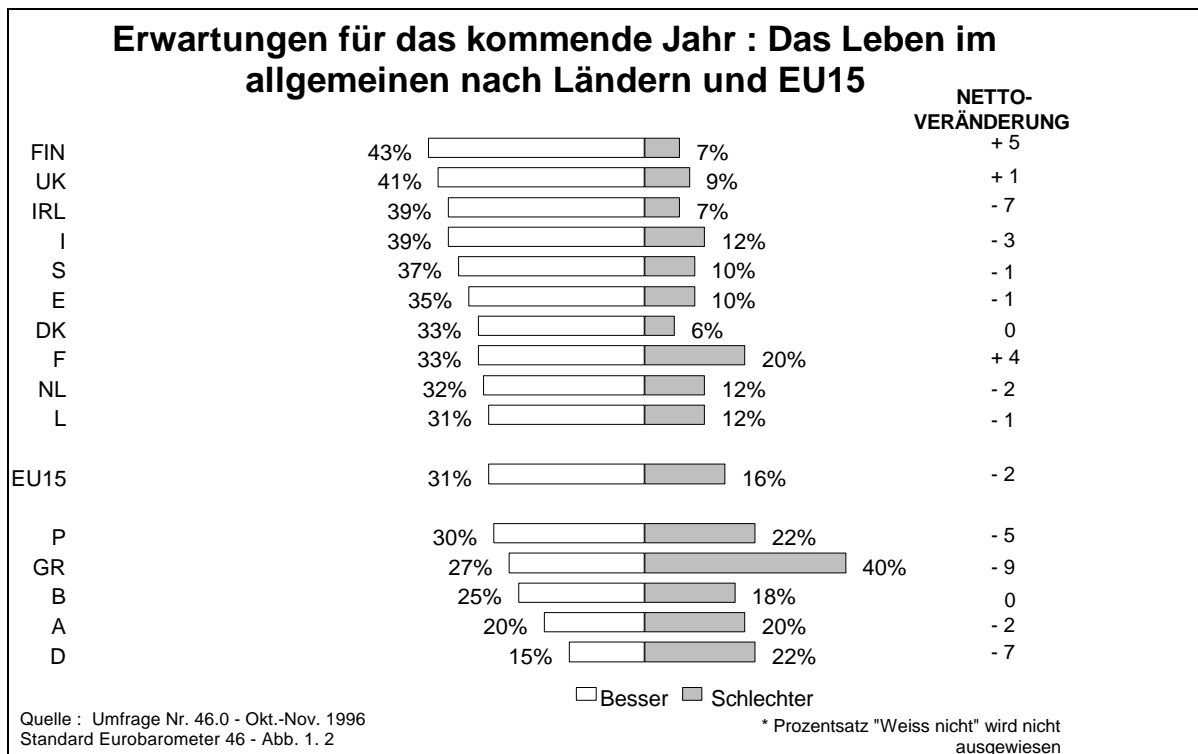
---

<sup>1</sup> Einzelheiten zum Abschneiden der einzelnen Mitgliedstaaten hinsichtlich der Konvergenzkriterien (Inflation, Zinssätze, Verhältnis Haushaltsdefizit/BIP und Verhältnis öffentliche Verschuldung/BIP) zur Zeit der Erhebung sind dem "EC Economic Data Pocket Book" Nr. 12/1996 zu entnehmen, das vom Statistischen Amt der Europäischen Union EUROSTAT herausgegeben wurde.



Während die in Abbildung 1.1 dargestellten Veränderungen zwischen 1994 und 1995 mit ziemlicher Sicherheit weitgehend auf die Umformulierung der Frage zurückzuführen ist, wobei in der neuen Fassung die Antwortkategorie "gleich" vorgegeben wird, die zuvor nur als spontane Antwort registriert wurde, sind die Veränderungen zwischen 1995 und 1996 eher als Umschwung in der öffentlichen Meinung zu werten.

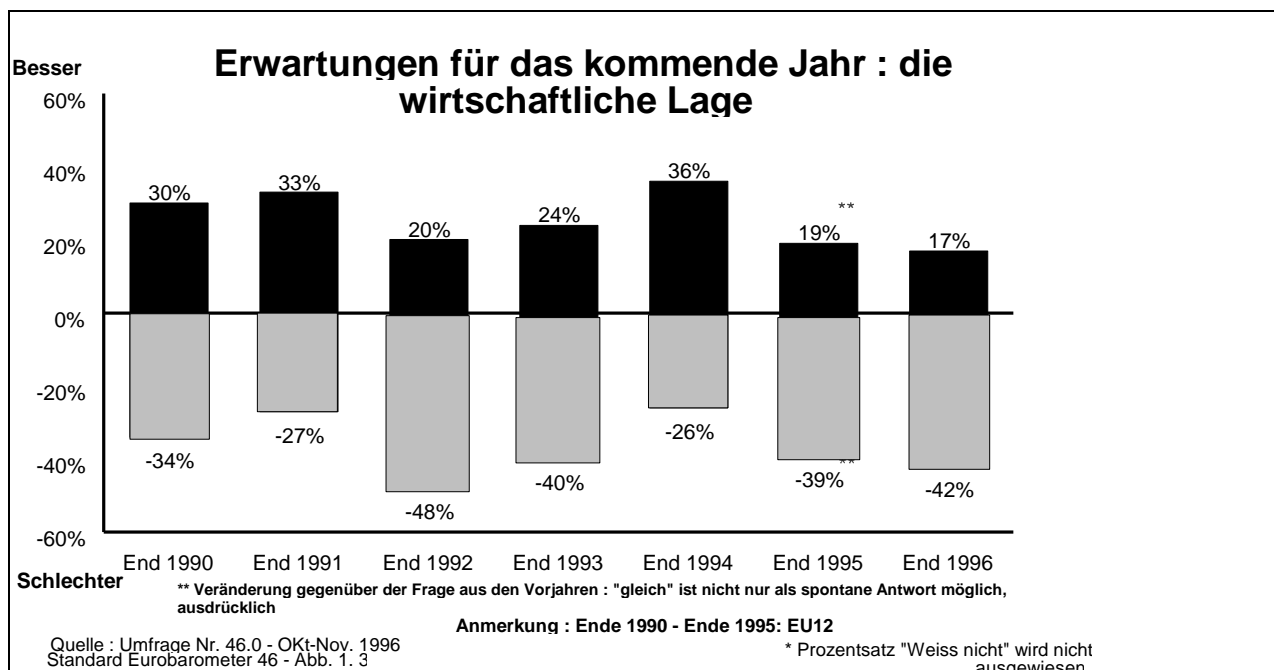
Im Ländervergleich zeigt sich, daß sich in Finnland und Frankreich eine Entwicklung zum Positiven abzeichnete (+5 % bzw. +4 %), gefolgt vom Vereinigten Königreich mit einer Steigerung um 1 %, überall sonst jedoch eine eher düstere Stimmung vorherrscht. Besonders pessimistisch sind die Griechen, wo gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 9 Prozentpunkte sowie ein außergewöhnlich hoher Anteil (40 %) derer zu verzeichnen ist, die für das kommende Jahr eine Verschlechterung der Lage erwarten. Sowohl in Deutschland als auch in Irland hat der Optimismus um 7 Prozentpunkte abgenommen, gefolgt von Portugal mit -5 %. Negative Werte sind auch aus Italien (-3 %), Österreich und den Niederlanden (beide -2 %) sowie aus Luxemburg, Spanien und Schweden mit jeweils -1 % zu vermelden. (Tabelle 1.1)



Insgesamt zeigt sich, daß die jungen Bürger und diejenigen, die sich noch in der Ausbildung befinden, am hoffnungsvollsten auf ihre Situation im Jahre 1997 blicken - jeweils die Hälfte der Befragten erwarten eine Verbesserung ihrer Lage - während auf der anderen Seite bei den über 55-Jährigen der größte Pessimismus vorherrscht. Während interessanterweise hinsichtlich der allgemeinen Erwartungen keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen festzustellen sind, zeigt sich, daß "Hausfrauen/-männer" am wenigsten optimistisch sind (nur 25 % erwarten, daß das kommende Jahr besser wird), wohingegen die Arbeitslosen deutlich positiver eingestellt sind: 38 % glauben, daß sich die Lage 1997 zum Besseren wendet. (Tabelle 1.2)

### 1.3 Die wirtschaftliche Lage im kommenden Jahr

Ebenso wie in der vorangegangenen Frage über das Leben im allgemeinen wurde die Frage über die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes 1995 umformuliert; daher ist bei der Interpretation der Gesamttrenddaten Vorsicht angebracht. Dennoch zeichnet sich ein Abwärtstrend ab: von 1995 auf 1996 ging die Zahl derer, die erwarteten, daß das kommende Jahr "besser" wird, um 2 Prozentpunkte zurück. Die Zahl derer, die mit einer Verschlechterung der Lage rechnen, steigt dementsprechend an (für das Jahr 1997 von 39 % auf 42 %).



Insgesamt stellen wir in Irland (36 % erwarteten, daß 1997 besser wird), Finnland (35%), den Niederlanden (32 %), Schweden (27 %) und im Vereinigten Königreich (25 %) eine eher optimistische Grundeinstellung fest. In Deutschland (10 % "besser"), Frankreich (11 %), Belgien und Griechenland (beide 12 %) hingegen haben die Pessimisten die Oberhand.

Während die Gesamtergebnisse auf nur geringfügige Veränderungen schließen lassen, sind auf der nationalen Ebene doch ausgeprägte Verlagerungen festzustellen, wie die nachstehende Tabelle deutlich zeigt. Ein besonders drastischer Rückgang des Optimismus ist aus Ostdeutschland zu vermelden, wo innerhalb des vergangenen Jahres eine Nettoveränderung um -28 Prozentpunkte eingetreten ist. Auch die Portugiesen sind mit einem Rückgang um -23 Prozentpunkte in pessimistischer Stimmung. Geringfügige Veränderungen sind in Irland, Österreich, Spanien und Frankreich festzustellen, während in Belgien und Finnland (beide +6) und im Vereinigten Königreich (+9) mehr positive Reaktionen als im Vorjahr anzutreffen sind. (Tabellen 1.3 und 1.4)

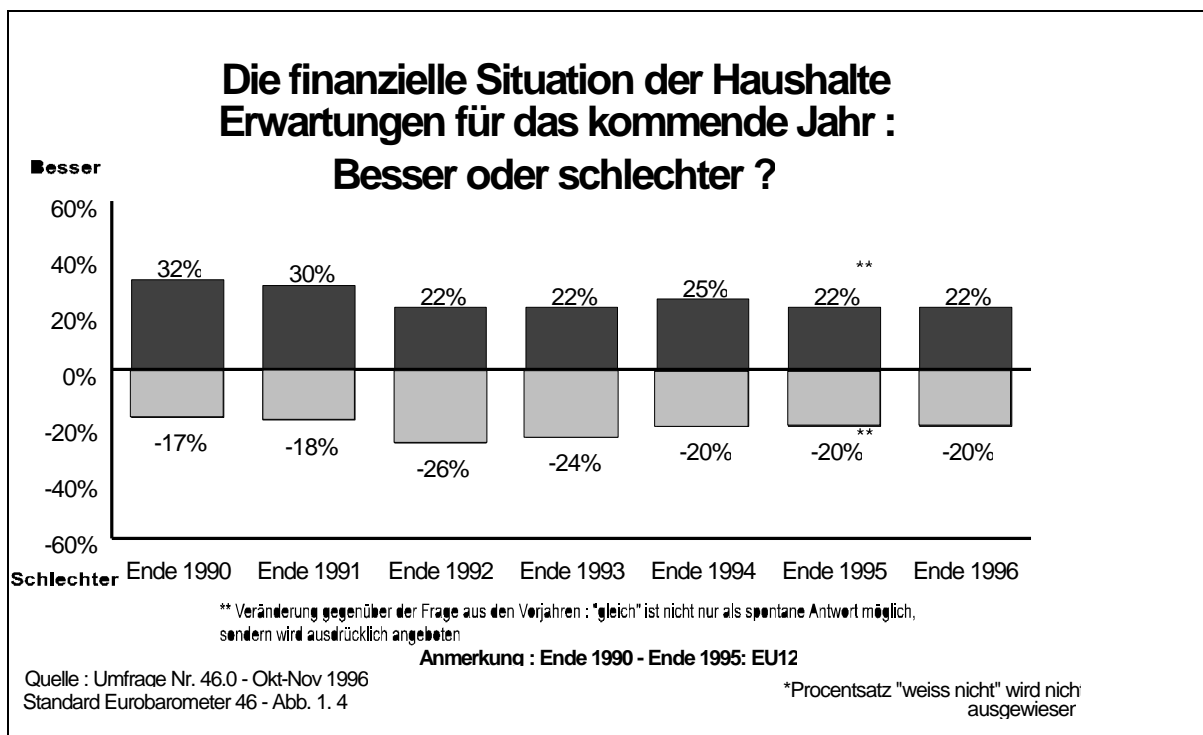
VERÄNDERUNG DER NETTOWERTE* 1995 - 1996 : ERWARTUNGEN FÜR DIE ALLGEMEINE WIRTSCHAFTLICHE LAGE									
Nettowerte	EU 15	B	DK	D	D West	D East	GR	E	F
1995	-20	-45	+7	-30	-32	-21	-37	-6	-46
1996	-25	-39	+2	-47	-46	-49	-51	-7	-45
% Veränderung	-5	+6	-5	-17	-14	-28	-14	-1	+1

Nettowerte	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
1995	+23	-14	-8	+5	-31	+4	+11	+10	-10
1996	+21	-27	-22	+8	-33	-19	+17	-6	-1
% Veränderung	-2	-13	-14	+3	-2	-23	+6	-16	+9

#### 1.4 Die finanzielle Situation der privaten Haushalte

Die Gesamttrends weisen trotz der Umformulierung der Frage im Jahre 1995 nur geringfügige Veränderungen auf: die Erwartungen der Befragten hinsichtlich der Entwicklung der finanziellen Situation ihres Haushalts sind in den vergangenen Jahren weitgehend konstant geblieben. Für die EU insgesamt werden 1996 die gleichen Ergebnisse erzielt wie bereits 1995: 22% rechnen mit einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation, 20 % erwarten eine Verschlechterung und über die Hälfte (55 %) erwarten keine Veränderung. Aber auch hier vertuschen die Gesamtergebnisse einige ausgeprägte Verlagerungen im nationalen Rahmen.



\* Die Nettowerte errechnen sich aus der Differenz zwischen den Werten für "besser" und "schlechter".

Relativ hohe positive Werte sind aus dem Vereinigten Königreich (32 % und damit ein Anstieg um 3 %), Dänemark und den Niederlanden (beide stabil bei 30%) zu vermelden. Eine Zunahme der Optimisten ist auch in Frankreich (+3 %), Finnland (+3 %) und Schweden (+2 %) festzustellen, während ansonsten die Pessimisten leicht auf dem Vormarsch sind: Belgien (-1 %), Italien (-2 %), Luxemburg und Portugal (-3 %) und Österreich (-4 %).

Mit einer drastischen Verschlechterung der finanziellen Situation rechnen vor allem die Griechen (-10 %) und die Deutschen (-6 %: Westdeutschland -5 % und Ostdeutschland -7 %). In all diesen Fällen nahm die Zahl derer, die eine Verschlechterung erwarteten, im gleichen Umfang zu.

Die demographische Analyse zeigt, daß 5 % weniger Frauen als Männer mit einer Verbesserung der Situation rechnen. Jüngere Menschen und Personen mit hohem Bildungsniveau äußern sich erwartungsgemäß optimistischer, während aus der Altersgruppe über 55 Jahre nur 9 % der Befragten eine Verbesserung ihrer Situation erwarten. (Tabellen 1.5 und 1.6)

## 1.5 Die Beschäftigungssituation im eigenen Land

Die Arbeitslosenrate für die Europäische Union insgesamt betrug im November 1996, d.h. zum Zeitpunkt der Eurobarometer Umfrage, 10,9 % und lag damit um 0,1 % höher als 12 Monate zuvor, als die Frage zur Lage auf dem Arbeitsmarkt im Rahmen unserer Erhebung zuletzt gestellt wurde. Laut Eurostat<sup>2</sup> ist im November 1996 im Vereinigten Königreich (von 8,6 % auf 7,5 %), Dänemark (von 6,6 %) auf 5,5 %), Finnland (von 16,2 % auf 15,3 %), Belgien (von 10,0 % auf 9,5 %) und Irland (von 12,4 % auf 11,9 %) real ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen.

### ARBEITSLOSENQUOTEN, SAISONBEREINIGT

	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I
1993.10	9.4	9.7	8.4	NA	23.7	12.3	15.4	10.8
1994.10	10.1	7.6	8.2	NA	23.9	12.1	14.5	11.8
1995.11	10.0	6.6	8.5	NA	22.7	11.8	12.4	11.9
1996.10.	9.6	5.6	9.1	NA	22.3	12.4	12.1	NA

	L	NL	A	P	FIN	S	UK	EU15
1993.10	2.9	6.9	NA	6.2	18.9	10.4	10.4	11.2
1994.10	3.7	7.1	NA	7.2	17.7	9.4	9.1	11.0
1995.11	2.9	7.0	4.0	7.4	16.2	9.3	8.6	10.8
1996.10	3.2	6.4	4.1	7.1	15.0	10.0	7.9	10.9

<sup>2</sup> Quelle: Eurostat 1/97 (Zahlen für Griechenland liegen nicht vor).



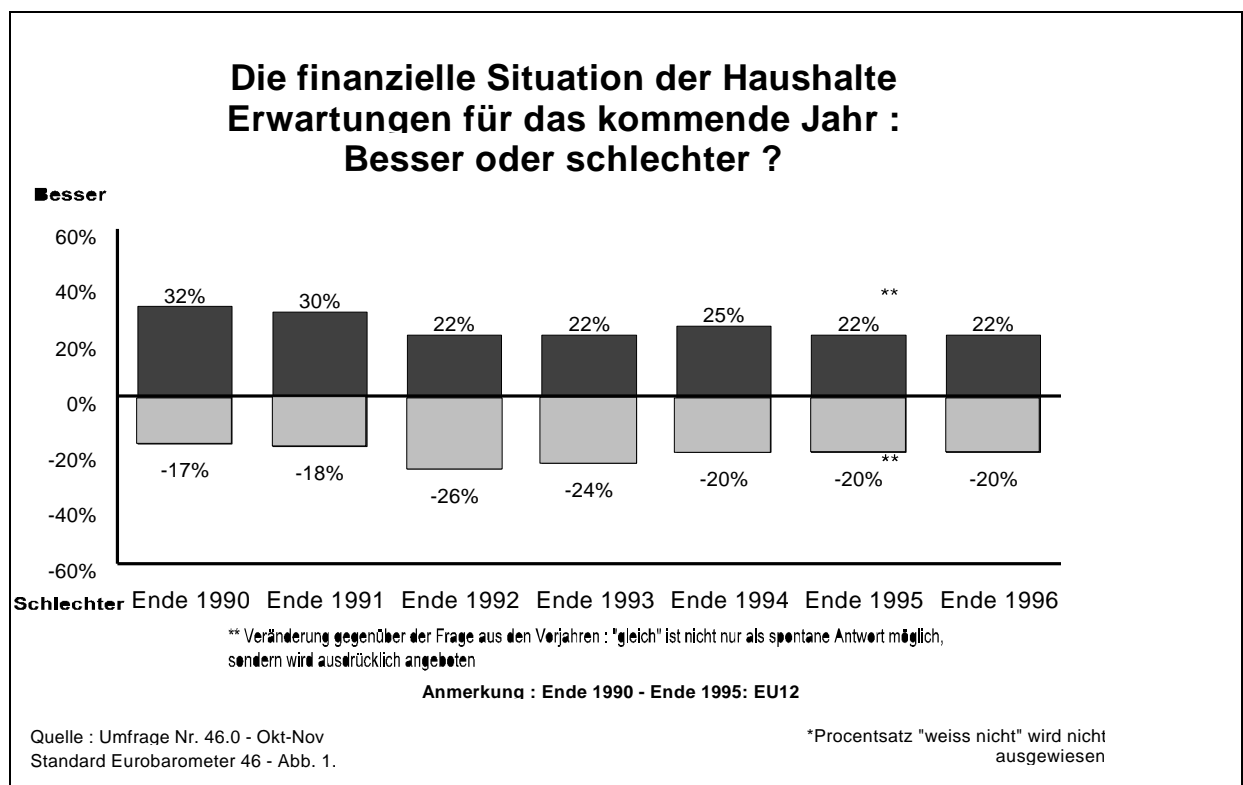
Welches Bild ergibt der Vergleich dieser objektiven Zahlen mit der öffentlichen Meinung, wie sie bei der Umfrage ermittelt wurde? In nur drei Ländern, nämlich dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Finnland können wir feststellen, daß die Befragten eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage erwarten, was teilweise mit den veröffentlichten Daten übereinstimmt, da die Arbeitslosenquote in allen drei Ländern zurückgegangen ist. In einer Reihe anderer Länder, wo die realen Arbeitslosenzahlen relativ unverändert geblieben sind, stellen wir fest, daß die Erwartungen (Antwort "besser") geringfügig zurückgegangen sind, und - was noch stärker zu Buche schlägt - daß die Arbeitsmarktchancen für 1997 als "schlechter" eingestuft werden. Fast die Hälfte der EUBürger geht davon aus, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert.

Aus der Aufschlüsselung nach Ländern ergibt sich, daß die Deutschen am pessimistischsten in die Zukunft blicken (67 %), wobei in Ostdeutschland eine Rekordhöhe von 74% und in Westdeutschland 65 % "schlechter" zu verzeichnen sind. Zwei von drei Befragten in Griechenland und Frankreich rechnen mit einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Abgesehen von den Ländern, in denen Verbesserungen erwartet werden, ist überall sonst eine Zunahme der Pessimisten festzustellen. (Tabelle 1.7)

Der demographischen Aufschlüsselung ist zu entnehmen, daß die mittlere Altersgruppe (40/54) zu leicht überdurchschnittlichem Pessimismus tendiert, während die oberen Einkommensklassen wie nicht anders zu erwarten mehr Zuversicht an den Tag legen. (Tabelle 1.8)

## 1.6 Erwartungen hinsichtlich der persönlichen beruflichen Situation

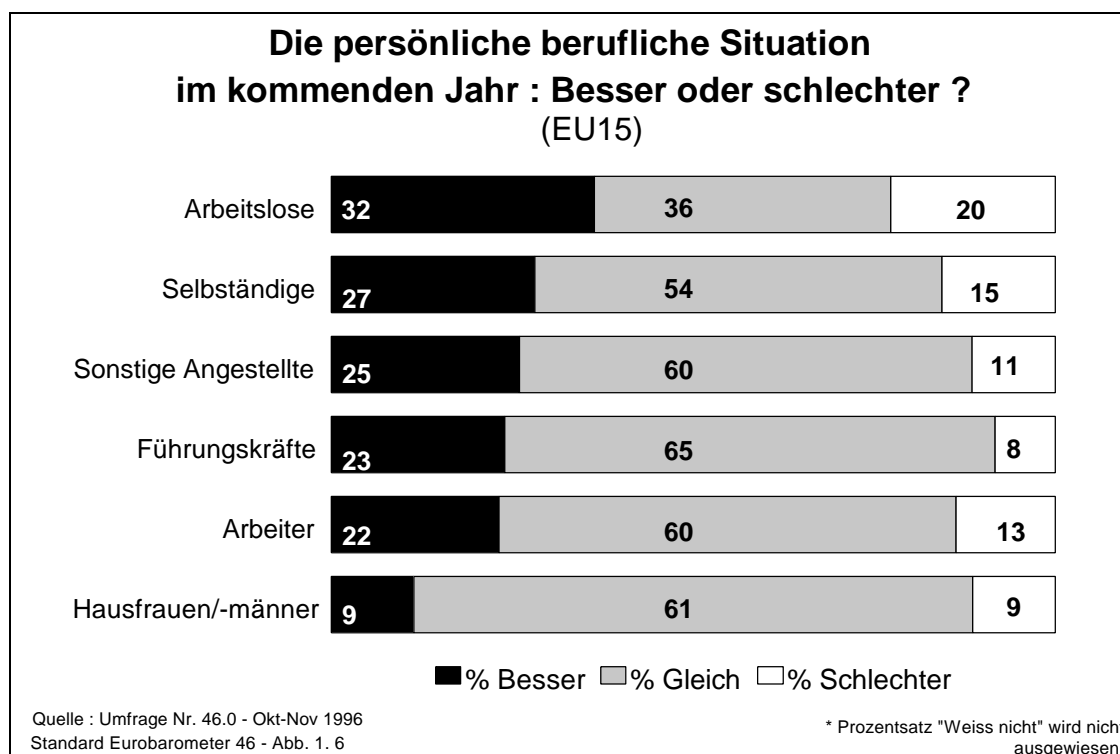
Die letzte Frage aus der Reihe der Erwartungen für 1997 bezieht sich auf die persönliche berufliche Situation des Einzelnen. Wie bereits bei früheren Umfragen zeigt sich, daß die EU-Bürger ihre eigene Situation in der Regel positiver sehen als die allgemeine Lage ihres Landes. 20% rechnen damit, daß sich ihre berufliche Situation im kommenden Jahr verbessert, 11 % erwarten eine Verschlechterung, während eine breite Mehrheit von 58% davon ausgeht, daß für sie persönlich alles beim Alten bleibt.



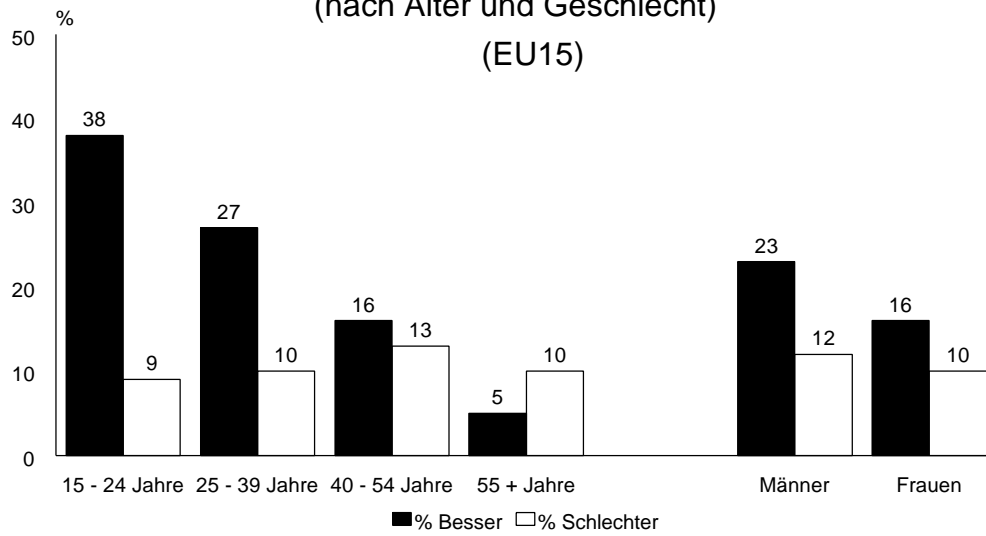
Die Länderanalyse ergibt folgendes Bild: der größte Optimismus ist im Vereinigten Königreich (25 % "besser" : 7 % "schlechter"), in Italien (23 % "besser" zu 7 % "schlechter"), den Niederlanden (23 % : 9 %), Spanien (23 % : 8 %), Frankreich (22 % : 12 %), Irland (22 % : 7 %) und Schweden (22 % : 5 %) anzutreffen. Das düstere Bild, das die Deutschen in den anderen Indikatoren für 1997 zeichnen, wiederholt sich in der Frage der persönlichen beruflichen Situation. Nur 11% der Deutschen glauben, daß sich ihre berufliche Situation 1997 verbessern wird, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang um 4 Prozentpunkte entspricht. 14% rechnen mit einer Verschlechterung ihrer Lage. In Griechenland erwarten 19% eine Verbesserung, dafür jedoch 31% eine Verschlechterung der eigenen Situation. Die höchsten Anteile derer, die "keine Veränderung" vorhersehen, sind in Dänemark und Finnland mit 73 % bzw. 72 % "gleich" zu verzeichnen. (Tabelle 1.9)

Alles in allem sind die Männer in ihren Erwartungen optimistischer: 23 % rechnen mit einer Verbesserung ihrer persönlichen beruflichen Situation, verglichen mit 16 % bei den Frauen. Besonders positiv sind die Jugendlichen eingestellt, von denen fast vier von zehn Befragten ein besseres Jahr und nur 9% ein schlechteres Jahr erwarten.

Die Arbeitslosen sind in dieser Frage besonders geteilter Ansicht: während 32% (verglichen mit einem EU-Durchschnitt von 20 %) sich für 1997 eine Besserung ihrer Situation erhoffen, haben 20 % (11 % im EU-Durchschnitt) resigniert und erwarten eine weitere Verschlechterung der Lage. 36% erwarten keine wesentlichen Veränderungen, was in der EU insgesamt auf 58% zutrifft. (Tabelle 1.10)



**Die persönliche berufliche Situation  
im kommende Jahr : Besser oder schlechter ?**  
(nach Alter und Geschlecht)  
(EU15)



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Okt-Nov 1996  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 1. 7

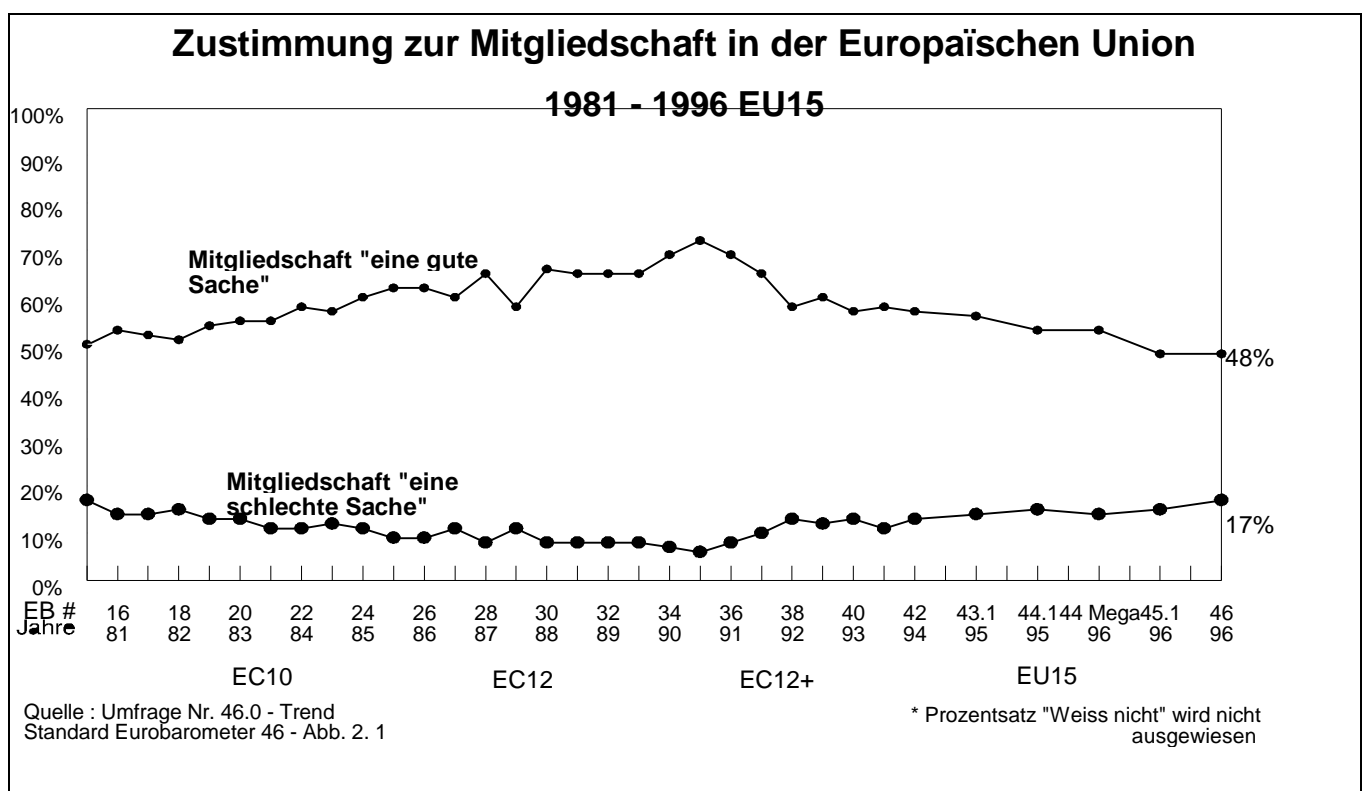
## 2. Die Zustimmung der Öffentlichkeit zur Vereinigung Westeuropas

Bereits seit zehn Jahren verfolgt Eurobarometer die Zustimmung der Öffentlichkeit zur Europäischen Union. Diese Zustimmung wird anhand einer Reihe sog. "Standardindikatoren" gemessen, zu denen die Befürwortung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union, die mit dieser Mitgliedschaft verbundenen Vorteile aus der Sicht der Befragten, das Tempo des Einigungsprozesses und die Haltung zum Binnenmarkt zählen.

Da uns Vergleichswerte aus einem derartig langen Zeitraum zur Verfügung stehen, können wir hier ein klares Bild von der Dynamik nachzeichnen, mit der sich die öffentliche Meinung entwickelt. Die nächsten Abschnitte werden dies deutlich zeigen.

### 2.1 Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union

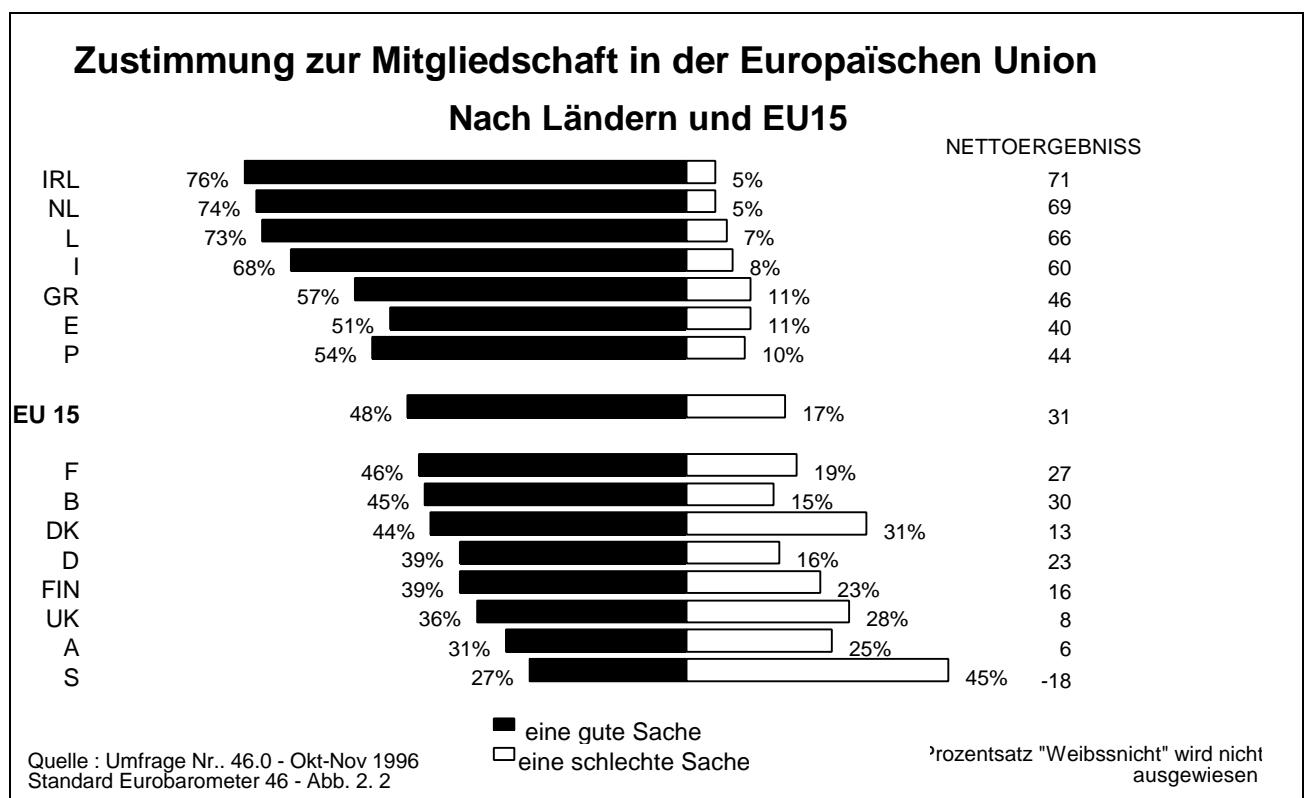
In früheren Eurobarometern ist in aller Ausführlichkeit auf die Aushöhlung des "freizügigen Konsens" gegenüber Europa eingegangen worden, die wir seit Anfang der 90er Jahre feststellen. Vor 1990 war in allen Indikatoren ein stetiger Anstieg zu verzeichnen gewesen, der 1990 einen absoluten Höchstwert von 72 % erreichte. Die empfundenen Vorteile erreichten seinerzeit ebenfalls fast 60%. Sechs Jahre später müssen wir feststellen, daß die Zustimmung Ende 1996 mit 48% bis unter die Hälfte gesunken ist und nur 42 % der Befragten sehen Vorteil durch die EU-Mitgliedschaft.



Bei den Bürgern der fünfzehn Mitgliedstaaten ist die Zustimmung zur Mitgliedschaft in den vergangenen zwölf Monaten um 5 Prozentpunkte gesunken, wobei zwischen der Umfrage vom Januar/März<sup>1</sup> 1996 und der vom späten Frühjahr<sup>2</sup> desselben Jahres ein besonders ausgeprägter Rückgang zu verzeichnen war. Seither hat sich die Zustimmung der Öffentlichkeit offenbar auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert.

Die Gründe für diesen Rückgang lassen sich nur vermuten, doch war mit Sicherheit die wichtigste Nachricht jener Zeit die Ankündigung der britischen Regierung, daß ein möglicher Zusammenhang zwischen der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakobs Krankheit und dem Rinderwahnsinn BSE besteht, wodurch die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten ohne Zweifel in die Schlagzeilen gelangten.

Während dieses Zeitraums gab es in keinem einzigen Land eine positive Zunahme der Zustimmung. Luxemburg und Portugal blieben konstant, während überall sonst eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen war. Insgesamt ist die Zustimmung zur Union in Irland (76 %), den Niederlanden (74 %) und Luxemburg (73 %) weiterhin groß, während Schweden (27 % "eine gute Sache" zu 45 % "eine schlechte Sache"), Österreich (31 % : 25 %), das Vereinigte Königreich (36 % : 28 %), Finnland (39 % : 23 %) und Deutschland (39 % : 16 %) die ablehnendste Haltung einnehmen. (Tabellen 2.1 bis 2.3)



<sup>1</sup> Eurobarometer 44.2a (Mega) Umfrage vom 28.1.1996 bis 10.3.1996.

<sup>2</sup> Eurobarometer 45.1 Umfrage vom 15.4.1996 bis 18.5.1996.

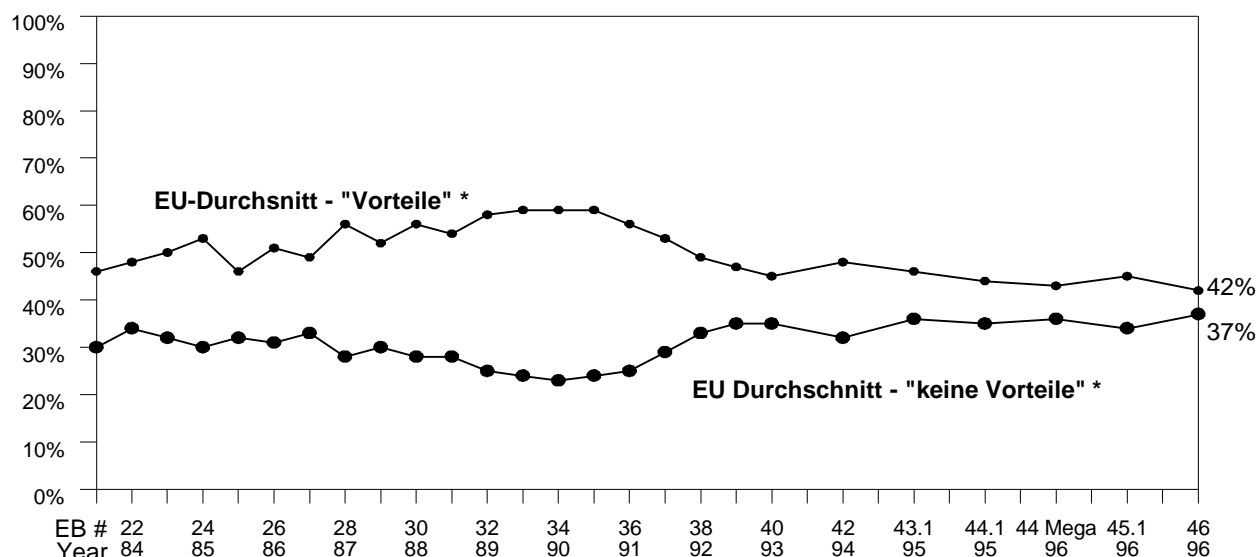
## 2.2 Vorteile durch die Mitgliedschaft

Die zu Beginn des Jahres (EB 44 Mega) festgestellte leichte Zunahme derer, die in der EU-Mitgliedschaft Vorteile sahen, ist seit dem Frühjahr wieder um drei Prozentpunkte zurückgegangen. 42 % der EU-Bürger meinen, daß ihr Land durch die Mitgliedschaft Vorteile hat, 37 % sind gegenteiliger Ansicht.

Im Ländervergleich zeigt sich gegenüber der EB 44 Mega-Umfrage, daß sowohl in Dänemark als auch in Deutschland der Anteil der "Vorteil"-Stimmen um 5 Prozentpunkte und in Österreich um -3 % zurückgegangen ist, wohingegen in den Niederlanden mit +5% und in Frankreich mit +3 % eine Zunahme zu verzeichnen war. Ansonsten waren gegenüber dem Jahresbeginn keine nennenswerten Veränderungen zu beobachten.

Die demographische Analyse ergibt auch hier das schon oft gesehene Bild: die eher pröeuropäisch eingestellten Bürger sehen in der Mitgliedschaft größere Vorteile als diejenigen, die generell eine weniger positive Haltung einnehmen. An der Spitze stehen Bürger mit hohem Bildungsniveau, die ihre Schulausbildung im Alter von 20 oder darüber abgeschlossen haben (54%) und Personen in leitenden Positionen oder Selbständige (54% bzw. 49 %). Schließlich waren diejenigen, die sich nicht gut über die Europäische Union informiert fühlen, weniger positiv eingestellt als diejenigen, die sich gut informiert fühlen (37 % zu 55 %), wobei dieser Unterschied noch gravierender wird, wenn man sich vor Augen hält, daß nur 30 % der gesamten Stichprobe den Eindruck hat, "gut informiert" zu sein. (Tabellen 2.4 bis 2.6)

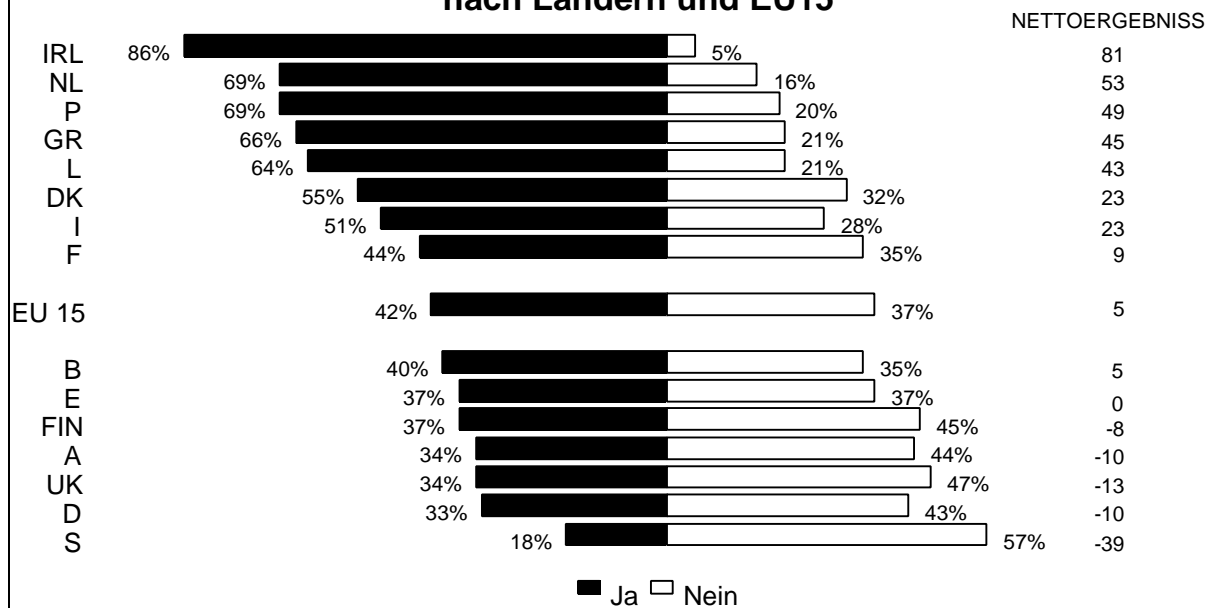
### Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1984-1996 EU12/EU15



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 3

\* EU Durchschnittswert für EU15 aus EB43.1  
\* Prozentsatz "Weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

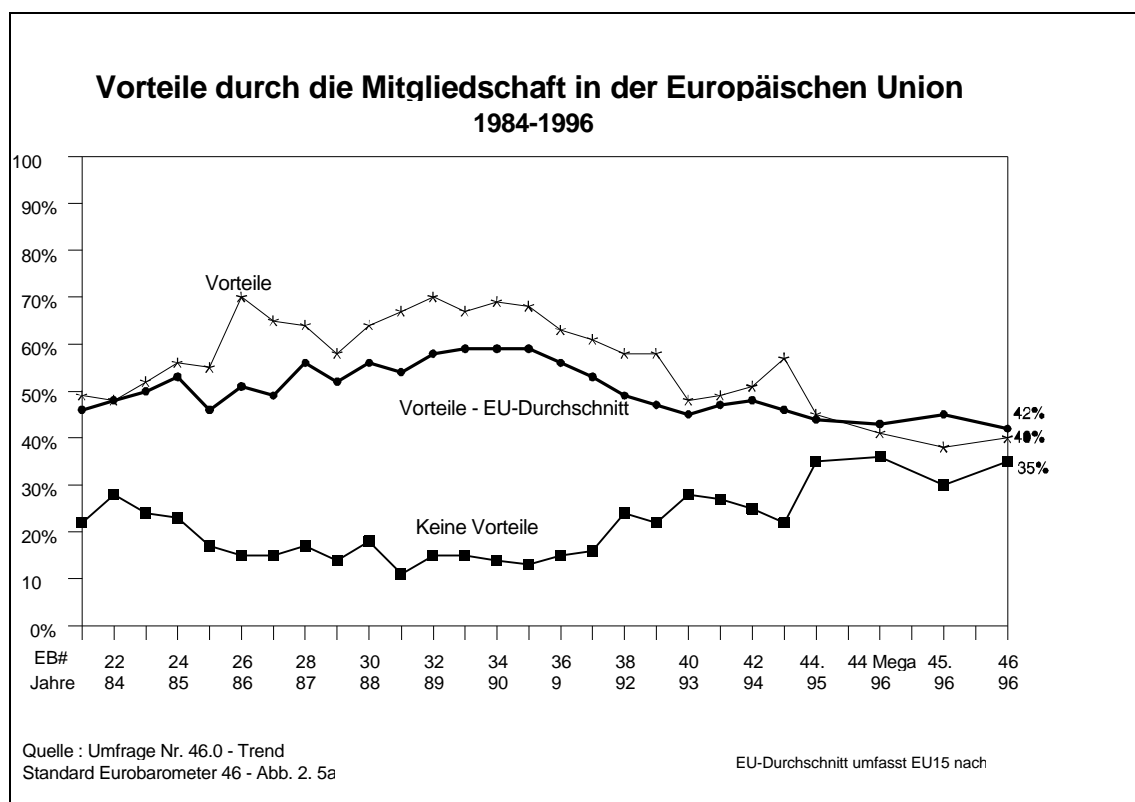
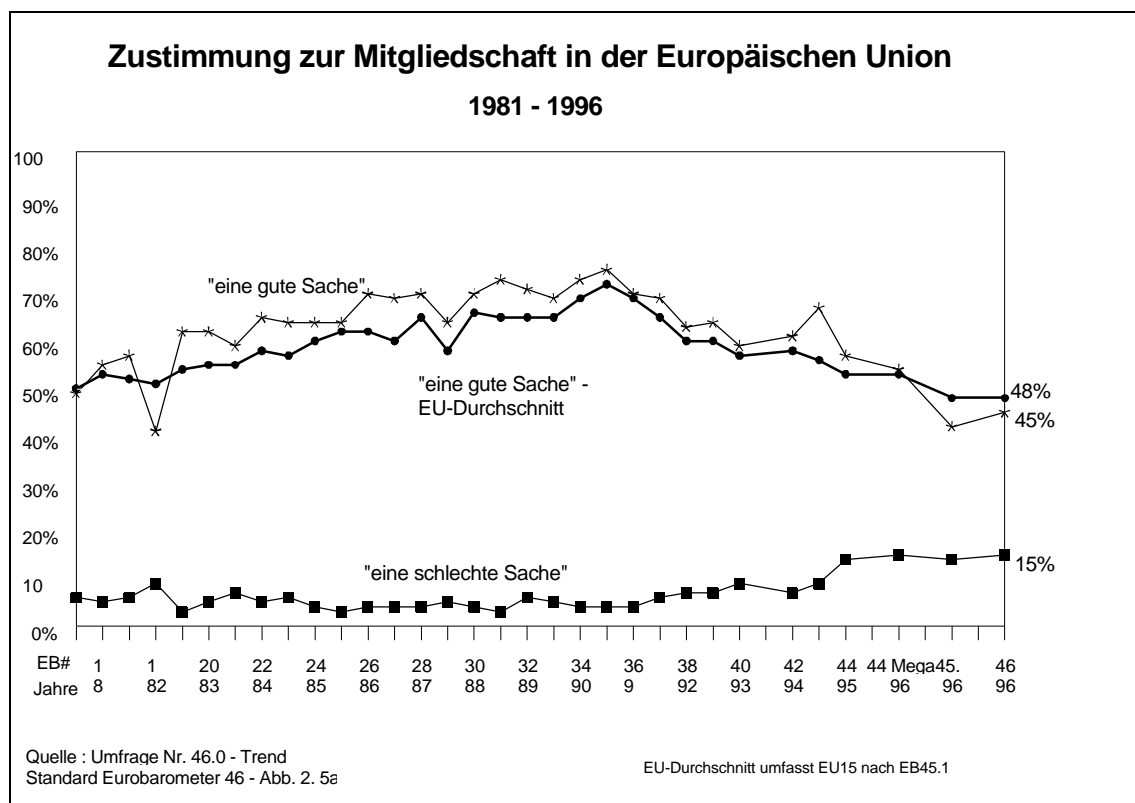
## Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union nach Ländern und EU15



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Okt-Nov 1996  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 4

\* Prozentsatz "Weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

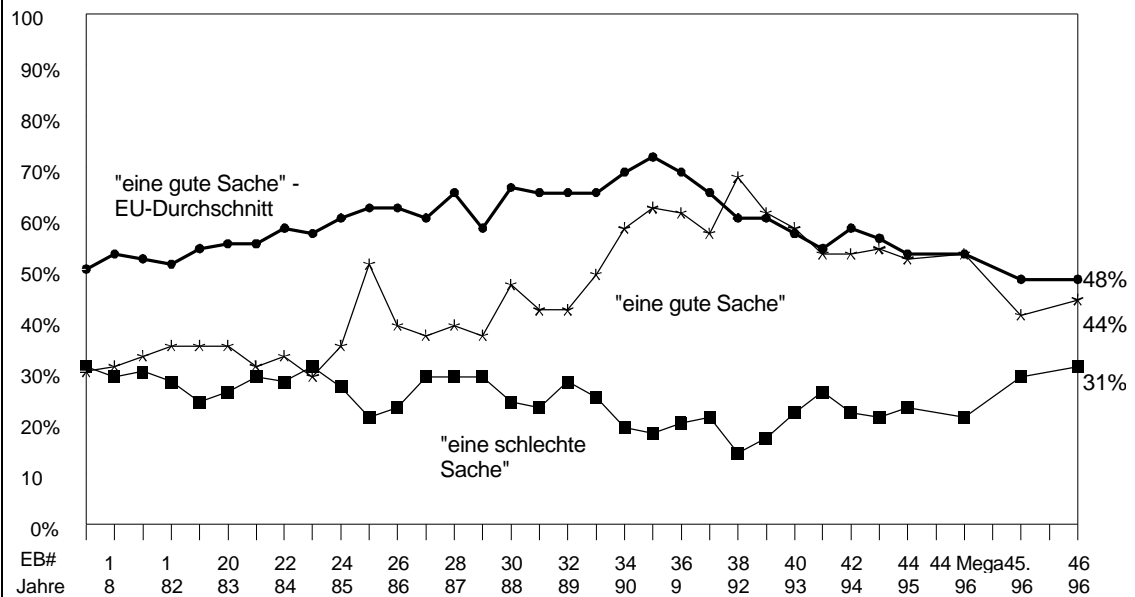
## BELGIEN





## DÄNEMARK

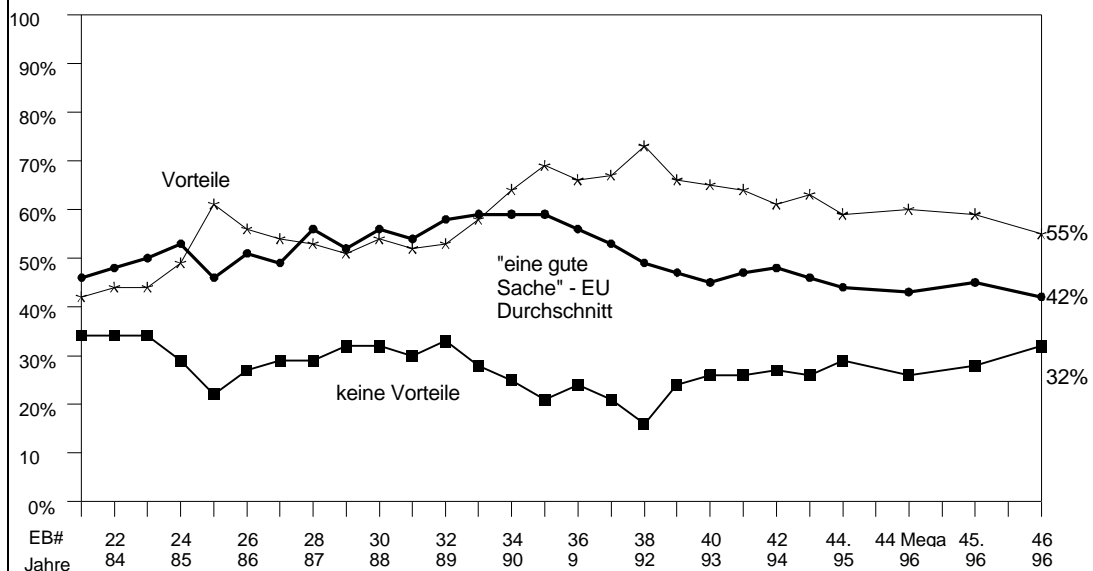
### Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981 - 1996



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 5a

EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

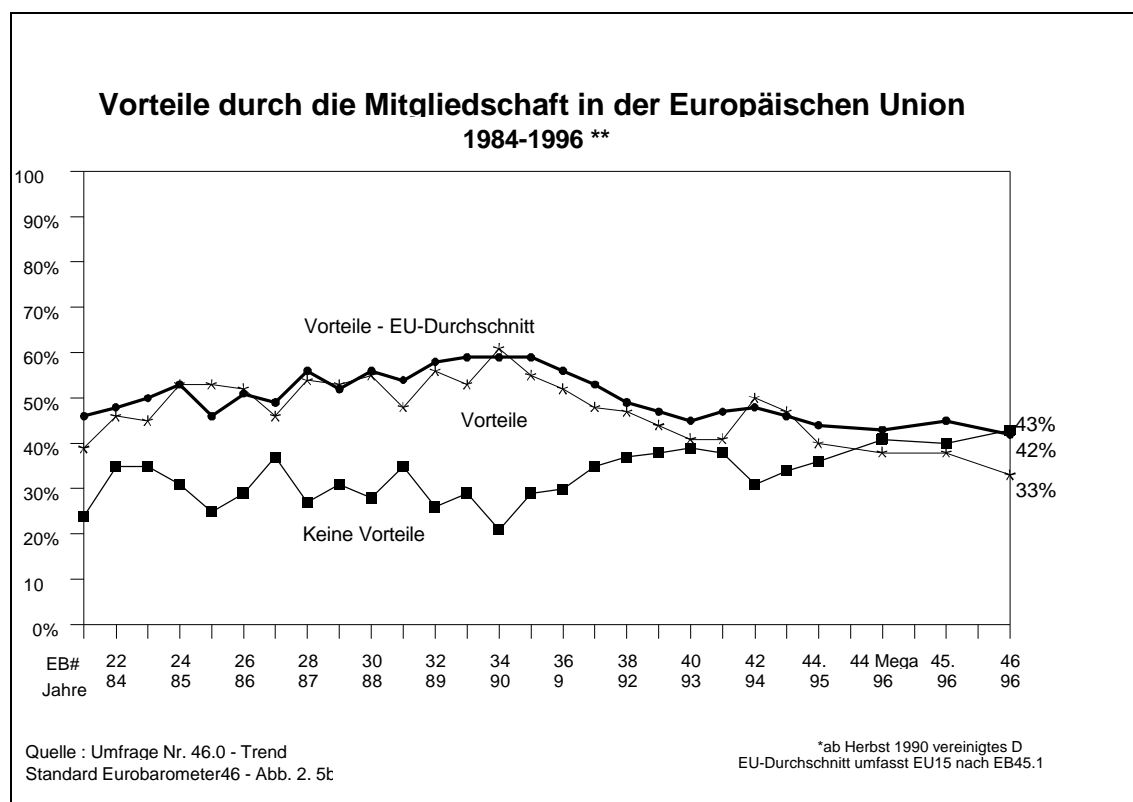
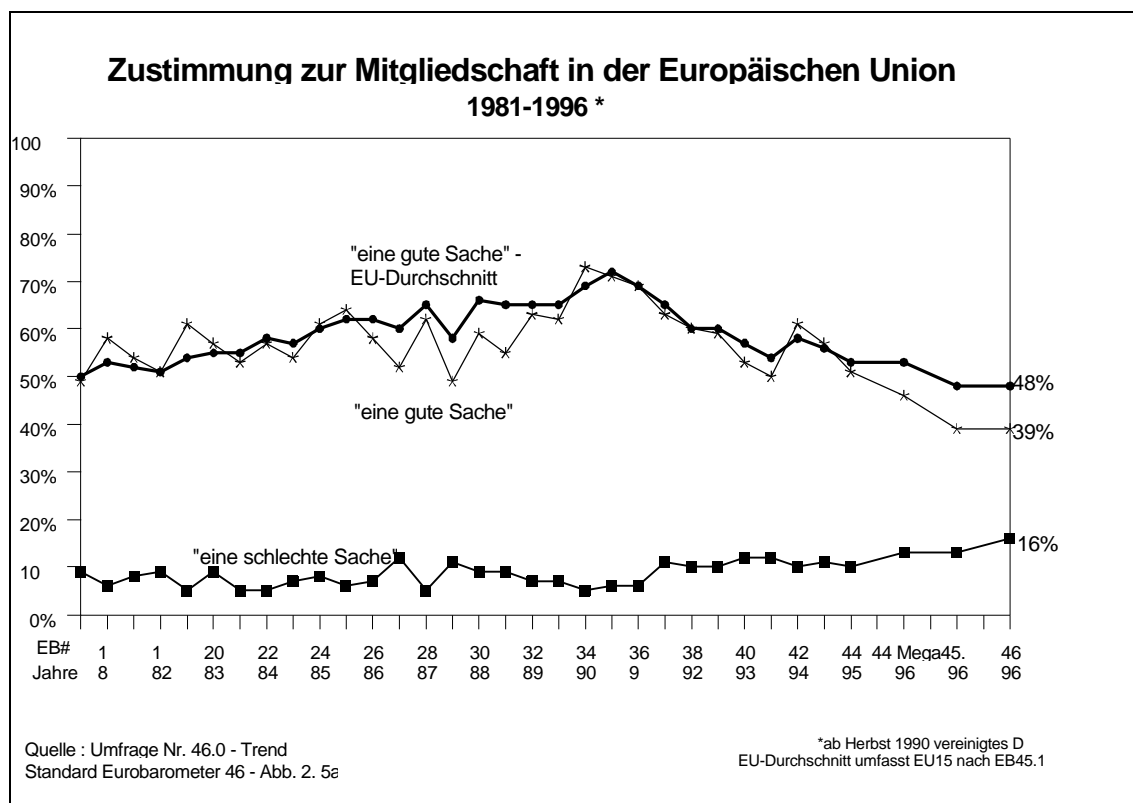
### Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1984-1996



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 5t

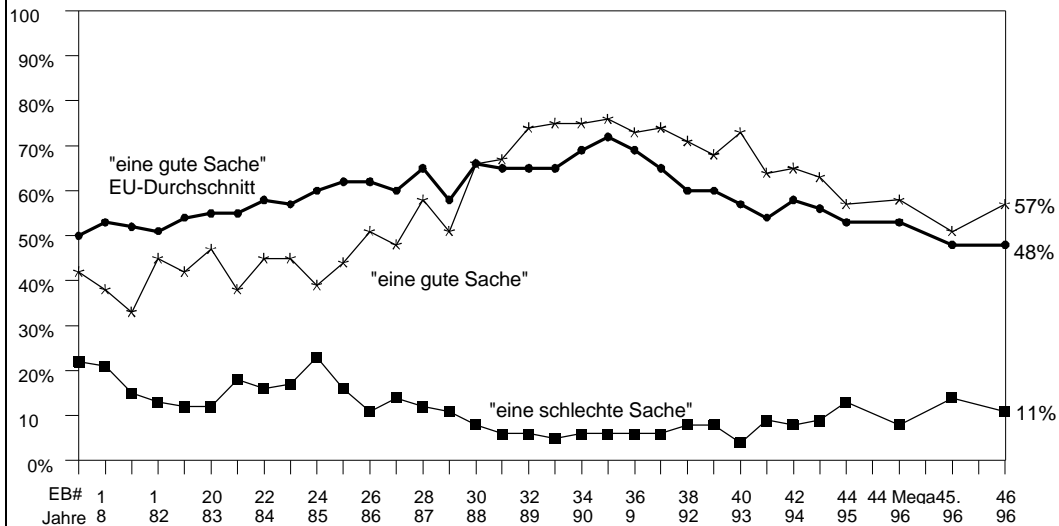
EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

## DEUTSCHLAND



## GRIECHENLAND

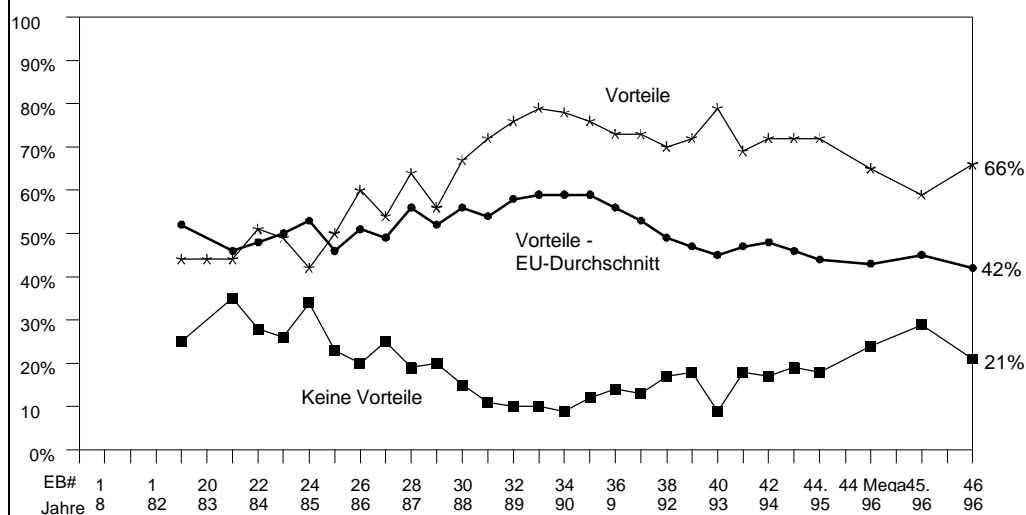
### Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981-1996



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 5a

EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

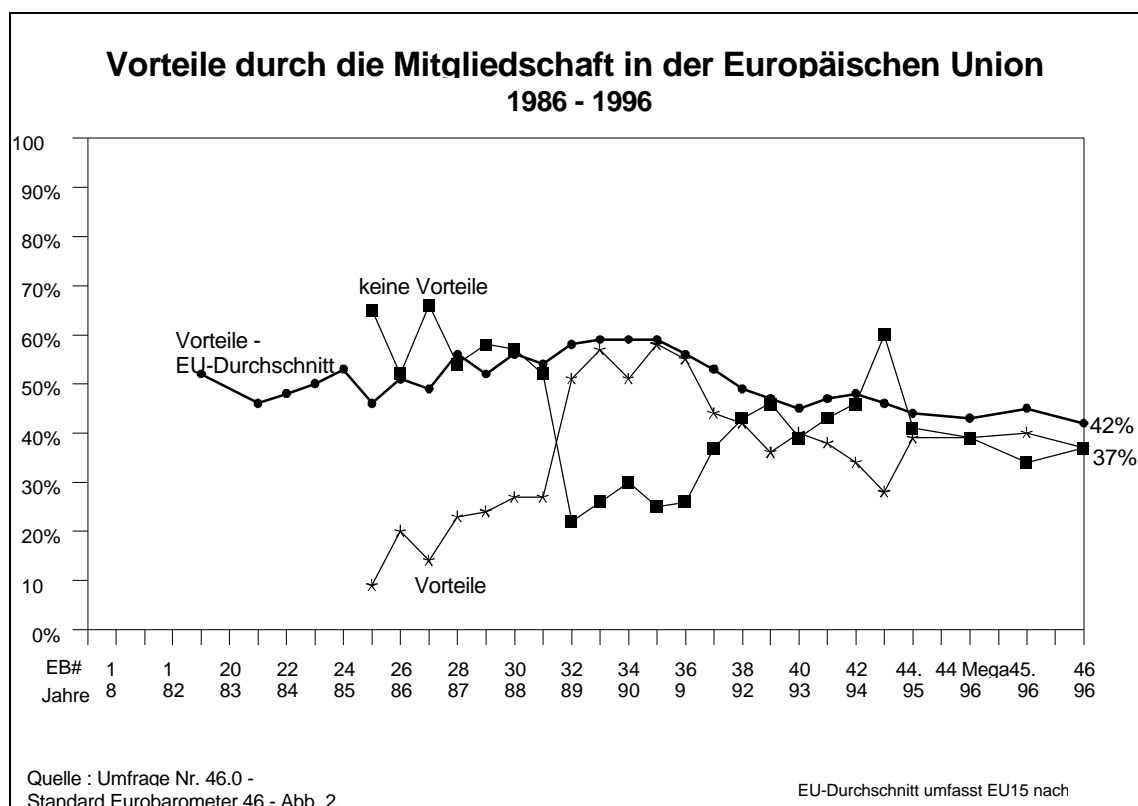
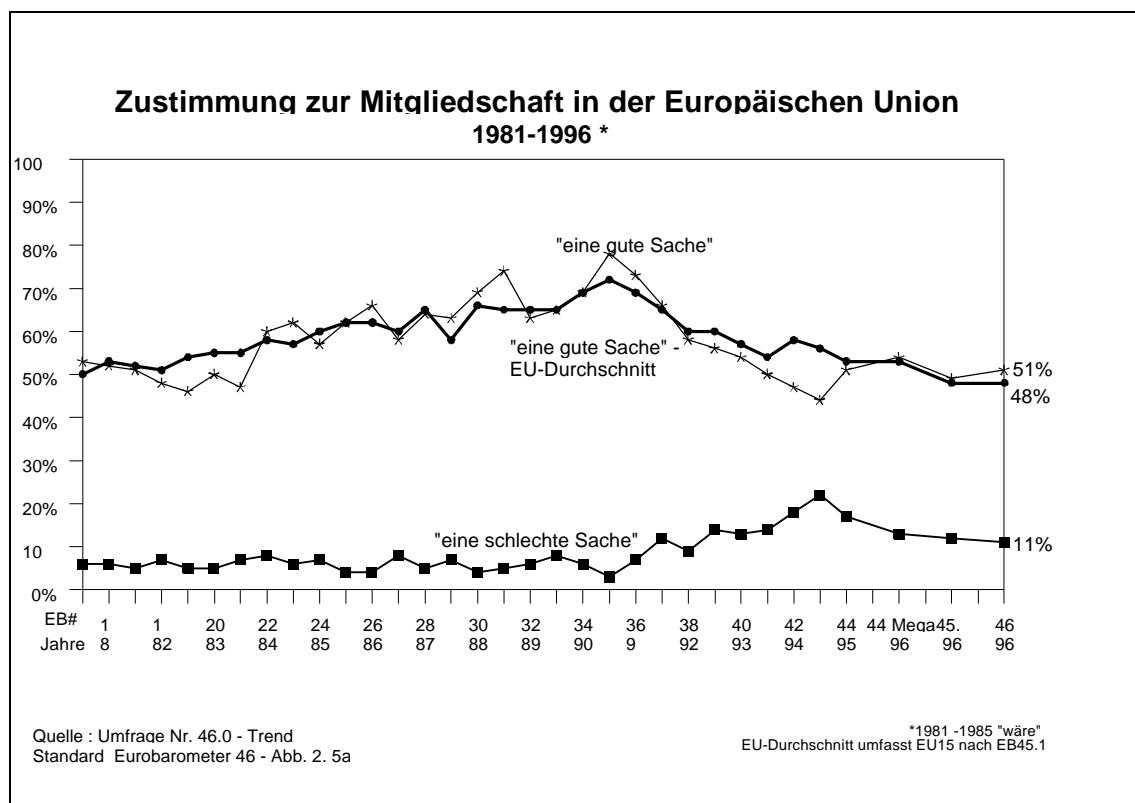
### Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1983 - 1996



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 5b

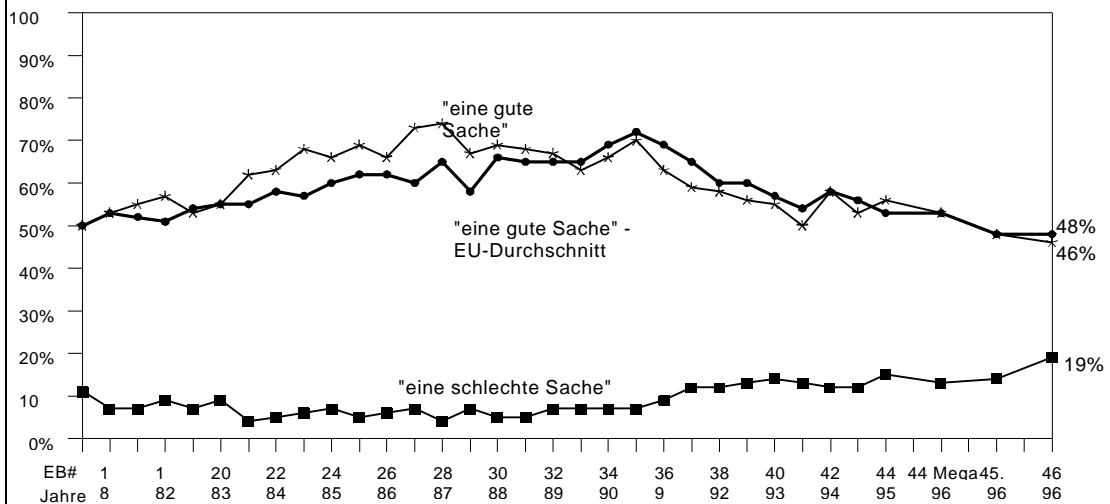
EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

## SPANIEN



## FRANKREICH

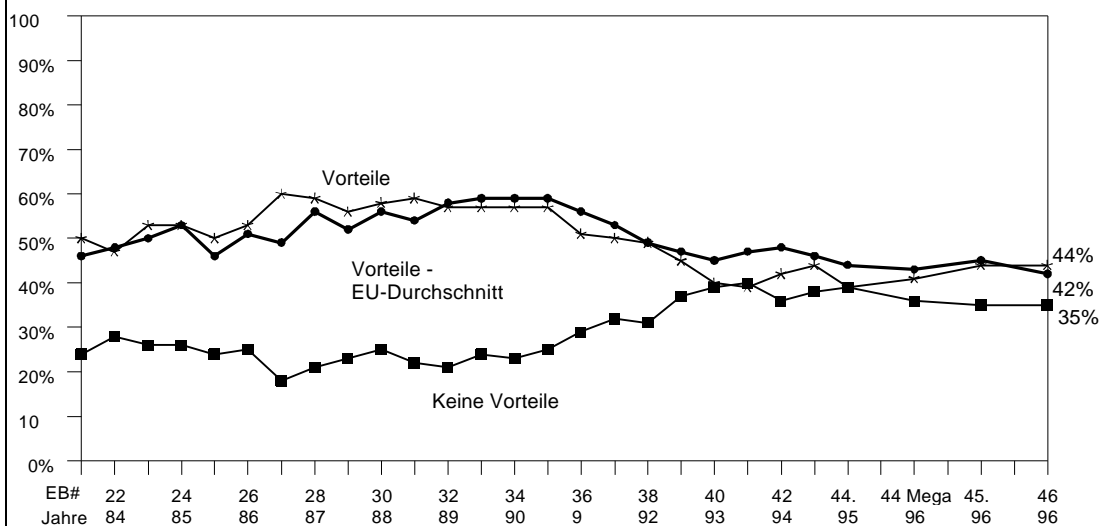
### Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981-1996



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 5a

EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

### Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1984-1996

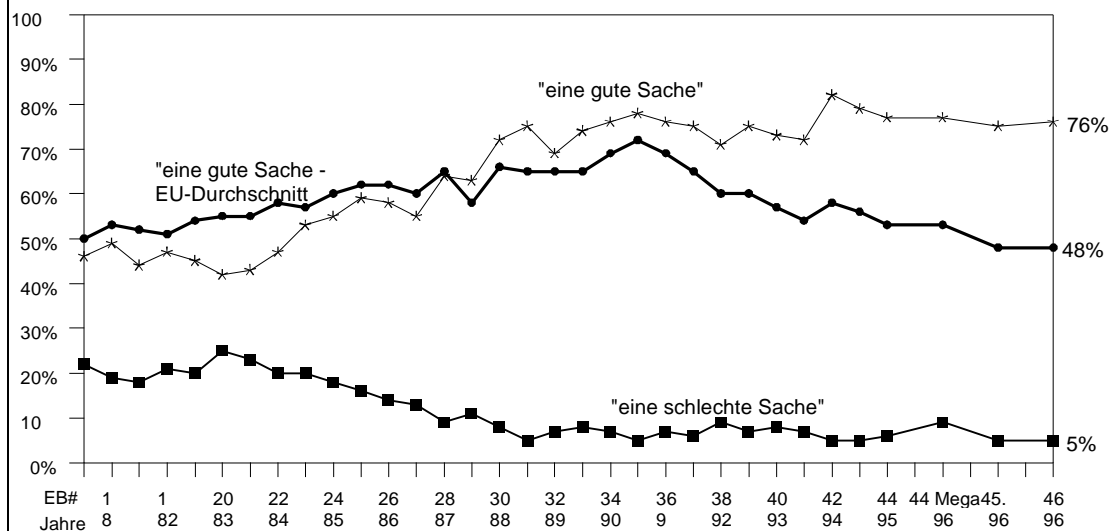


Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 5b

EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

## IRLAND

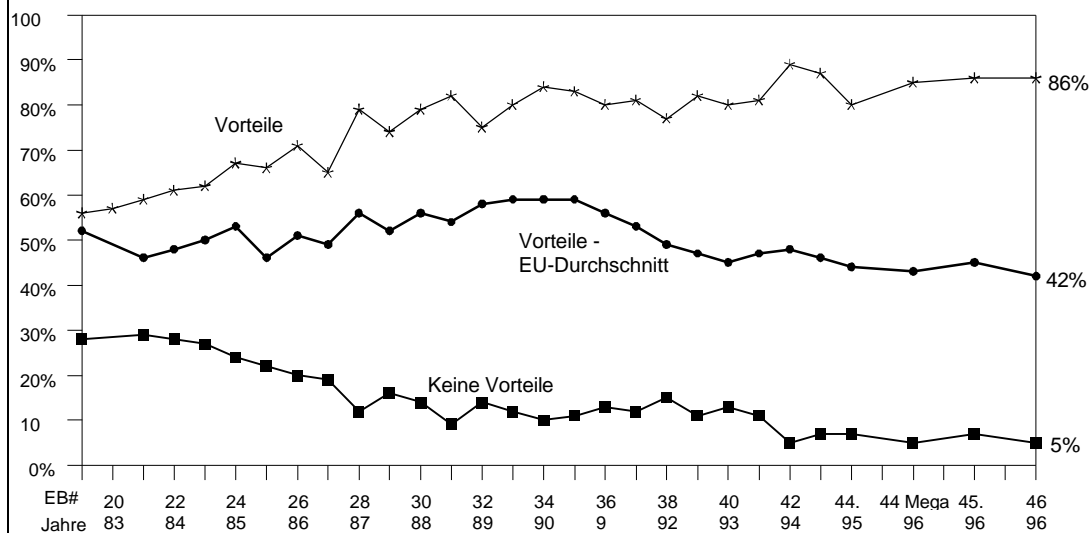
### Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981-1996



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - abb. 2. 5a

EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

### Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1983 - 1996

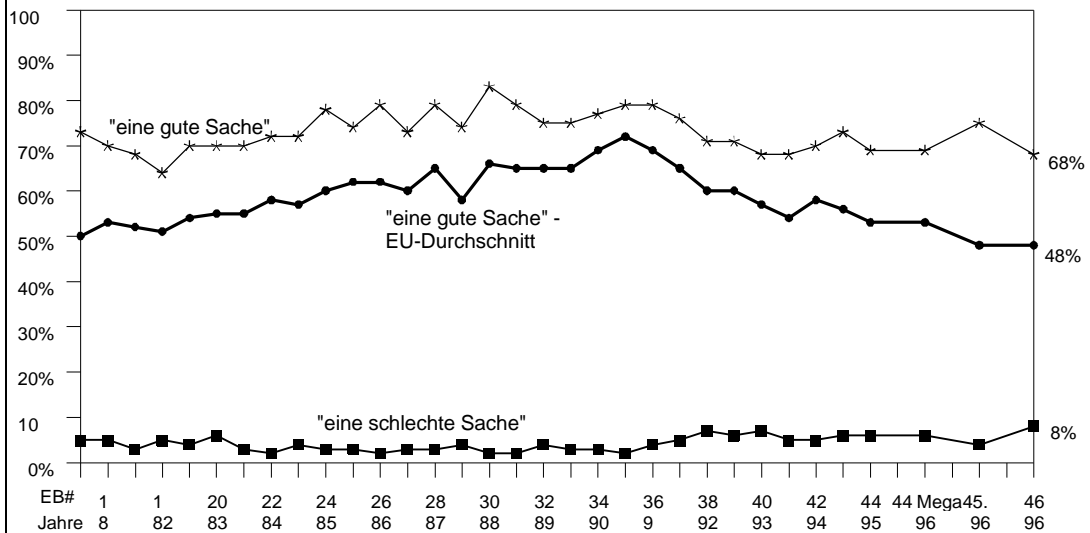


Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 5b

EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

## ITALIEN

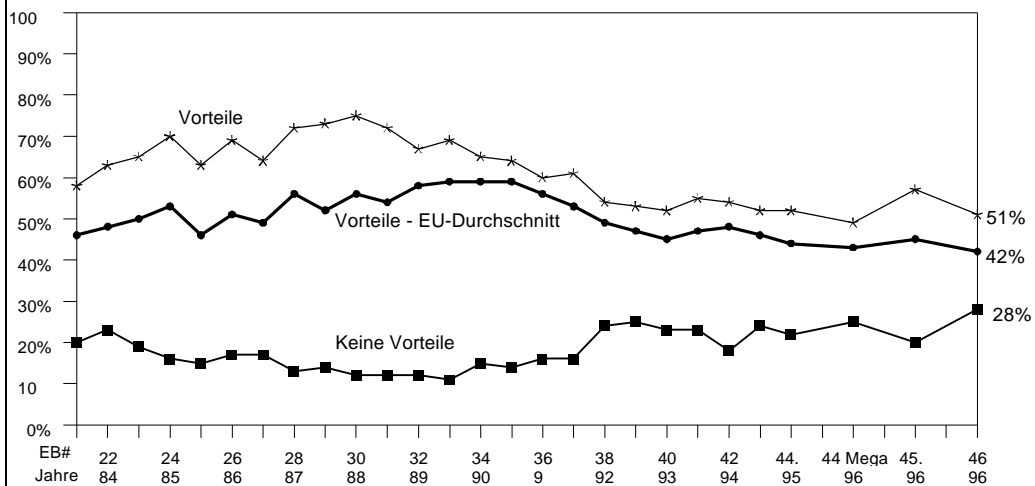
### Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981-1996



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 5a

EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach

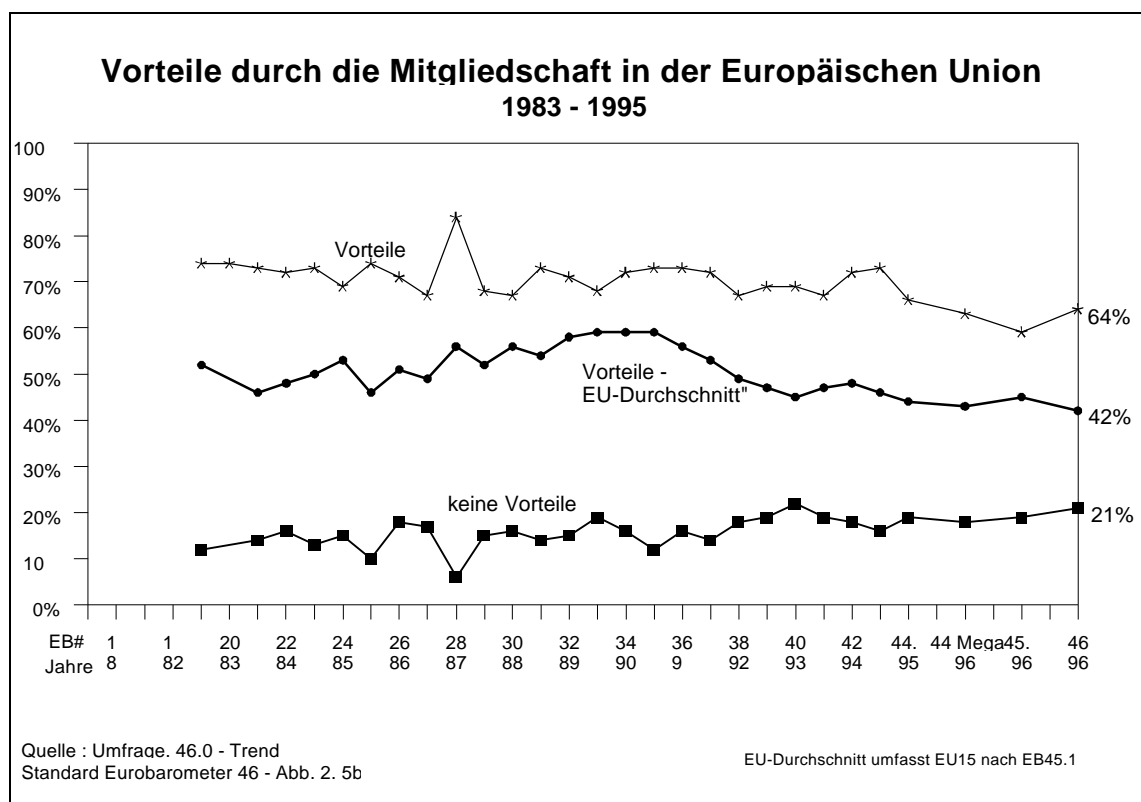
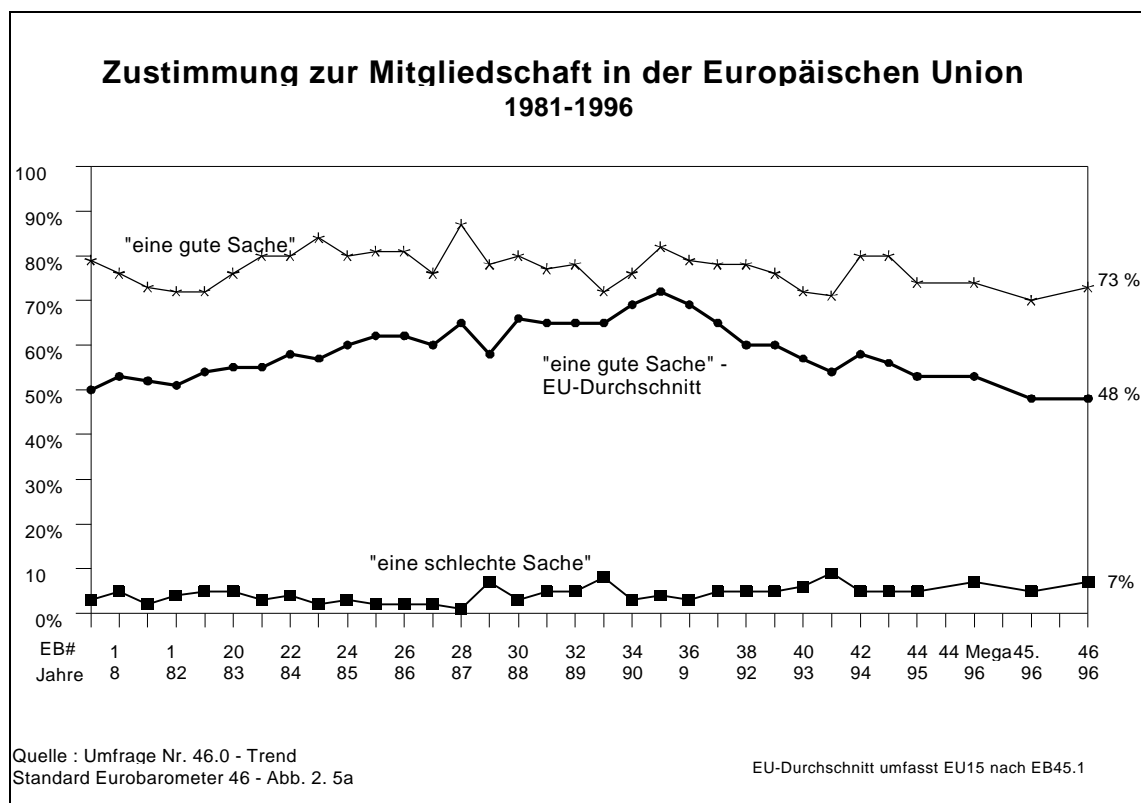
### Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1984-1996



Quelle : Umfrage Nr 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb.2. 5b

EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

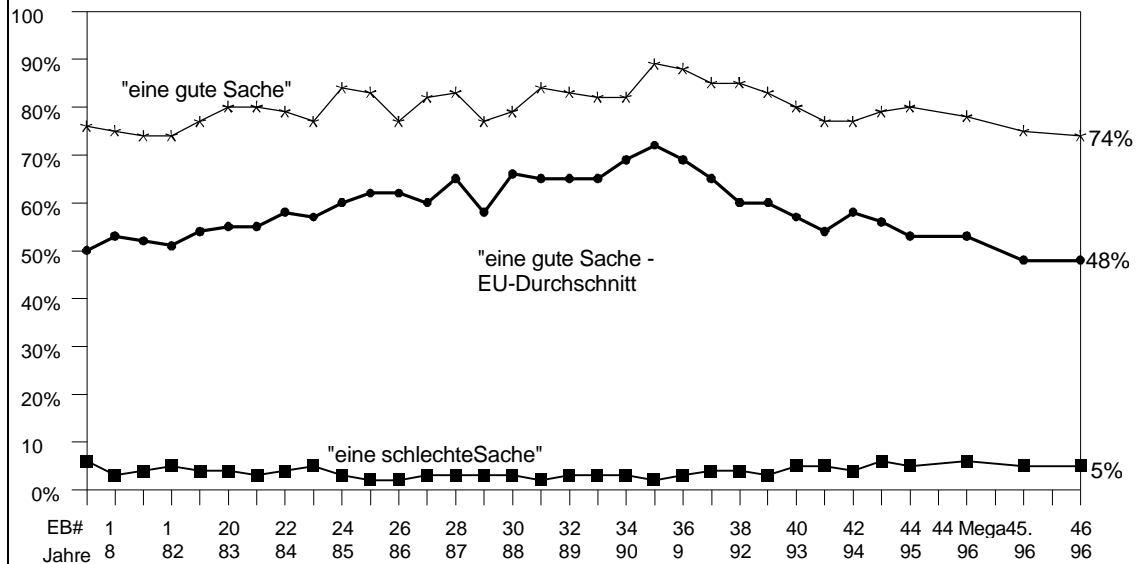
## LUXEMBURG





## NIEDERLANDE

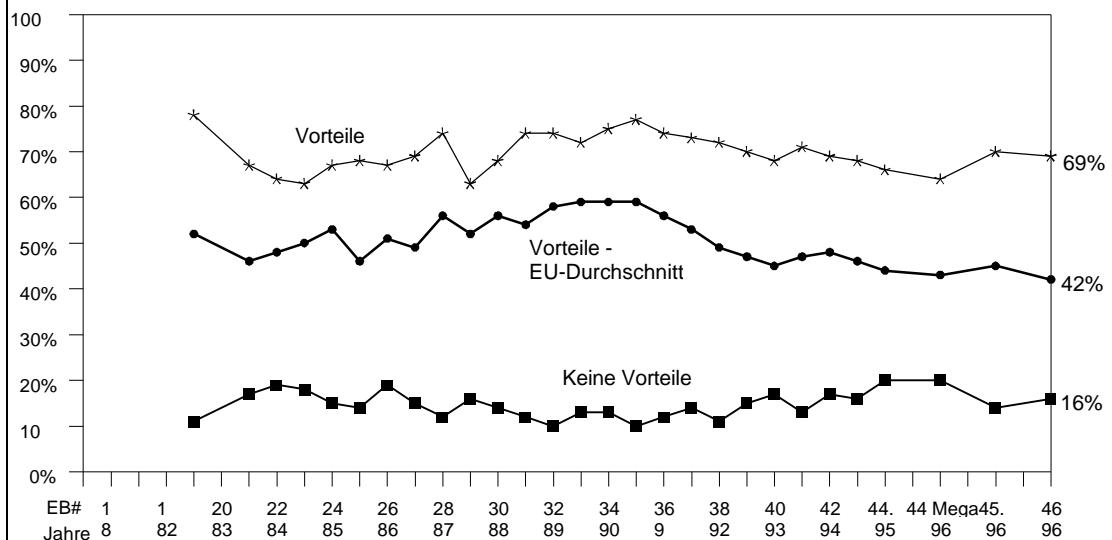
### Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981-1996



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 -  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2

EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach

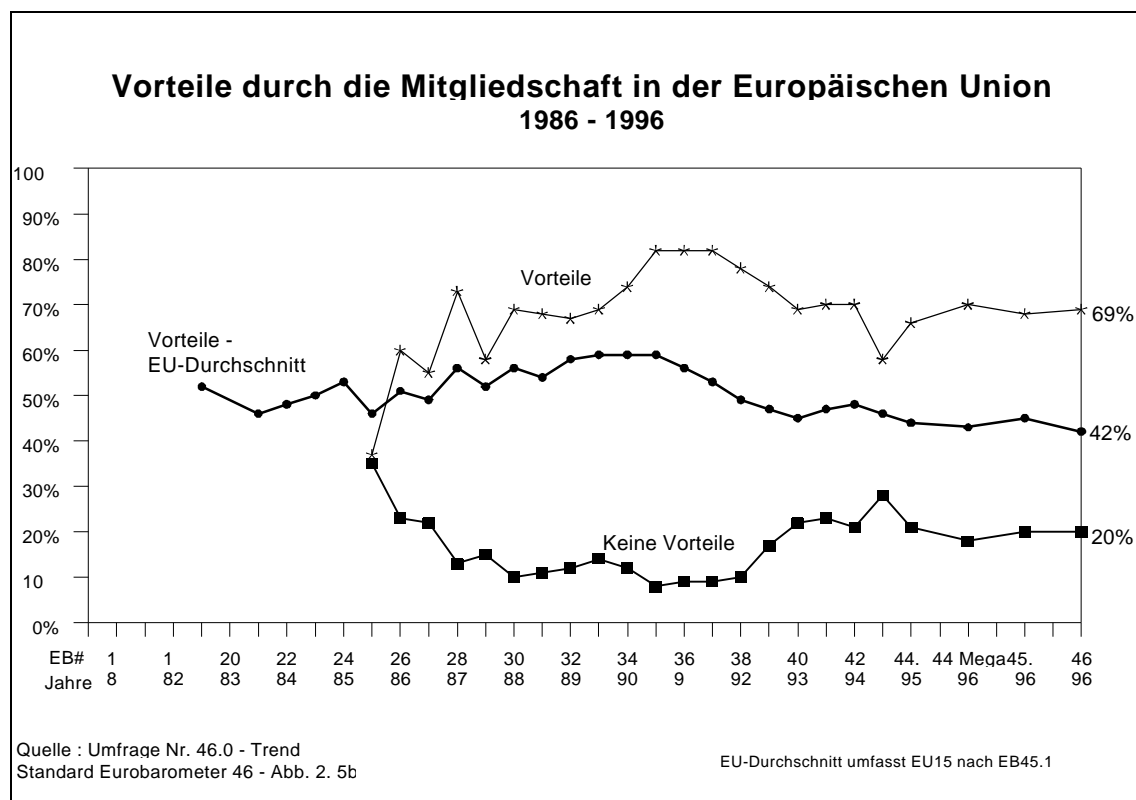
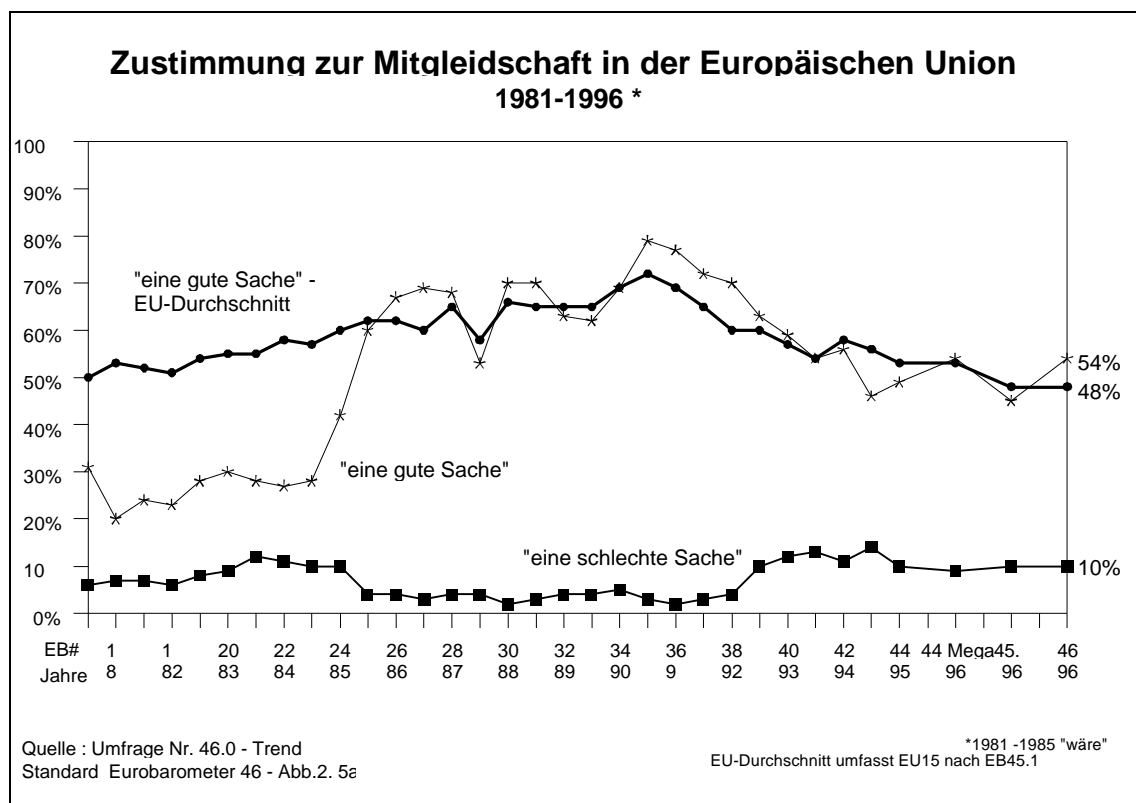
### Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1983 - 1995



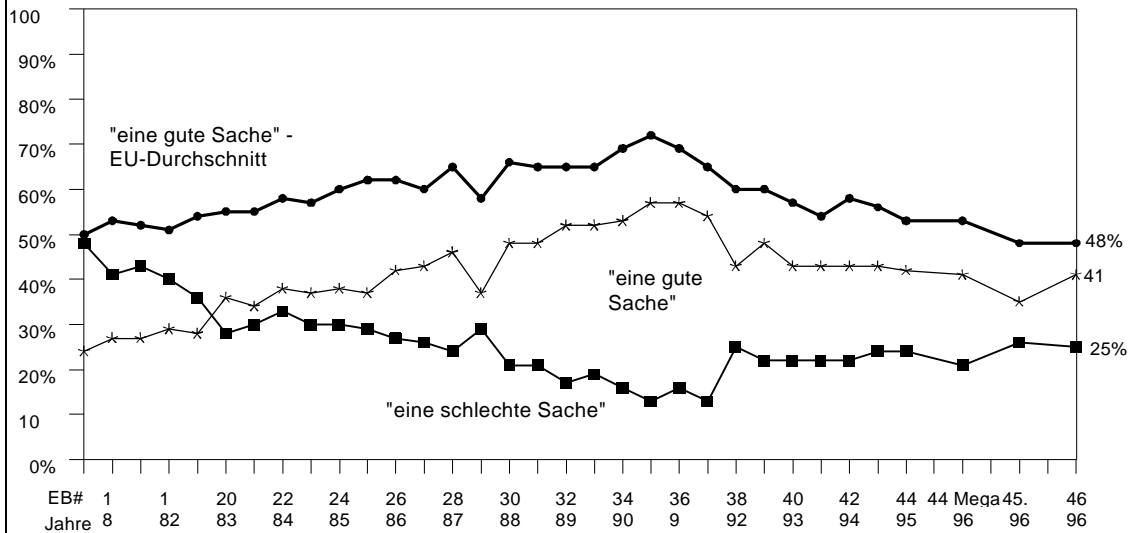
Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 5b

EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

## PORTUGAL

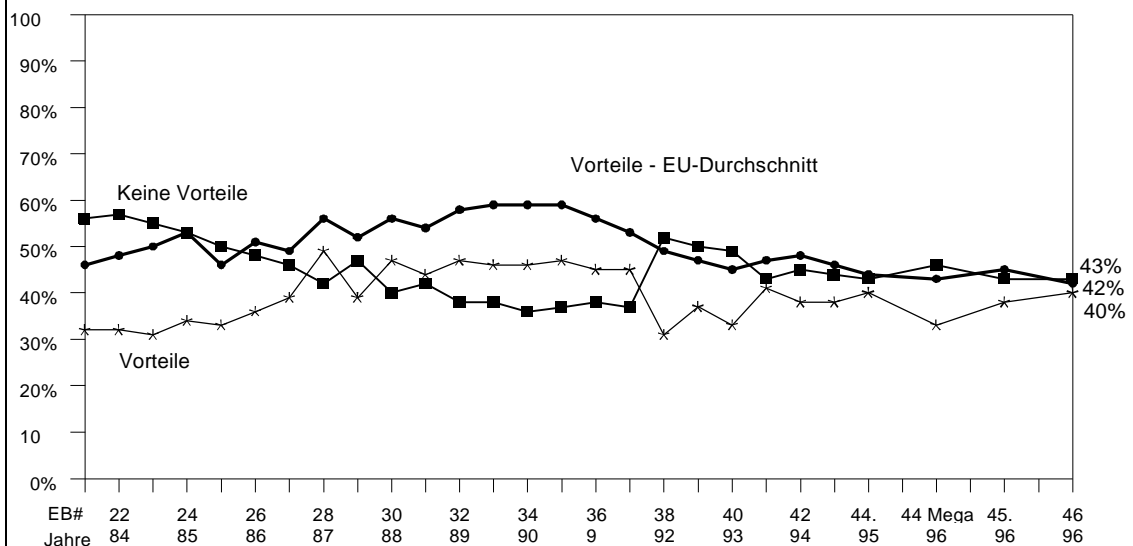


## VEREINIGTES KÖNIGREICH

Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union  
1981-1996

Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 5a

EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union  
1984-1996

Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Trend  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 2. 5b

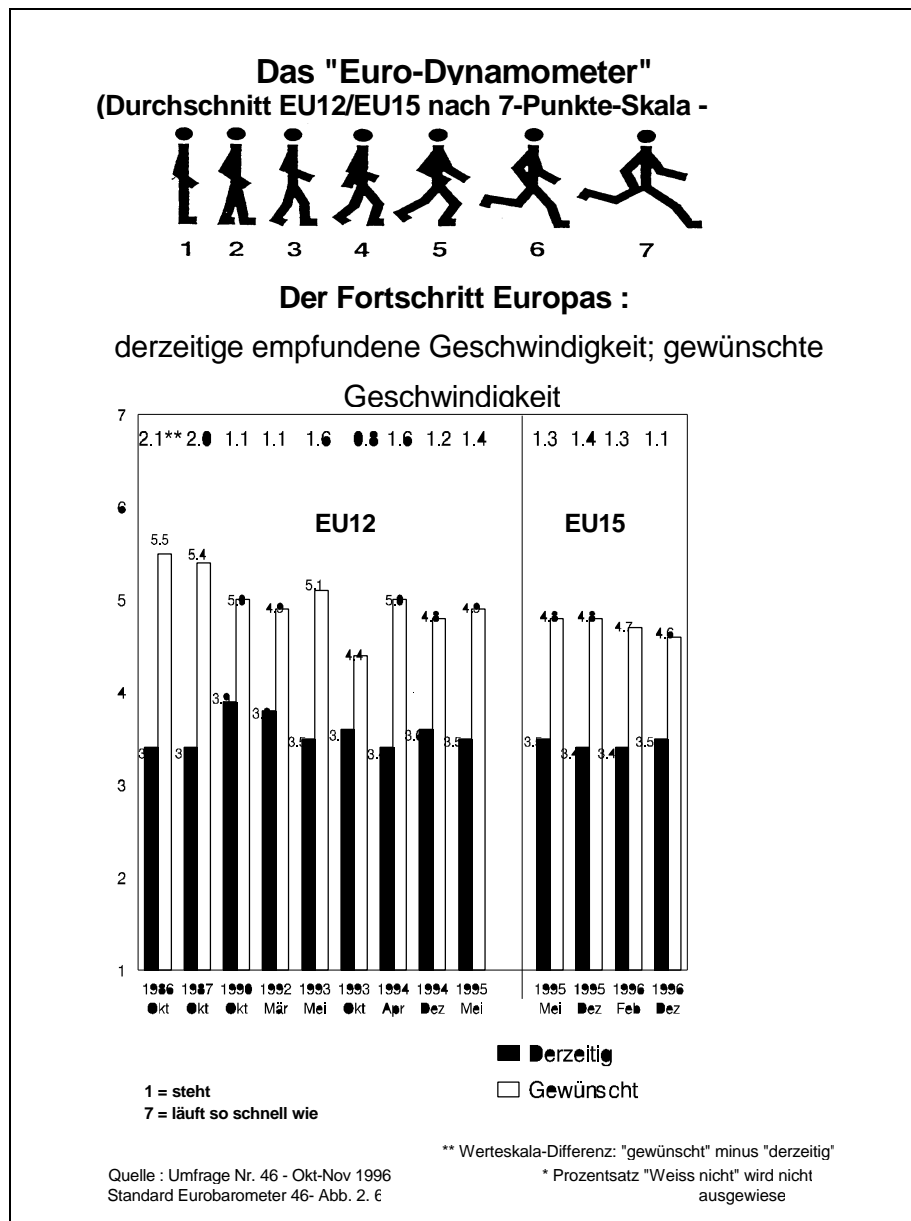
EU-Durchschnitt umfasst EU15 nach EB45.1

## 2.3 Das Tempo der Europäischen Integration

In den letzten zehn Jahren hat Eurobarometer die Meinung der Öffentlichkeit zum Tempo der Europäischen Integration gemessen: kommt diese Integration in den Augen der Bürger zu schnell oder nicht schnell genug voran? Um das festzustellen, wurde folgende Frage gestellt:

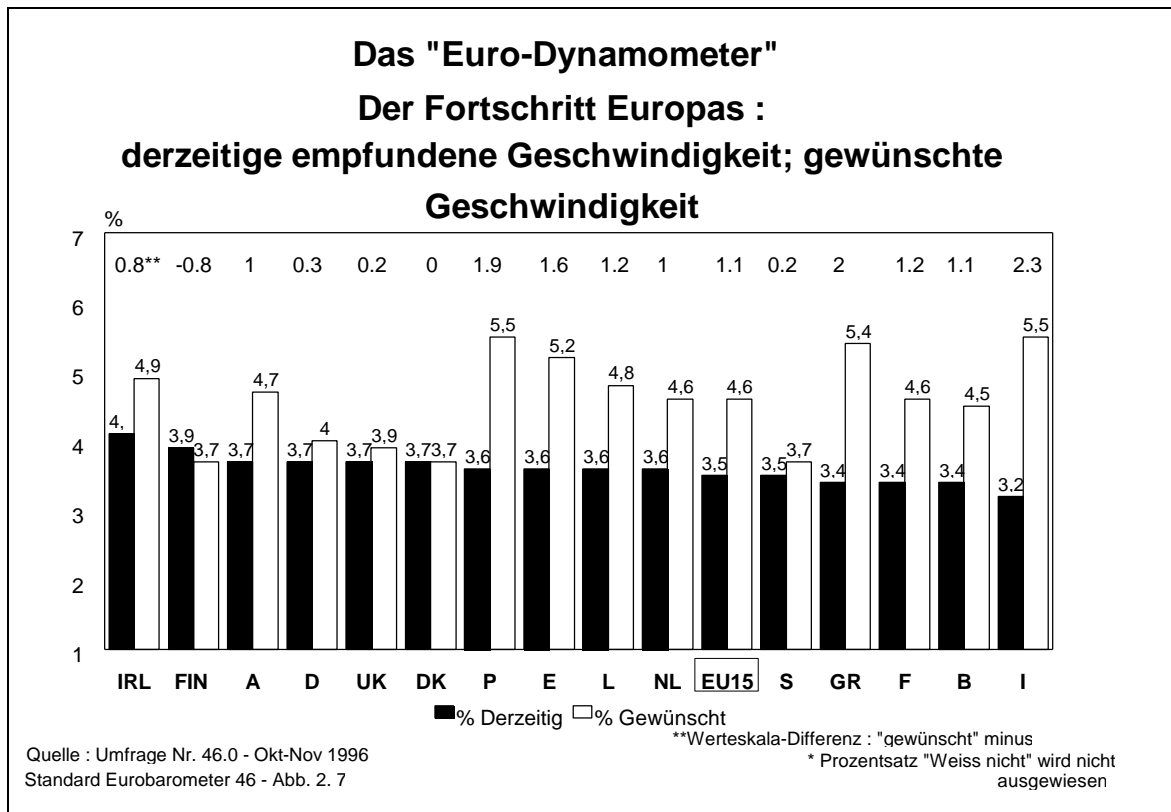
- a. *Ihrer Meinung nach: Wie kommt die Europäische Union, die Europäische Einigung gegenwärtig voran? Bitte schauen Sie sich diese Männchen an. (Liste vorlegen) Nr. 1 steht still, Nr. 7 läuft so schnell es kann. Welches Männchen entspricht Ihrer Meinung von der Europäischen Union, der Europäischen Einigung am besten?*
- b. *Und welches Männchen entspricht am bestem dem, was Sie sich wünschen würden? (Liste liegt noch vor)*

Über den Zehnjahreszeitraum hinweg hat sich die Differenz zwischen dem gewünschten und dem empfundenen Tempo der Einigung nahezu auf die Hälfte reduziert. Während 1986, als diese Frage erstmals gestellt wurde, die breite Öffentlichkeit meinte, der Einigungsprozeß käme wesentlich langsamer voran, als sie dies gerne sehen würden, und damit ein Nettodifferenzwert von 2.1 erzielt wurde, lag dieser Differenzwert 10 Jahre später nur noch bei 1.1. Das empfundene Tempo ist im Laufe der Zeit mit Werten zwischen 3.4 und 3.6 relativ stabil geblieben (wobei nur in zwei Jahren, nämlich 1990 und 1992, höhere Werte von 3.9 bzw. 3.8 erzielt wurden); d.h. der Rückgang des Differenzwerts ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß das "erwünschte" Tempo von 5.5 auf 4.6 zurückgegangen ist.



Im Ländervergleich zeigt sich, daß sich die Mittelmeerländer im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten nach wie vor für eine raschere Einigung aussprechen. Dies trifft ganz besonders auf Italien, Griechenland und Portugal und in geringerem Maße auf Spanien zu.

Ein Mittelfeld von Ländern, dem die Benelux-Staaten sowie Frankreich und Österreich angehören, wünscht sich ein weiteres Vorankommen der Einigung. Zur letzten Gruppe gehören diejenigen Länder, in denen ein rascherer Einigungsprozeß nur auf sehr geringe Zustimmung stößt, oder gar wie im Falle Finnlands eine Verlangsamung des Tempos vorgezogen würde. Diese Gruppe umfaßt Finnland (Nettowert -0,8), das Vereinigte Königreich und Schweden (beide 0,2= und Dänemark (0,3). (Tabellen 2.7 bis 2.10)



## 2.4 Der europäische Binnenmarkt - Hoffnung oder Befürchtung?

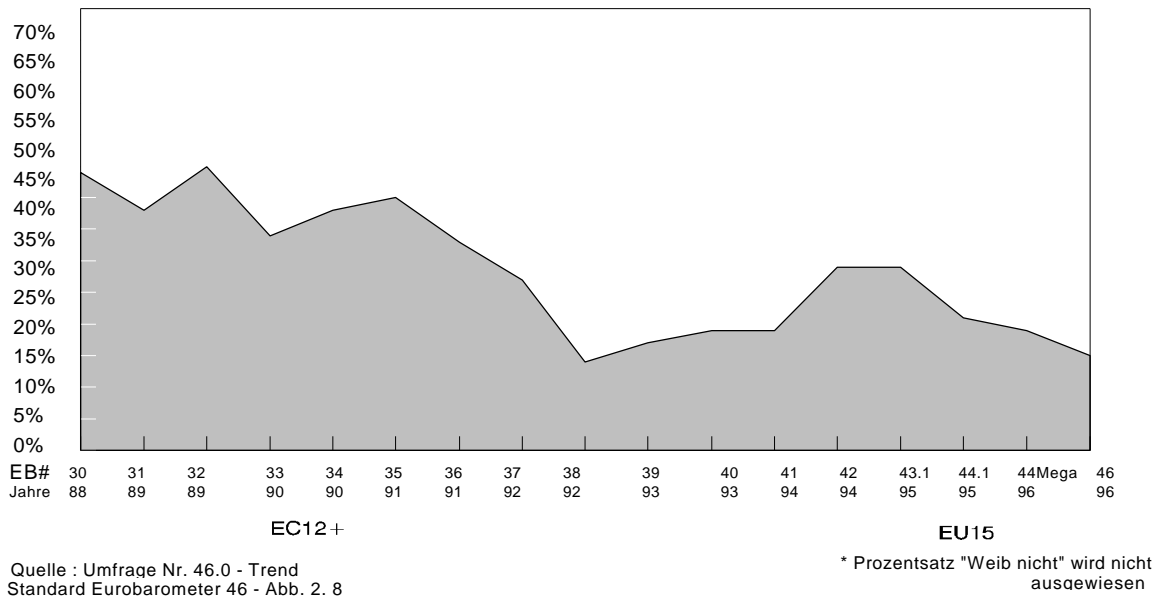
Zum Abschluß des Fragenkomplexes zur öffentlichen Meinung über die Europäische Union haben wir die Reaktion auf den Binnenmarkt gemessen; bereits seit 1988 wird dazu die folgende Frage gestellt:

*"Wie ist Ihre persönliche Einstellung zum Europäischen Binnenmarkt, der 1992 vollendet wird? Setzen Sie darauf große Hoffnung, einige Hoffnung, haben Sie einige Befürchtung oder große Befürchtung?"<sup>1</sup>*

Der seit Ende 1995 einsetzende Abwärtstrend hat sich 1996 fortgesetzt. Der Nettowert für "Hoffnung" ist von 28 % im Frühjahr 1995 auf 15 % bei dieser Umfrage zurückgegangen. Die folgende Abbildung und Tabelle geben Aufschluß darüber, wie sich die öffentliche Meinung im Laufe der Zeit geändert hat.

<sup>1</sup> Der Wortlaut der Frage wurde 1993 wie folgt geändert: *"Wie ist Ihre persönliche Einstellung zum Europäischen Binnenmarkt, der 1993 vollendet wurde? Setzen Sie darauf große Hoffnung, einige Hoffnung, haben Sie einige Befürchtung oder große Befürchtung?"*

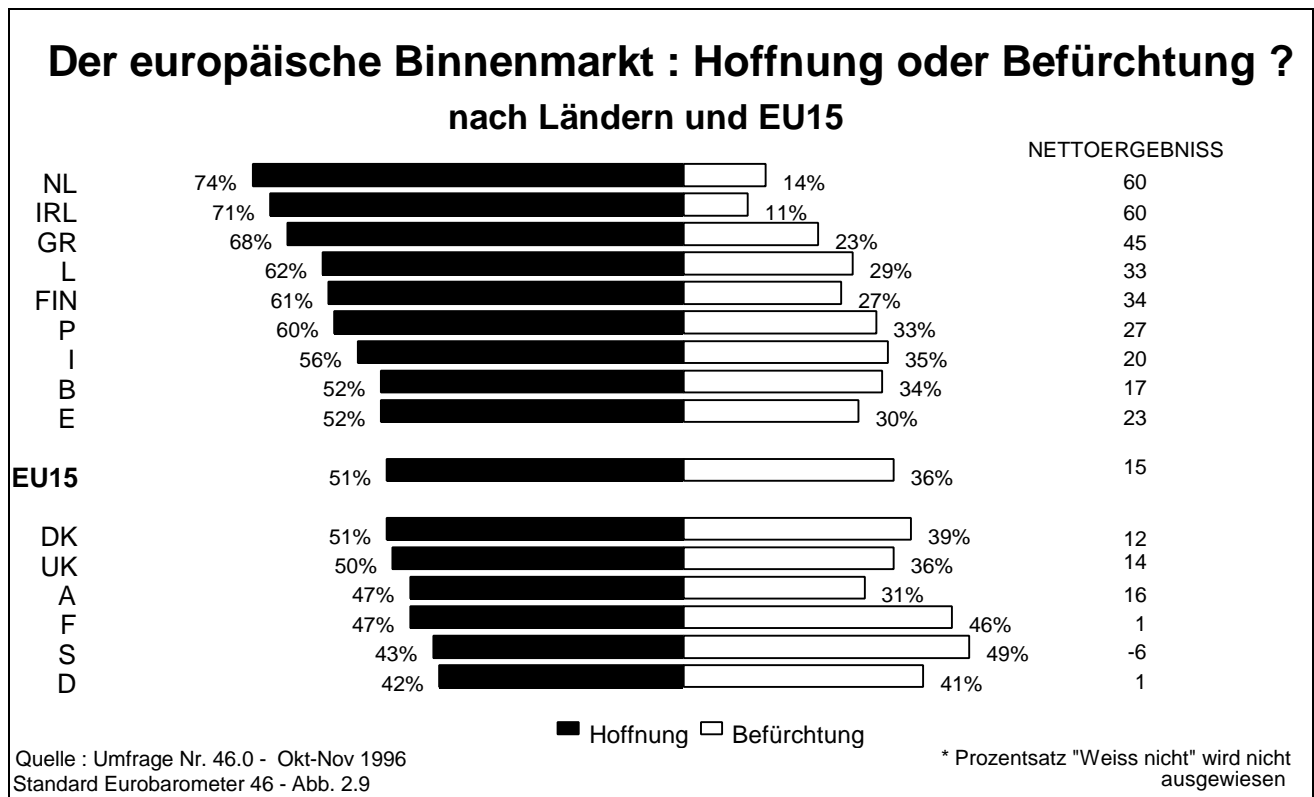
### Der europäische Binnenmarkt : "Netto"-Hoffnung % "Hoffnung" minus % "Befurchtung", 1988 -1996 EU15



Prozentsatz "Hoffnung" Nettowerte				
	Frühjahr 95' EB 43	Winter 95' EB 44	Frühjahr 96' EB 45	Winter 96' EB 46
Belgien	50	24	23	17
Dänemark	24	22	29	12
Deutschland	23	11	9	1
Griechenland	55	55	50	45
Spanien	23	21	30	23
Frankreich	15	15	9	1
Irland	69	59	65	60
Italien	42	25	27	20
Luxemburg	46	43	51	33
Niederlande	58	53	50	60
Österreich	26	21	24	16
Portugal	35	34	28	27
Finnland	43	34	33	34
Schweden	5	0	-5	-6
Vereinigtes Königreich	26	20	10	14
EU15	28	21	19	15

Im Ländervergleich zeigt sich, daß die Niederländer (74 % Hoffnung), Iren (71 %) und Griechen (68 %) die größten Hoffnungen auf den Binnenmarkt setzen. Schweden hegt die schwersten Befürchtungen: sie übersteigen die Hoffnungen um 6%. In Frankreich und Deutschland übertreffen

die Hoffnungen die Befürchtungen um ein knappes 1%, während überall sonst die Hoffnungen um mindestens 10 % höher liegen als die Befürchtungen, wie aus der folgenden Abbildung hervorgeht. (Tabellen 2.11 und 2.12)



### 3. Wichtige Punkte auf der politischen Tagesordnung

In diesem Kapitel befassen wir uns mit der Zustimmung zu einer Reihe politischer Fragen, die sich zum einen um die Diskussion über die Regierungskonferenz drehen, die auf dem Europäischen Rat von Amsterdam im Juni 1997 abgeschlossen werden soll, und zum anderen um die Diskussion über die Einführung der einheitlichen Währung, des Euro.



### 3.1 Zustimmung zu aktuellen politischen Fragen

Im Zusammenhang mit den Fragen über die Bereiche, in denen die Europäische Union vorrangig tätig werden sollte, hat Eurobarometer eine Liste von Schlüsselpunkten erstellt, die in den Rahmen des Vertrags über die Europäische Union (Maastricht) fallen. Dabei wurden die Befragten in einer Serie von Umfragen gebeten, ihre Zustimmung oder Ablehnung gegenüber diesen Vorschlägen zu äußern, ohne daß der Vertrag an sich erwähnt wurde.

Von all diesen Punkten findet der Vorschlag, in den Schulen Unterrichtseinheiten über die Europäische Union abzuhalten, mit 84 % die größte Zustimmung. Weniger, aber doch zunehmende Bedeutung wird folgendem Vorschlag beigemessen: *"Die Europäische Union sollte Film- und Fernsehproduktionen in Europa fördern, um ein besseres Gleichgewicht zwischen US-amerikanischen, japanischen und europäischen Produktionen zu erreichen"*. 64 % der Befragten (+5 %) meinen, daß die Filmindustrie auf EU-Ebene gefördert werden sollte.

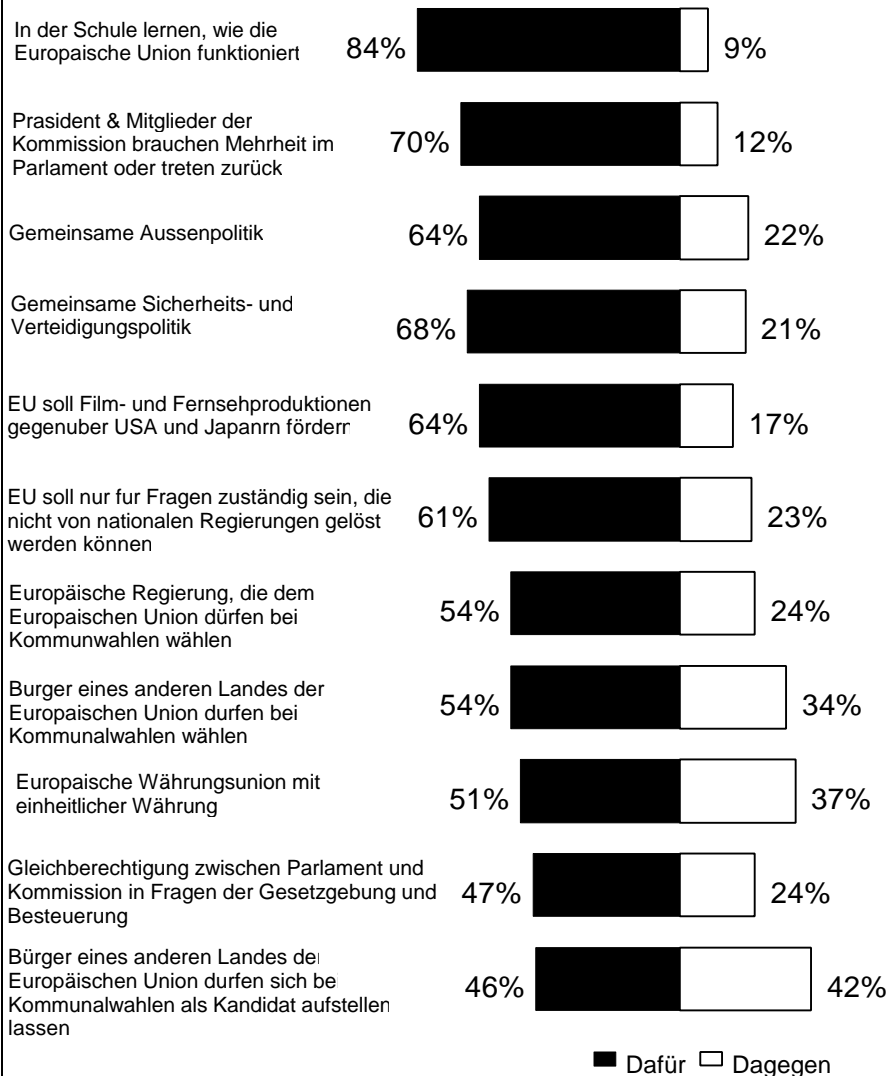
Die Zustimmung zur Europäischen Währungsunion mit einer einheitlichen Währung bleibt mit 51 % konstant. Relativ unverändert ist auch die Zustimmung zur *gemeinsamen Außenpolitik* (64 % dafür). In der Frage der *gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* hingegen beobachten wir nach einer deutlichen Abnahme der Zustimmung Anfang 1996 im Herbst einen erneuten Anstieg um 8 Prozentpunkte auf 68 %.

Die unter dem Stichwort "Demokratische Prozesse" zusammengefaßten Themen sind über das vergangene Jahr hinweg relativ stabil bewertet worden, wobei jedoch seit 1993 eine Zunahme zu verzeichnen ist. In diesem Themenbereich findet der Vorschlag, der Präsident und die Mitglieder der Europäischen Kommission müssen das Vertrauen des Europäischen Parlaments besitzen, mit 70% die größte Zustimmung. (Tabellen 3.1 und 3.2)

Key Maastricht Issues					
Thema	Frühjahr 1993 EB 39	Frühjahr 1995 EB 43	Herbst 1995 EB 44	Frühjahr 1996 EB 45	Herbst 1996 EB 46
<b>Wirtschafts- und Währungsunion</b>	52	52	53	51	51
<b>Außenpolitik und Verteidigung</b>					
Gemeinsame Verteidigungspolitik	77	75	73	60	68
Gemeinsame Außenpolitik	66	67	69	66	64
<b>Demokratische Prozesse</b>					
Vertrauen des EP Für Kommissionsmitglied	66	70	72	71	70
Subsidiarität	57	55	63	64	61
Europäische Regierung	54	57	60	58	54
Stimmrecht bei Kommunalwahlen	48	54	54	53	54
Recht sich bei Kommunalwahlen als Kandidat aufstellen zu lassen	38	45	45	43	46
<b>Bildung und Kultur</b>					
Unterricht über EU in Schulen	na	84	86	84	84
Förderung für EU Film- und Fernsehproduktionen	na	64	66	59	64

## Zustimmung zu aktuellen politischen Themen

### EU15



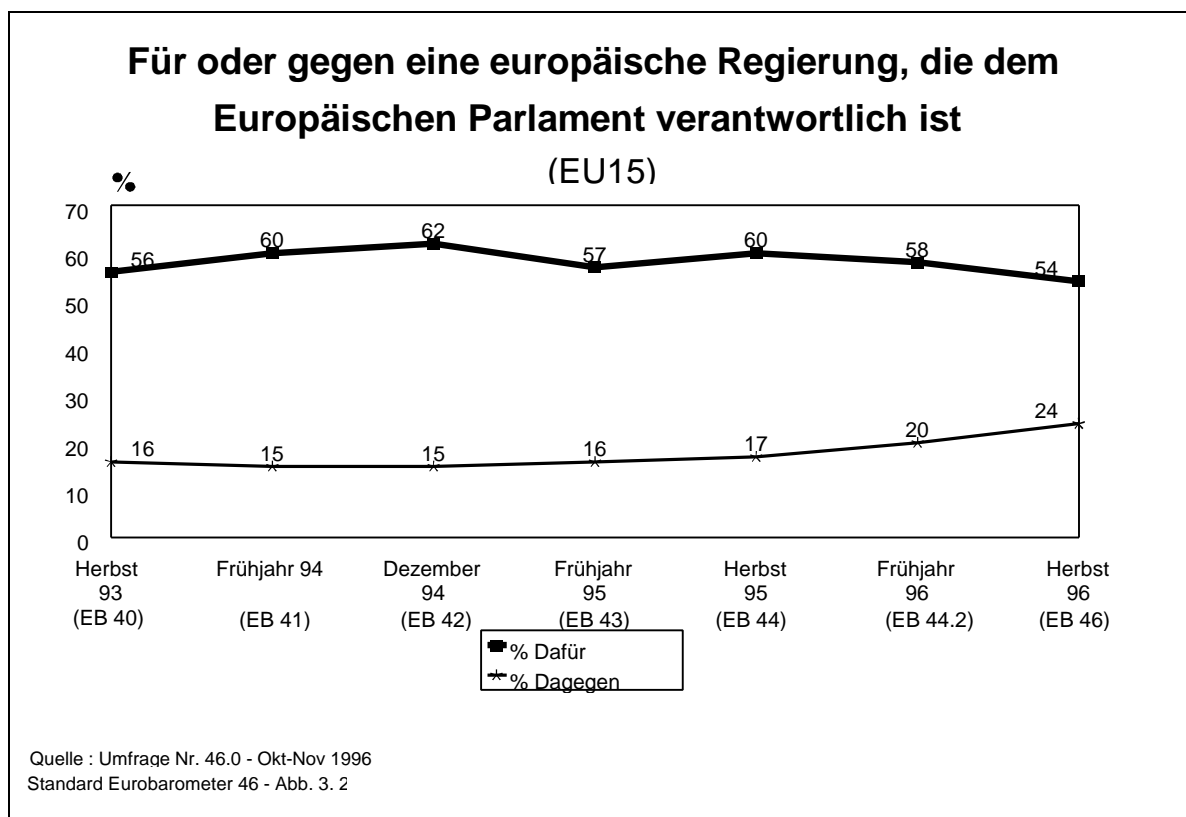
Quelle : Umfrage Nr. 46.0 - Okt - Nov 1996  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 3.1

### 3.2 Eine Europäische Regierung

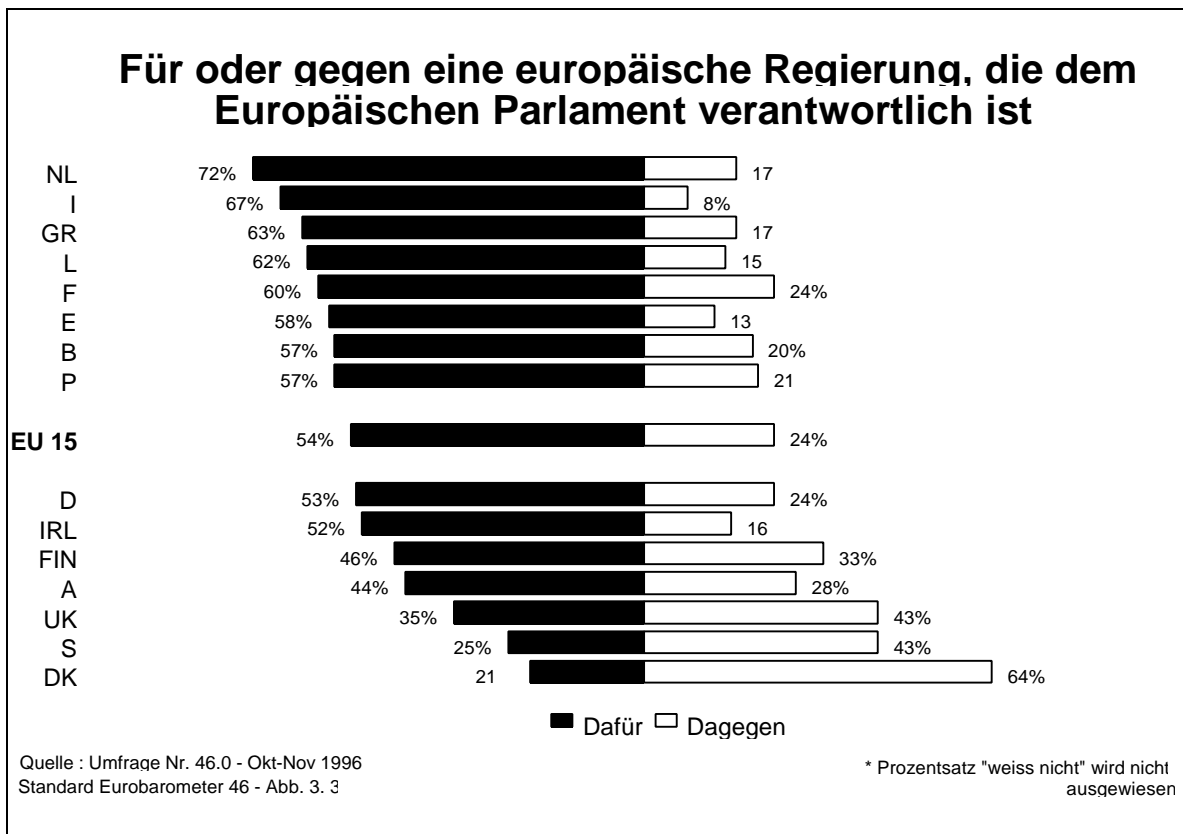
Braucht Europa im Hinblick auf eine weitere europäische Einigung eine europäische Regierung, und was halten die Bürger von dem Vorschlag einer europäischen Regierung, die dem Europäischen Parlament verantwortlich ist?

Im Laufe der vergangenen drei Jahre, in denen Eurobarometer die öffentliche Meinung zu dieser Frage verfolgt hat, war eine stetig steigende Zustimmung zu verzeichnen gewesen, während nun insgesamt ein Rückgang um 4 Prozentpunkte und damit ein Rekordtief erreicht wurde.

Gut die Hälfte der Befragten (54 %) hatte sich für die *"Bildung einer europäischen Regierung für die Europäische Union, die dem Europäischen Parlament verantwortlich ist"* ausgesprochen, 24 % waren dagegen und 22 % äußerten dazu keine Meinung.



Am höchsten war die Zustimmung mit 72 % in den Niederlanden. Ebenfalls über dem EU-Durchschnitt lagen Italien (67 %), Griechenland (63 %), Luxemburg (62 %) und Frankreich (60 %). In Dänemark, Schweden und im Vereinigten Königreich stimmen nur zwischen einem Fünftel und einem Drittel der Einwohner diesem Vorschlag zu, d.h. in diesen Ländern sind nach wie vor die meisten "Euroskeptiker" anzutreffen.

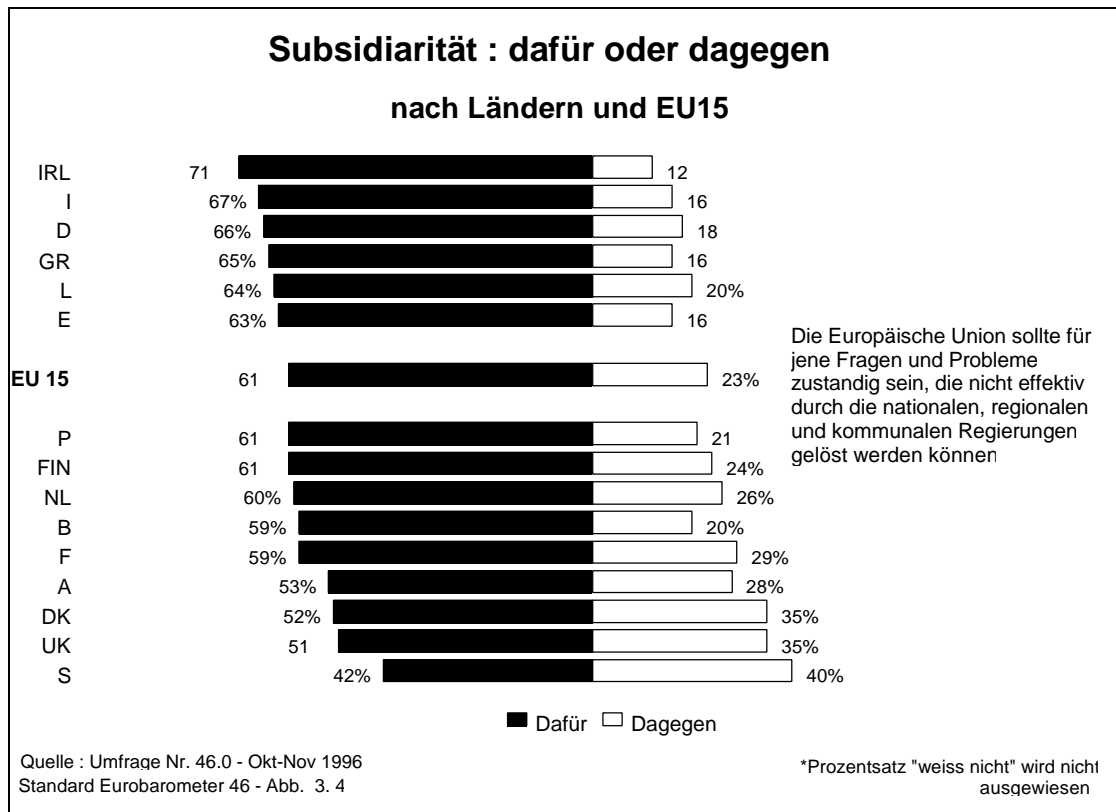


Die demographische Analyse weist das klassische Bild auf: stärkere Zustimmung bei den Männern (57 %) verglichen mit 51 % bei den Frauen; bei den Jüngeren (55% der Altersgruppe 16-24 zu 49 % in der Altersgruppe 55+), und bei den Bürgern mit hohem Ausbildungsniveau (63% derer, die ihre schulische Ausbildung mit 20 oder darüber abgeschlossen haben oder sich noch in der Ausbildung befinden zu 46 % derer, die die Schule im Alter von 16 Jahren verlassen haben). 73 % derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes für "eine gute Sache" halten, befürworteten diesen Vorschlag, während von denjenigen, die generell eine ablehnende Haltung einnehmen, nur 39% für die europäische Regierung waren. (Tabelle 3.4)

### 3.3 Subsidiarität - Nationale oder gemeinsame Entscheidungen ?

Wie im ersten Abschnitt bereits deutlich wurde, ist die Zustimmung zur Subsidiarität während der letzten drei Jahre stetig gestiegen. Dieses Prinzip ist im Vertrag von Maastricht festgeschrieben und wird heute von nahezu zwei Dritteln der EU-Bürger befürwortet; 23 % sprechen sich gegen das Prinzip aus und die verbleibenden 16 % haben dazu keine Meinung geäußert.

Die deutlichste Zustimmung findet das Konzept in Irland (71 %), Italien (67 %), Deutschland (66 %), Griechenland (65 %) und Luxemburg (64 %). Geringere Werte wurden in Schweden (42 %), dem Vereinigten Königreich (51 %), Dänemark (52 %) und Österreich (53 %) gemessen. (Tabelle 3.5)

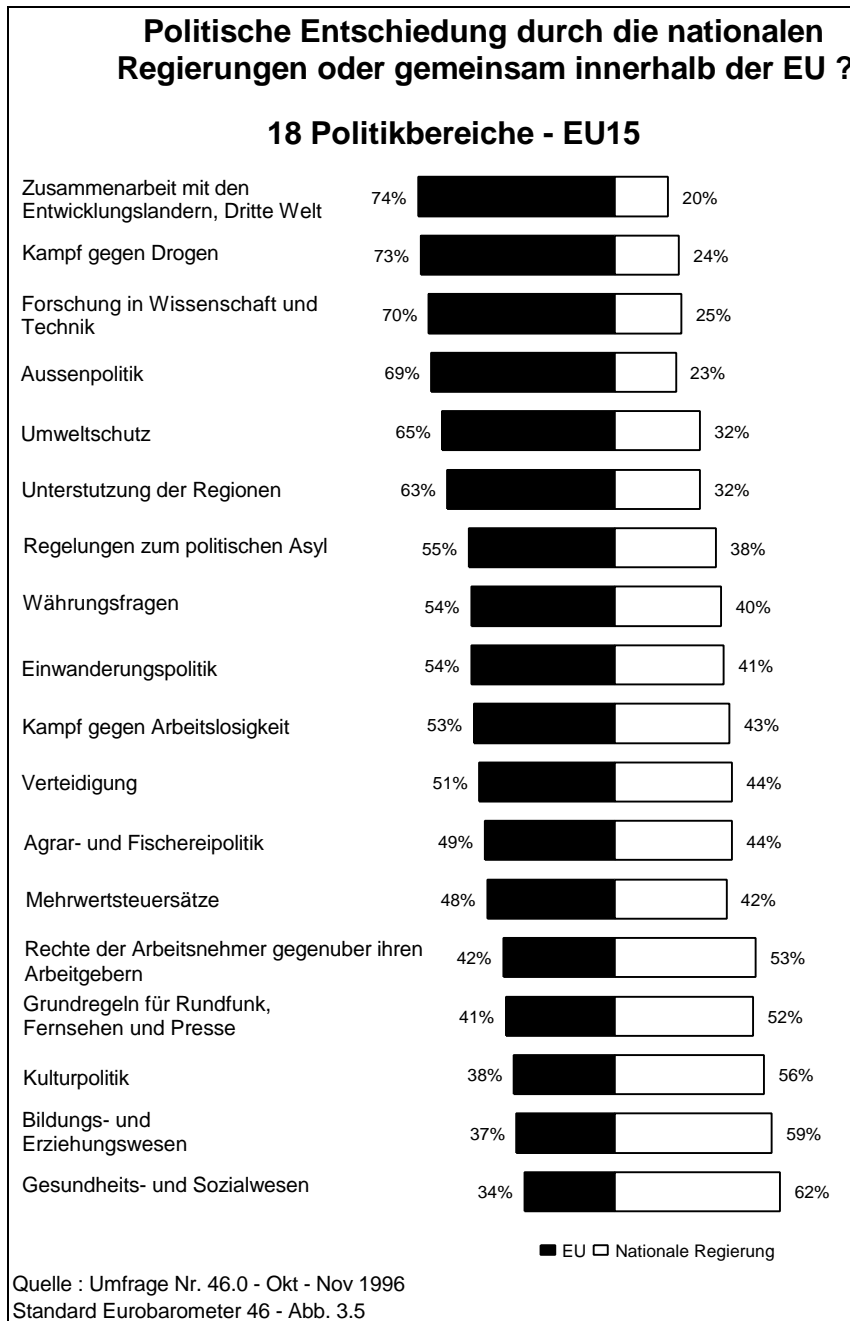


Nach der demographischen Aufschlüsselung wird das Subsidiaritätsprinzip vor allem von Personen mit hohem Ausbildungsniveau, Führungskräften, Menschen mit einer positiven Gesamteinstellung zu Europa und Meinungsführern befürwortet. (Tabelle 3.6)

Insgesamt wird die Subsidiarität von der Mehrheit der Bürger befürwortet - doch in welchen Bereichen legen sie besonders großen Wert darauf? Eurobarometer legte den Befragten eine Liste mit 18 Politikbereichen vor und fragte für jeden dieser Bereiche ab, ob sie gemeinsam auf EU-Ebene oder im nationalen Rahmen entschieden werden sollten.

Verglichen mit der vorangegangenen Umfrage blieben die Ergebnisse bemerkenswert konstant. Wie sich bei früheren Umfragen bereits gezeigt hat, finden internationale Fragen eine größere Zustimmung zu EU-weitem Handeln. Auch für interne Probleme, denen jedoch eine länderübergreifende Dimension zuerkannt wird, wird ein Vorgehen auf Gemeinschaftsebene befürwortet.

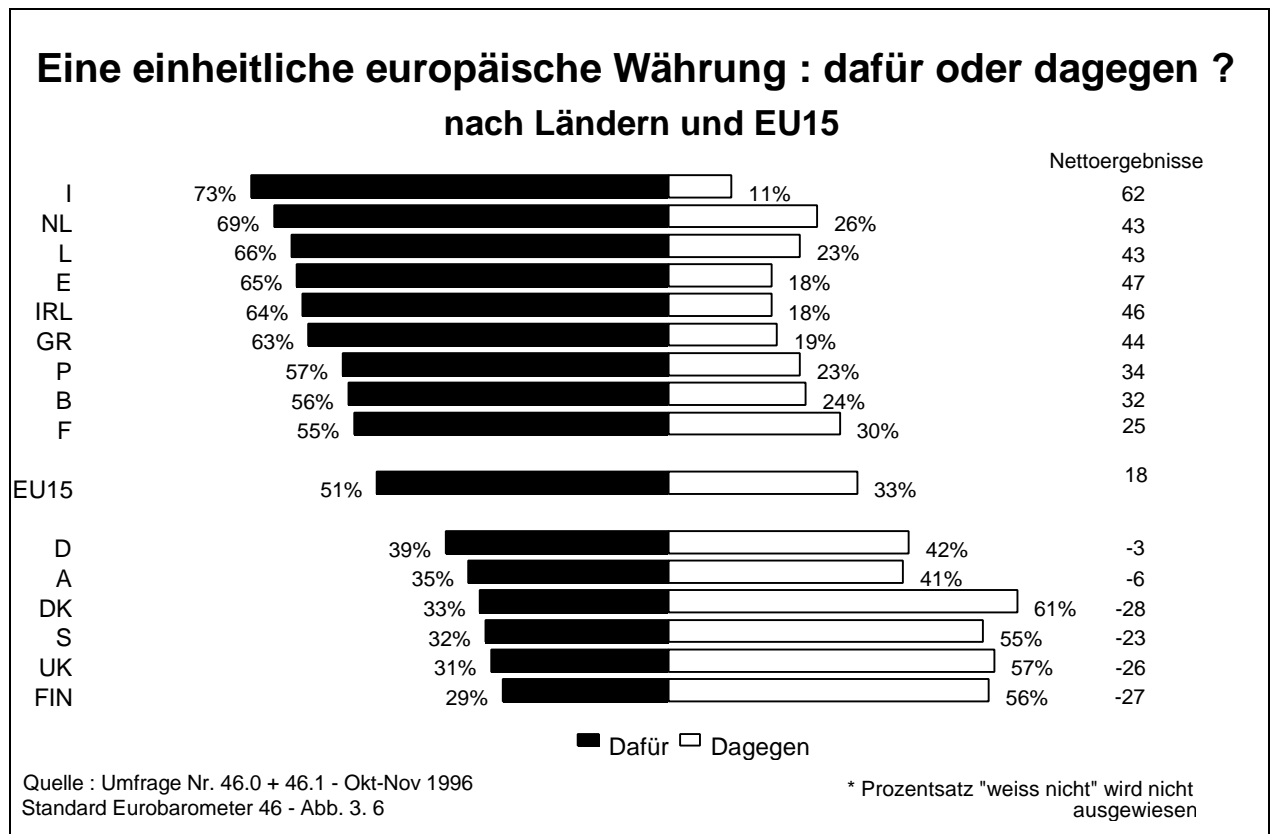
Dies betrifft den Kampf gegen Drogenhandel, Forschung in Wissenschaft und Technik und den Umweltschutz. In den kulturellen oder sozialen Bereich fallende Fragen sowie innenpolitische Probleme hingegen möchten die Bürger eher der Zuständigkeit der einzelnen Regierungen der Mitgliedstaaten überlassen. (Tabellen 3.7 bis 3.12)



### 3.4 Zustimmung zu einer einheitlichen Währung

In den folgenden Abschnitten werden wir uns mit dem Grad der Zustimmung zur einheitlichen Währung befassen und untersuchen, für wie informiert sich die Bürger halten und wie groß ihr Informationsbedarf ist. In Anbetracht der Bedeutung der geplanten Einführung einer einheitlichen Währung wurde diese Frage gleich bei zwei aufeinanderfolgenden Eurobarometer Umfragen gestellt, nämlich Eurobarometer 46.0 und 46.1<sup>2</sup>, so daß insgesamt eine Stichprobe von 31.800 Interviews zur Verfügung stand.

Seit der Ankündigung des Namens der einheitlichen europäischen Währung im Dezember 1995 ist dieses Thema in der öffentlichen Diskussion stärker in den Vordergrund getreten. Der größere Bekanntheitsgrad der einheitlichen Währung zog insgesamt eine größere Zustimmung in diesem Vorhaben nach sich. Im Eurobarometer 44 (November/Dezember 1995) hatten wir berichtet, daß 47 % der Befragten "dafür" und 33 % "dagegen" waren. Bei der jüngsten Umfrage zwölf Monate später ist die Zustimmung auf 51 % gestiegen, während die Zahl der Gegner mit 33 % konstant geblieben ist. Diese Zahlen stimmen weitgehend mit der Umfrage vom Frühjahr 1996<sup>3</sup> überein. Demzufolge ist der Anteil derer, die keine Meinung äußern, auf nunmehr 7 % zurückgegangen, während 10 % der Befragten spontan angaben "weder dafür noch dagegen" zu sein.



Mit Ausnahme von drei Mitgliedstaaten - Frankreich (-10), Finnland (-7) und einem minimalen Rückgang im Vereinigten Königreich (-1) - war in allen Mitgliedstaaten eine Nettozunahme der Zustimmung zu verzeichnen. Wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht, variierten die Nettozuwachsraten zwischen +14 Prozentpunkten in Österreich und +12 in Griechenland und +/- 0 in Dänemark. (Tabelle 3.13)

<sup>2</sup> Die technischen Details der beiden Umfragen sind den Anhängen dieses Berichts zu entnehmen.  
<sup>3</sup> Standard Eurobarometer 45

VERÄNDERUNGEN IN DEN NETTOERGEBNISSEN <sup>4</sup> HERBST 1995 - HERBST1996								
	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I
1995	26	-28	-11	32	40	35	43	58
1996	32	-28	-3	44	47	25	46	62
% Veränderung	+6	0	+8	+12	+7	-10	+3	+4

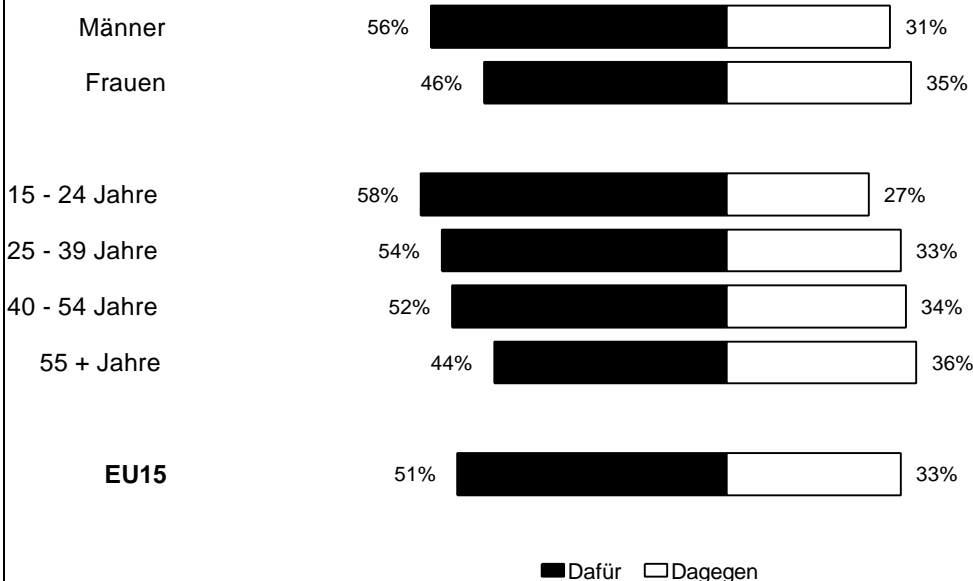
	L	NL	A	P	FIN	S	UK	EU15
1995	37	36	-20	25	-20	-25	-25	14
1996	43	43	-6	34	-27	-23	-26	18
% Veränderung	+6	+7	+14	+9	-7	+2	-1	+4

Bei der sozio-demographischen Analyse bestätigen sich frühere Trends: Männer sind positiver eingestellt als Frauen (56 % : 46 %). In allen Altersgruppen ist die Zustimmung zur einheitlichen Währung gestiegen, wobei die Jüngsten besonders aufgeschlossen sind, während die Altersgruppe über 55 eher skeptisch bleibt.

Das Bildungsniveau bedingt ebenfalls eine positive Haltung: von denjenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 20 oder darüber abgeschlossen haben oder sich noch in der Ausbildung befinden, sind zwei Drittel der Befragten für die einheitliche Währung, verglichen mit nur 43 % derer, die die Schule bereits vor ihrem 16. Lebensjahr verlassen haben.

Die Aufschlüsselung nach Berufen zeigt, daß die deutlichste Zustimmung bei den Selbständigen (60 %), Führungskräften (59 %) und Angestellten (55 %) zu verzeichnen ist. Niedrigere Werte wurden bei den Arbeitern (46 %), Arbeitslosen (50 %) und Hausfrauen/Hausmännern (47%) gemessen. Die Rangfolge für diese Gruppen hat sich seit der Umfrage vom Frühjahr 1996 (Eurobarometer 44.2 Mega) nicht geändert. (Tabelle 3.14)

### Eine einheitliche europäische Währung : dafür oder dagegen ? nach Geschlecht und Alter - EU15



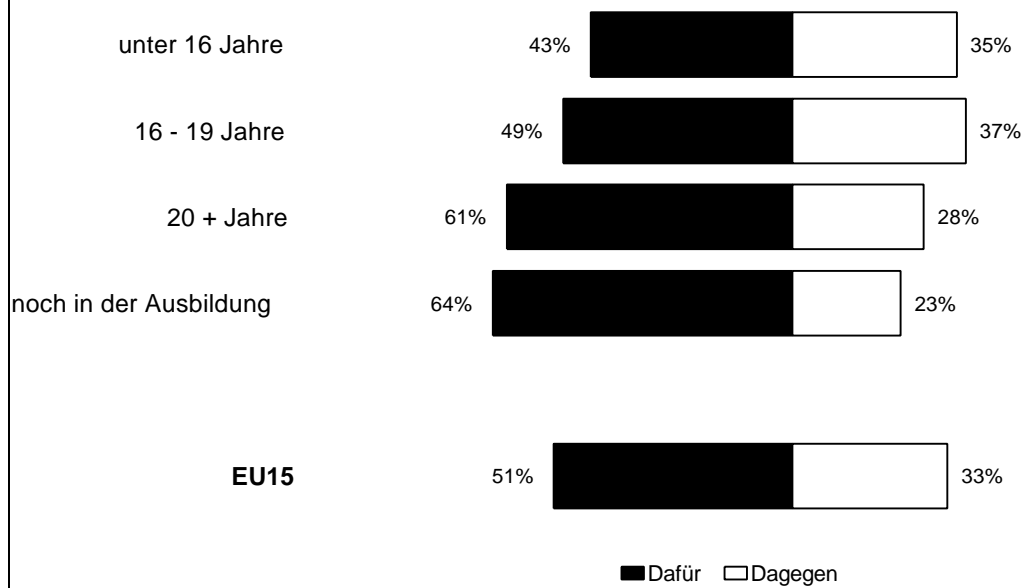
Quelle : Umfrage Nr. 46.0 + 46.1 - Okt-Nov 1996  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 3. 7

\* Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

<sup>4</sup> Net results are calculated by calculating the differences between the positive (for) results and the negative (against) results.

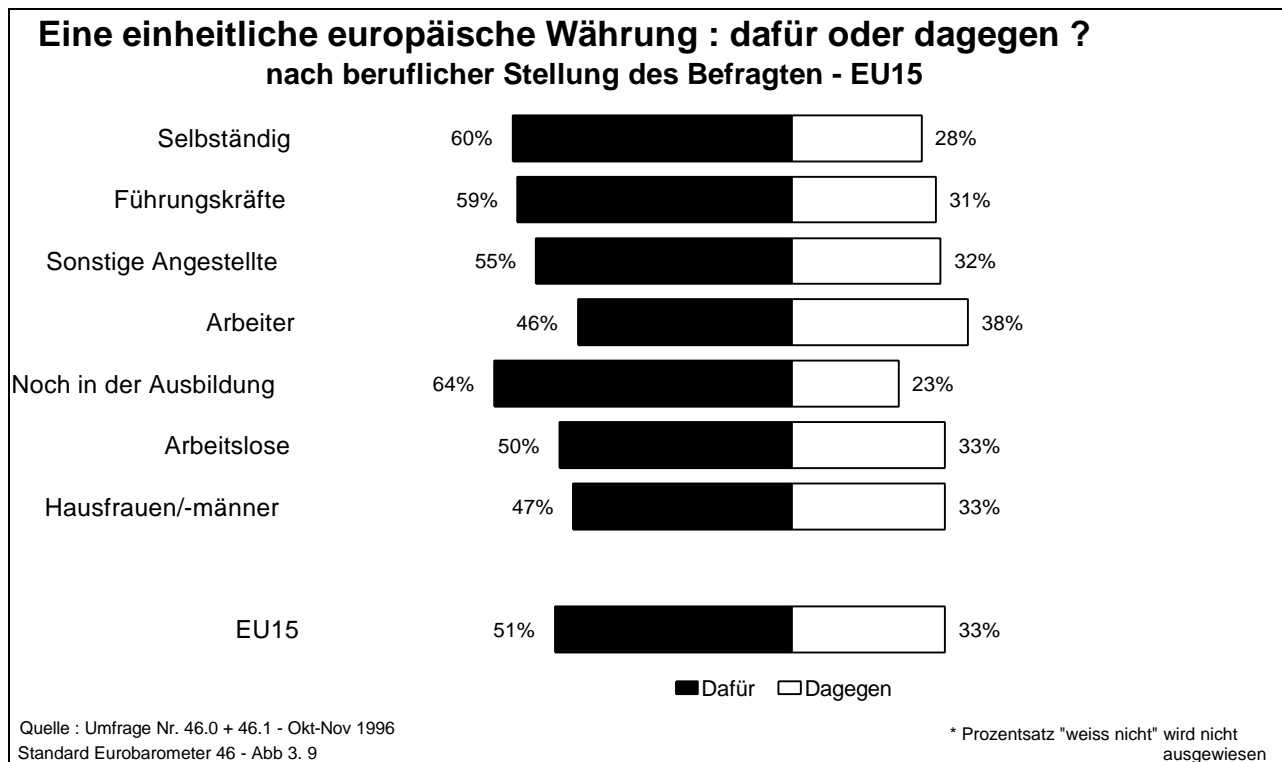


### Eine einheitliche europäische Währung : dafür oder dagegen ? nach Alter des Schulabschlusses - EU15



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 + 46.1 - Okt-Nov 1996  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 3. 8

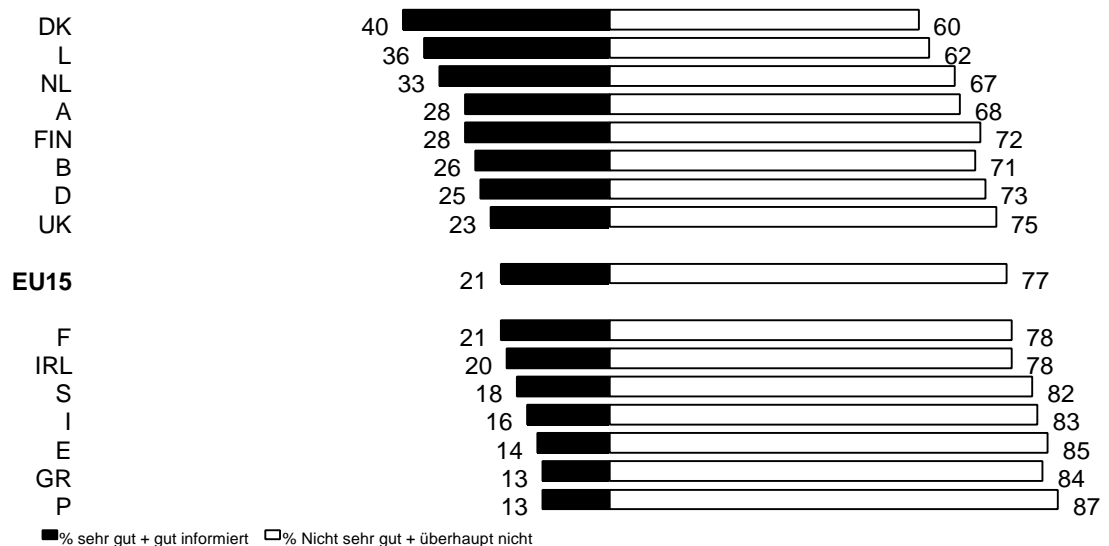
\* Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht  
ausgewiesen



### 3.5 Fühlen sich die Bürger Europas über die einheitliche Währung informiert?

Trotz der zunehmenden öffentlichen Diskussion in den Medien fühlt sich der EUDurchschnittsbürger nicht besser informiert als vor einem Jahr. Nur 2 % meinen, sie seien "sehr gut informiert", 19 % halten sich für "gut informiert" während 77 % das Gefühl haben, nicht gut informiert zu sein (55 % "nicht sehr gut informiert" und 22 % "überhaupt nicht informiert"). Für gut informiert halten sich auch weiterhin die Dänen (40 % meinen, sie sind "sehr gut" oder "gut" informiert), die Einwohner Luxemburgs (36 %, was einer Steigerung um 6 % entspricht), die Niederländer (33 %) sowie die Österreicher und Finnen mit jeweils 28 %. Am wenigsten meinen die Portugiesen und Griechen (beide 13 %), Spanier (14 %) und nur geringfügig mehr die Italiener (16 %), über den Euro informiert zu sein. (Tabelle 3.15)

## Gefühl, über die einheitliche Währung informiert zu sein



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 + 46.1 -Okt-Nov 1996  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 3. 10

\* Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Aus der demographischen Analyse geht hervor, daß sich vor allem die Männer für wesentlich besser informiert halten als die Frauen (28 % : 16 %), und daß Personen mit hohem Bildungsniveau (Abschluß der schulischen Ausbildung mit 20+) weit vorn liegen. Von allen Beschäftigungsniveaus waren die Führungskräfte am besten informiert, wobei sich diejenigen, die eine positive Gesamteinstellung zur Europäischen Union haben, in der Regel auch gut informiert fühlen. (Tabelle 3.16)

In Anbetracht der Tatsache, daß sich die Bürger nur schlecht über die neue Währung informiert fühlen, wurde bei der Umfrage sodann nachgehakt, woher die Bürger die gewünschten Informationen beziehen wollten. Die Befragten wurden aufgefordert anzugeben, wer eine entsprechende Informationskampagne durchführen sollte. Es stand außer Frage, daß die Medien in ihren verschiedenen Erscheinungsformen sowie die Kreditinstitute wie Banken und Sparkassen als wichtigste Informanten betrachtet wurden, doch wurden zusätzlich auch eine ganze Reihe anderer Organisationen und Institutionen genannt.

Von den Medien wurde das Fernsehen von 78% der Befragten als nützliche Informationsquelle angesehen und nahm damit den ersten Rang ein, Zeitungen und Zeitschriften wurden von zwei Dritteln der Befragten genannt und das Radio von der Hälfte. Jeder fünfte Befragte sah Informationsquellen wie Minitel, Teletext, Fax und das Internet als nützlichen Zugang zu Informationen an.

Als diese Frage Ende 1995<sup>5</sup> zuletzt gestellt wurde, erwarteten die Bürger vor allem von den Kreditinstituten wie Banken und Sparkassen eine zentrale Rolle bei der Versorgung des Durchschnittsbürgers mit Informationen: 72 % der Befragten hatten seinerzeit die Banken als wichtigste Informationsquelle genannt.

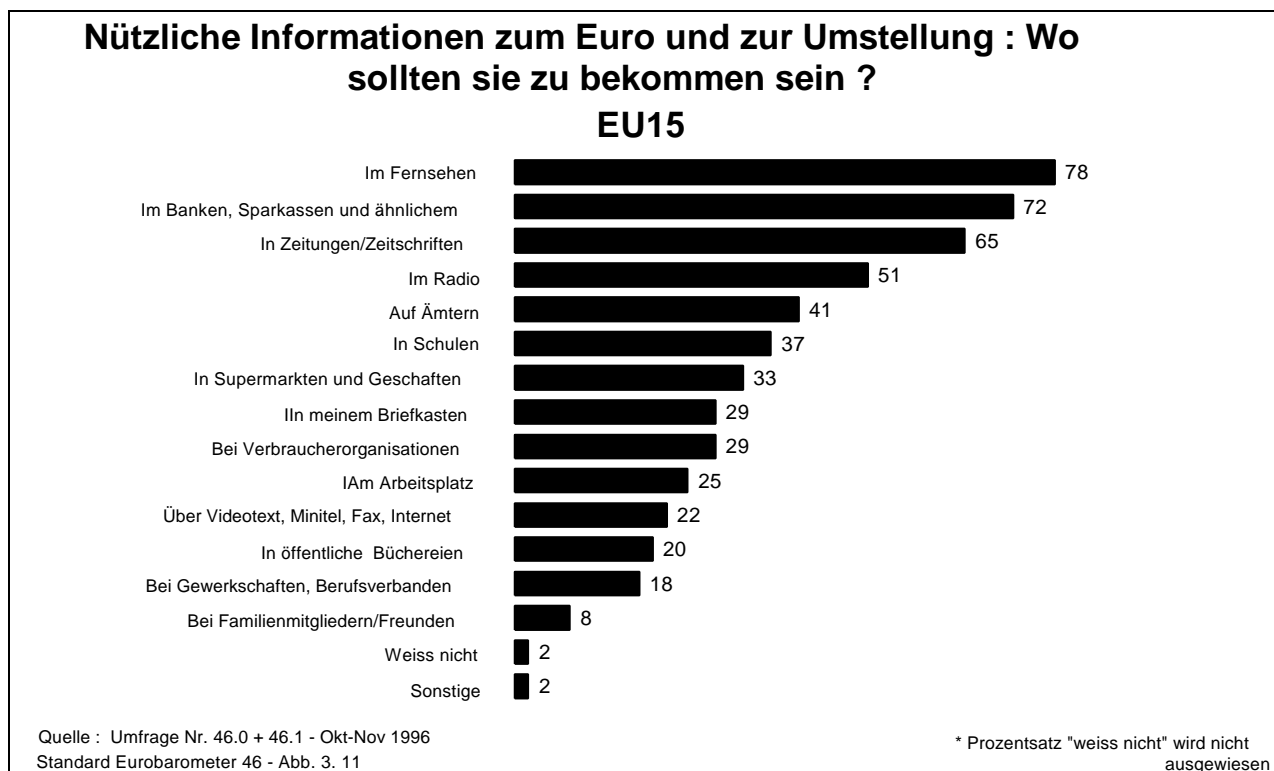
<sup>5</sup>

Eurobarometer 44, Umfrage Dezember 1995

Während die Medien und Banken als Mittelpunkt jeder Informationsstrategie angesehen wurden, war klar, daß auch bei anderen Organisationen zusätzliche Informationen zu bekommen sind. So wurden öffentliche Ämter von 41 % der Befragten genannt, Schulen und andere Bildungseinrichtungen von 37 %, während Gewerkschaften/Berufsverbände oder der Arbeitsplatz von 18% bzw. 25 % erwähnt wurden. Rund ein Drittel der Befragten erwarteten sich Informationen vonseiten der Supermärkte und Geschäfte sowie der Verbraucherorganisationen.

Im Ländervergleich zeigt sich, daß die Medien und Kreditinstitute in allen Ländern als Informationsquelle Nummer 1 angesehen werden, während die anderen Möglichkeiten in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich ankommen.

Es stand außer Zweifel, daß die Bedeutung, die den verschiedenen öffentlichen und privaten Einrichtungen in dieser Hinsicht beigemessen wurde, stark von den nationalen Strukturen und Traditionen geprägt war. So wurden Informationsquellen wie Minitel, Teletext, Fax und das Internet, die auf der EU 15-Ebene nur auf 22 % kamen, in Ländern wie Schweden von 49 % der Befragten genannt, in Dänemark von 42 %, den Niederlanden von 37 % und im Vereinigten Königreich von 34 % und nahmen damit in diesen Ländern einen ganz anderen Stellenwert ein. In diesen selben Ländern wurden auch öffentliche Büchereien von fast der Hälfte der Befragten als Informationsquelle angegeben, während der EU-Durchschnitt bei nur 20 % lag. Von den übrigen allgemein zugänglichen Informationsquellen wurde der Einzelhandel, d.h. Supermärkte und Geschäfte, von jedem Dritten genannt. Hinter diesem für EU 15 ermittelten Gesamtwert verbergen sich ausgeprägte nationale Unterschiede: im Vereinigten Königreich erwarten 61 % der Befragten, bei Geschäften und Supermärkten Informationen zu bekommen, in Irland trifft dies auf 53 % und in Frankreich auf 44 % zu, während ansonsten generell zwischen einem Drittel und einem Fünftel der Befragten diese Informationsquelle angeben, wobei dieser Anteil in Dänemark und Finnland (beide 14%) und Deutschland (16 %) besonders gering ist. (Tabelle 3.17)

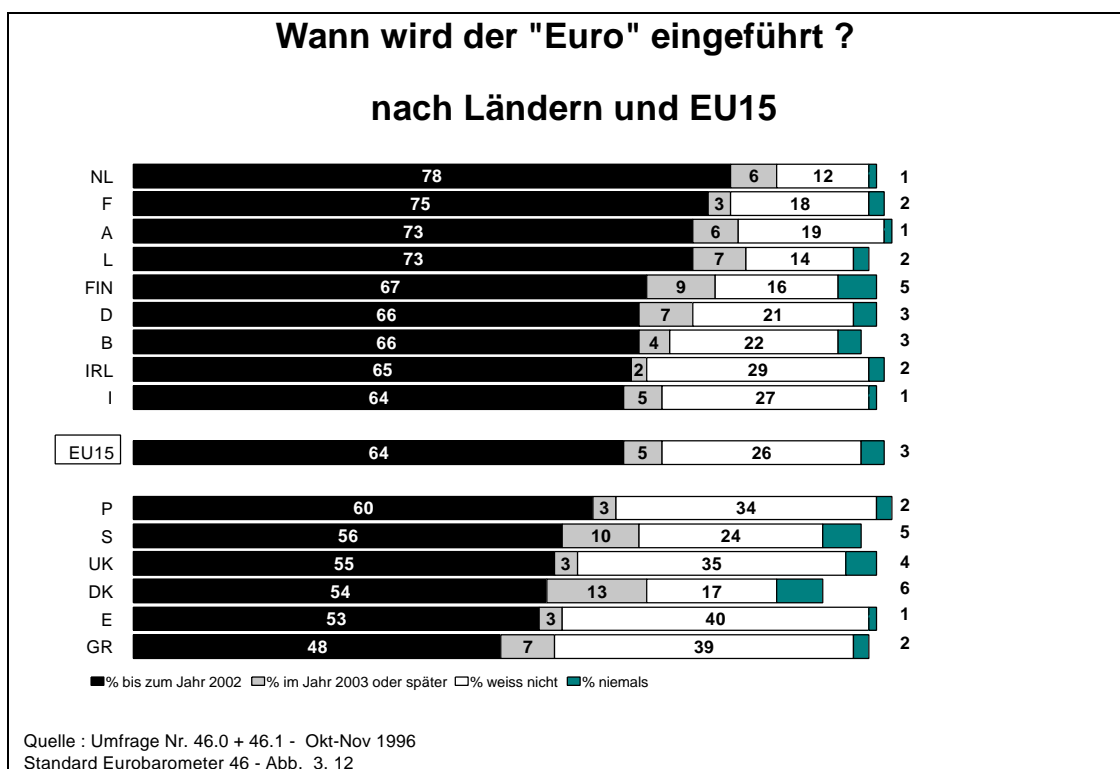


### 3.6 Die Einführung der Währung

Auf die Frage:

*"Die Banknoten und Münzen der Europäischen Währung, also des Euro, können auch etwas zeitversetzt nach Festsetzung der Wechselkurse eingeführt werden. Im Dezember dieses Jahres wird das Aussehen der Banknoten der europäischen Währung festgelegt. Was meinen Sie: Wann werden diese Banknoten und Münzen eingeführt?"*

gaben 63 % der Befragten an, daß sie die Einführung der Banknoten und Münzen der einheitlichen Währung bis zum Jahr 2002 erwarten, wobei sich die Antworten auf den Zeitraum bis 2002 folgendermaßen aufteilen: 10 % erwarteten eine zügige Einführung der Banknoten und Münzen noch vor 1999, 18 % im Jahre 1999, 21 % im Jahre 2000 und 14 % im Jahre 2001 oder 2002. 8 % glaubten, daß es dazu später kommen werde, während 3% der Ansicht waren, so weit käme es niemals.



Die Niederländer haben die höchsten Erwartungen im Hinblick auf die Einführung der einheitlichen Währung: 78 % gehen davon aus, daß die Banknoten und Münzen bis 2002 eingeführt werden. Platz Nummer 2 belegt Frankreich, wo 75 % mit der Einführung bis zum Jahr 2002 rechnen. In Luxemburg und Österreich gaben 73 % der Befragten das Jahr 2002 oder früher an. Niedrigere Werte wurden in Griechenland (48 %) und Spanien (53 %) erzielt, wobei diese Prozentsätze in beiden Ländern durch hohe Anteile Unentschlossener (rund 40% "weiß nicht") aufgewogen werden. In den Ländern, die sich generell durch eine ausgeprägtere "Euroskepsis" auszeichnen, finden wir etwas häufiger, aber in insgesamt dennoch geringem Umfang die Ansicht vor, die Währung werde niemals eingeführt: Dänemark (6 %), Finnland und Schweden (beide 5 %) und das Vereinigte Königreich (4 %). (Tabelle 3.18)

### 3.7 Welche Länder werden von Anfang an an der einheitlichen Währung teilnehmen?

Im Anschluß an die Frage über den Zeitpunkt der Einführung des Euro sollten die Befragten dazu Stellung nehmen, ob ihr eigenes Land voraussichtlich an der Währung teilnehmen wird. Es wurde folgende Frage gestellt:

*"1999 wird das Jahr sein, in dem die Mitgliedstaaten ausgewählt werden, die an der einheitlichen Währung teilnehmen. Im Jahr 2002 wird der Euro dann tatsächlich eingeführt. Die Auswahl der teilnehmenden Mitgliedsländer erfolgt auf der Grundlage einer Reihe von Bedingungen, wie z.B. eine niedrige Inflationsrate, begrenzte Zinssätze, ein begrenztes Haushaltsdefizit usw. Was meinen Sie: Wird (EIGENES LAND) sicher, wahrscheinlich, wahrscheinlich nicht oder sicher nicht in der Lage sein, an der einheitlichen Währung teilzunehmen)?"<sup>6</sup>*

Die Mittelwerte für jedes Land wurden berechnet, indem man der Antwort "sicher" die Ziffer 4 zugeordnet hat, der Antwort "wahrscheinlich" die Ziffer 3, "wahrscheinlich nicht" die Ziffer 2 und "sicher nicht" die Ziffer 1. Danach stellte sich heraus, daß die größte Erwartungshaltung in Luxemburg vorherrscht, wo ein Mittelwert von 3.66 errechnet wurde, gefolgt von den Niederlanden mit 3.40. Der EU-Durchschnitt lag bei 2.82, wobei der niedrigste Wert mit 2.32 im Vereinigten Königreich gemessen wurde. Unter dem Durchschnitt lagen außerdem Griechenland (2.39) und Schweden (2.54).

Außer den erheblichen Abweichungen zwischen den Mittelwerten der einzelnen Länder fiel ferner auf, daß in einigen Mitgliedstaaten ein relativ hoher Anteil Untentschlossener ("weiß nicht") anzutreffen war, insbesondere in Irland und Spanien (beide 23%) und in Österreich (20 %), während der Gesamtdurchschnitt (EU 15) bei 14 % lag.

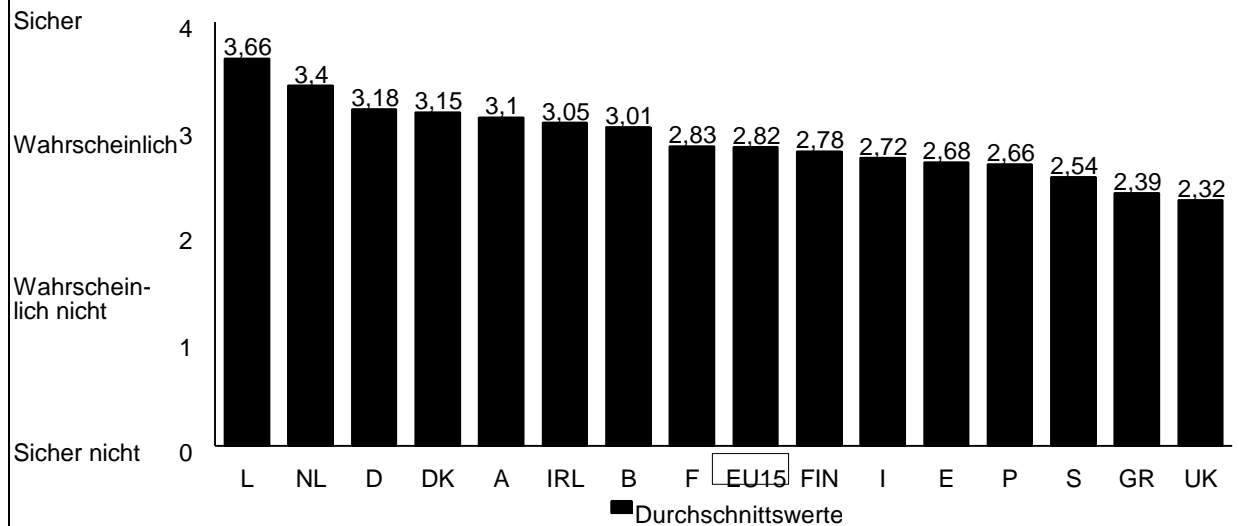
Wie in vielen anderen europäischen Fragen zeigt sich auch hier, daß diejenigen, die generell pro-europäisch gesinnt sind, eher zu einer optimistischen Einstellung neigen als die Europageegner. Diejenigen, die die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für eine gute Sache halten, tendieren eher dazu, die Einführung der einheitlichen Währung in ihrem Land für wahrscheinlich zu halten, als diejenigen, die gegenteiliger Ansicht sind (Gesamtwert 2.99 verglichen mit 2.45).

Die Aufschlüsselung nach dem demographischen Profil ergibt ebenfalls höhere Erwartungen bei bestimmten Unterkategorien: die Männer liegen vor den Frauen (Mittelwerte 2.86 zu 2.77), die gut Ausgebildeten (2.90 bei denjenigen, die ihre schulische Ausbildung mit 20 oder darüber abgeschlossen haben) vor denen, die die Schule bereits mit 16 verlassen haben (2.73). Desgleichen wurden bei Führungskräften (2.89) und hohen Einkommensschichten (2.84) höhere Werte gemessen. (Tabelle 3.19)

---

<sup>6</sup> Zur Vereinfachung der Frage wurde das Datum 2002 genannt, obwohl der genaue Zeitpunkt für die Einführung des Euro noch festzulegen ist.

## Wird das eigene Land in der Lage sein, an der einheitlichen Währung teilzunehmen ?



Quelle : Umfrage Nr. 46.0 + 46.1 - Okt-Nov 1996  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 3. 13

## 4. Europäische Identität und Vertrauen in die verschiedenen Nationalitäten

In diesem Kapitel beschäftigen wir uns mit der Frage, ob die Bürger eine europäische Identität empfinden, und welches Vertrauen sie den Bürgern der anderen Mitgliedsländer der Union und in einem breiteren Rahmen den Bürgern anderer Nicht-EU-Länder und insbesondere der wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union - Vereinigte Staaten und Japan - entgegenbringen.

### 4.1 Nationale und europäische Identität

Bei der Standard Eurobarometer Umfrage wird seit 1992 regelmäßig folgende Frage gestellt:

"In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da als ...

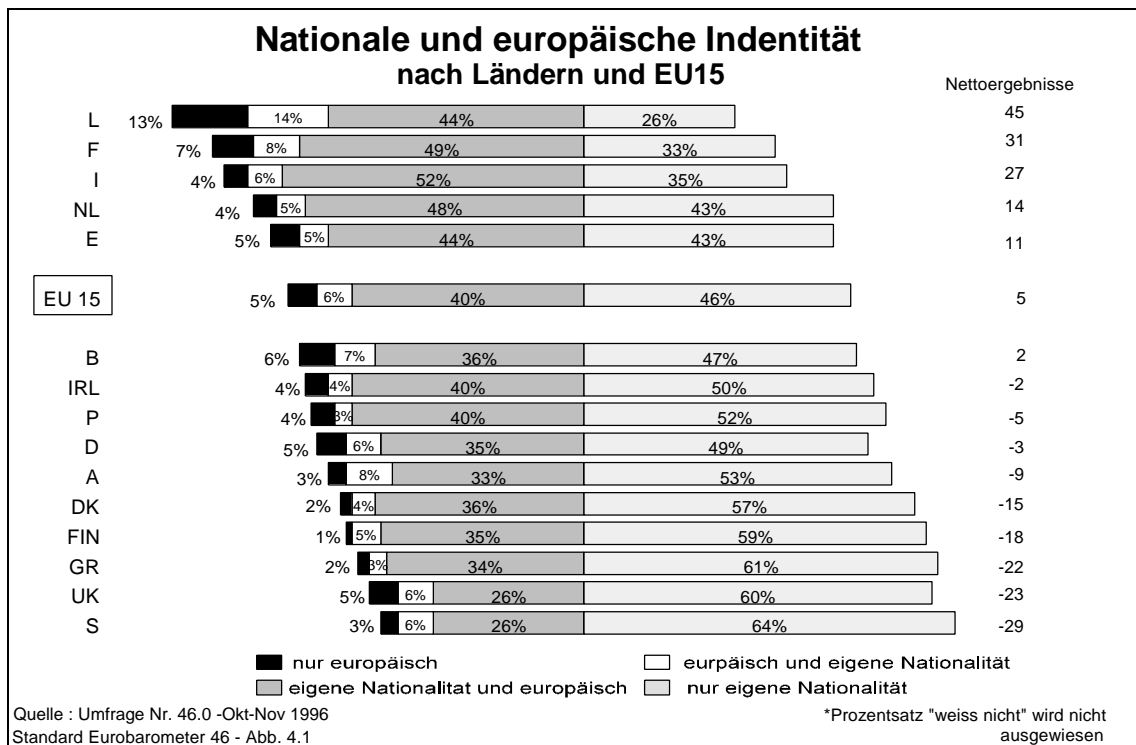
- nur (Nationalität)
- (Nationalität) und Europäer/in
- Europäer/in und (Nationalität)
- nur Europäer/in"

Dabei stellt sich heraus, daß sich 51 % der Befragten bis zu einem gewissen Grad als "Europäer" fühlen, d.h. genauso viele wie vor zwei Jahren. In den übrigen Kategorien stellen wir allerdings einen deutlichen Rückgang derer fest, die sich in gewisser Weise als "Europäer" fühlen, was durch einen Anstieg (6 %) derer wettgemacht wird, die sich ausschließlich als Angehörige der eigenen Nationalität sehen.

Die nationalen Trends bleiben konstant, wenngleich auf einem etwas niedrigeren Gesamtniveau. Das höchste Maß an Europa-Gesinnung ist nach wie vor in Luxemburg festzustellen, wo sich sieben von zehn Einwohnern auch als Europäer fühlen, und nur 26% ausschließlich als Angehörige der eigenen Nationalität. Dieser überdurchschnittlich hohe Wert zugunsten der europäischen Identität ist zum Teil auf den extrem hohen Ausländeranteil von rund 34 % im Großherzogtum zurückzuführen. Doch auch die Franzosen, Italiener, Spanier und Niederländer fühlen sich stärker als Europäer als der EU-Durchschnitt.

Die Länder, deren Einwohner sich eher der nationalen Identität zugehörig fühlen, sind in den letzten Jahren unverändert geblieben. In Schweden fühlen sich 64% ausschließlich zur eigenen Nationalität zugehörig, in Griechenland 61 %, im Vereinigten Königreich 60 %, Finnland 59 %, Dänemark 57 %, Österreich 53 % und Portugal 52 %. (Tabellen 4.1 und 4.2)





Bei der Aufschlüsselung nach demographischen und einstellungsmäßigen Variablen stellen wir einen ähnlichen Trend fest wie bei den in Kapitel 2 erörterten Standardindikatoren, nämlich einen engen Zusammenhang zwischen der Ansicht, daß die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine "gute Sache" ist und dem Empfinden einer europäischen Identität. Auch andere Variablen, die in der Regel auf eine pro-europäische Haltung schließen lassen, finden sich hier wieder: die Männer fühlen sich eher als Europäer als die Frauen (54 % zu 48 %), die Jungen - Altersgruppe 15-24 - stärker als die Älteren (+55): 58 % zu 40 %. Das Ausbildungsniveau ist ebenfalls ein eindeutiger Indikator: von denjenigen, die ihre schulische Ausbildung mit 20 Jahren oder später abgeschlossen haben, fühlen sich 66 % als Europäer, verglichen mit 36 % derer, die die Schule bereits mit 16 verlassen haben.

Auch die politische Überzeugung ist ein wesentlicher Indikator: diejenigen, die sich selbst als der politischen Linken zugehörig bezeichnen, sind stärker europäisch gesinnt als die Angehörigen der Rechten: 58 % verglichen mit 38 %. Weitere Indikatoren wie die Nutzung der Medien und das Gefühl, informiert zu sein, weisen ebenfalls darauf hin, daß diejenigen, die nur begrenzt auf die Medien zurückgreifen und sich "nicht gut informiert" fühlen, tendenziell eher zur nationalen Identität neigen. (Tabelle 4.3)

## 4.2 Vertrauen zwischen den Völkern

Vertrauen ist laut Wörterbuch "Zuversicht oder fester Glaube an die Zuverlässigkeit eines Anderen". Eurobarometer hatte erstmals 1970, und dann wieder 1976, 1980 und 1982<sup>7</sup> nach dem Vertrauen gefragt, das die Europäer den Völkern anderer Länder innerhalb und außerhalb der Europäischen Union entgegenbringen. Im Frühjahr 1986 und dann wieder 1990 wurde diese Frage erstmals in allen zwölf Mitgliedstaaten, 1996 zum ersten Mal in allen fünfzehn Mitgliedstaaten der Union gestellt. Die Befragten sollten im Hinblick auf 25 verschiedene Nationalitäten auf folgendem Wortlaut antworten:

*"Ich möchte Sie nun danach fragen, wieviel Vertrauen Sie in die Völker verschiedener Länder haben. Sagen Sie mir bitte für jedes Land, ob Sie zur Bevölkerung viel Vertrauen haben, einiges Vertrauen, wenig Vertrauen oder kein Vertrauen"*<sup>8</sup>

Wir werden uns nun damit befassen, wieviel Vertrauen die Europäer ihren eigenen Mitbürgern, der Bevölkerung der anderen Länder der Europäischen Union und schließlich verschiedenen Völkern außerhalb der Europäischen Union entgegenbringen.

## 4.3 Wieviel Vertrauen bringen die Bürger ihren eigenen Mitbürgern entgegen?

Vertrauen in die eigenen Mitbürger und -bürgerinnen ist nicht allgegenwärtig. Zwar bestätigt sich in der Regel die Erwartung, daß die Bürger ihrem eigenen Volk Vertrauen entgegenbringen, doch ergibt die Analyse auch teilweise eine gewisse Zurückhaltung, wie sich in den Tabellen zeigt, in denen "Vertrauen" auf der Skala mit einem Höchstwert von 4 ausgewiesen wird. Danach sind die Finnen offenbar mit einem Wert von 3.7 am ehesten mit ihren Mitbürgern eins, dicht gefolgt von den Dänen mit 3.6. Der niedrigste Wert wurde mit 2.87 in Italien gemessen, was mit früheren Umfragen übereinstimmt und sich trotz der Umformulierung der Frage nicht geändert hat.

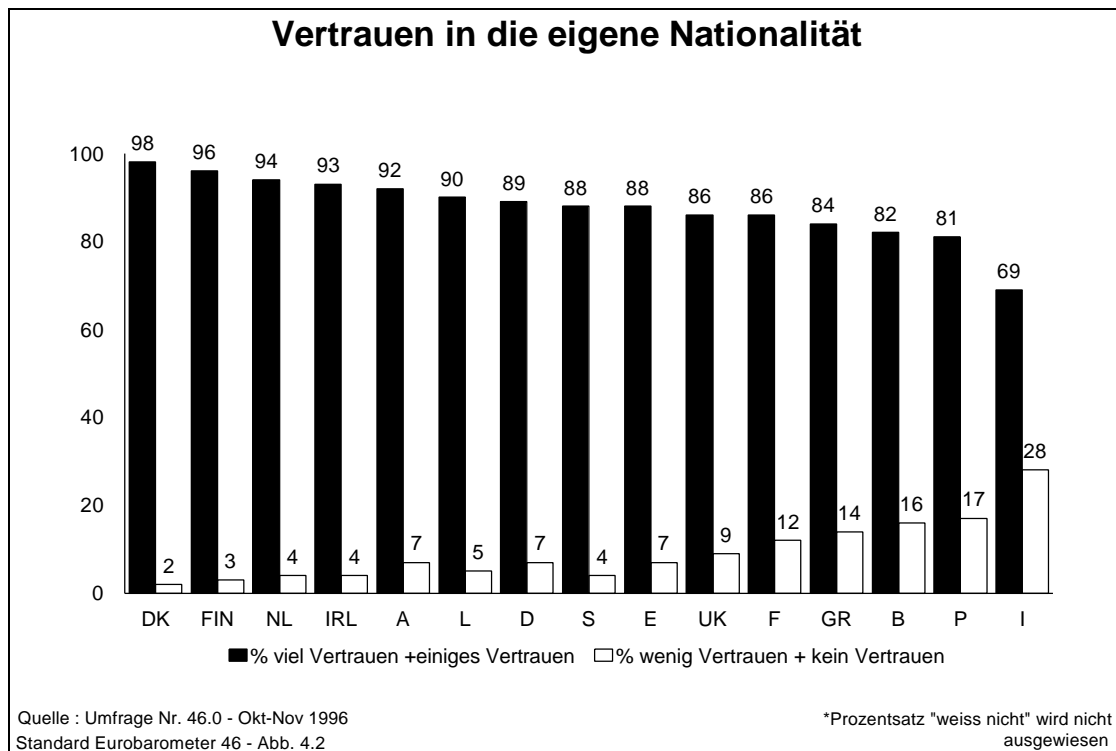
Generell ist das Vertrauen offenbar in den kleineren Ländern und in Nordeuropa stärker ausgeprägt. Von den größeren Mitgliedstaaten legen die Deutschen das größte Vertrauen in die eigene Bevölkerung an den Tag, was ebenfalls mit früheren Erhebungen übereinstimmt. (Tabelle 4.4)

Ein interessantes Ergebnis war in einigen Ländern der enorm hohe Anteil derer, die keine Antwort zu geben wußten. So konnte in Spanien und in Irland jeder Dritte der Befragten nicht sagen, ob er den eigenen Mitbürgern vertraut. In Portugal gilt dies für jeden Vierten, während dieser Wert in Italien, im Vereinigten Königreich und in Belgien knapp unter fünf liegt.

---

<sup>7</sup> Die Frage an sich war bei allen Umfragen gleich, doch wurden die Länder, in denen die Frage gestellt wurde bzw. auf die sie sich bezog, jedesmal geändert.

<sup>8</sup> Neuformulierung der Frage; ursprünglich lautete die Frage wie folgt: "sagen Sie mir bitte für jedes Land, ob Sie es für sehr vertrauenswürdig, ziemlich vertrauenswürdig, nicht sehr vertrauenswürdig oder überhaupt nicht vertrauenswürdig halten"



#### 4.4 Vertrauen in die Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union

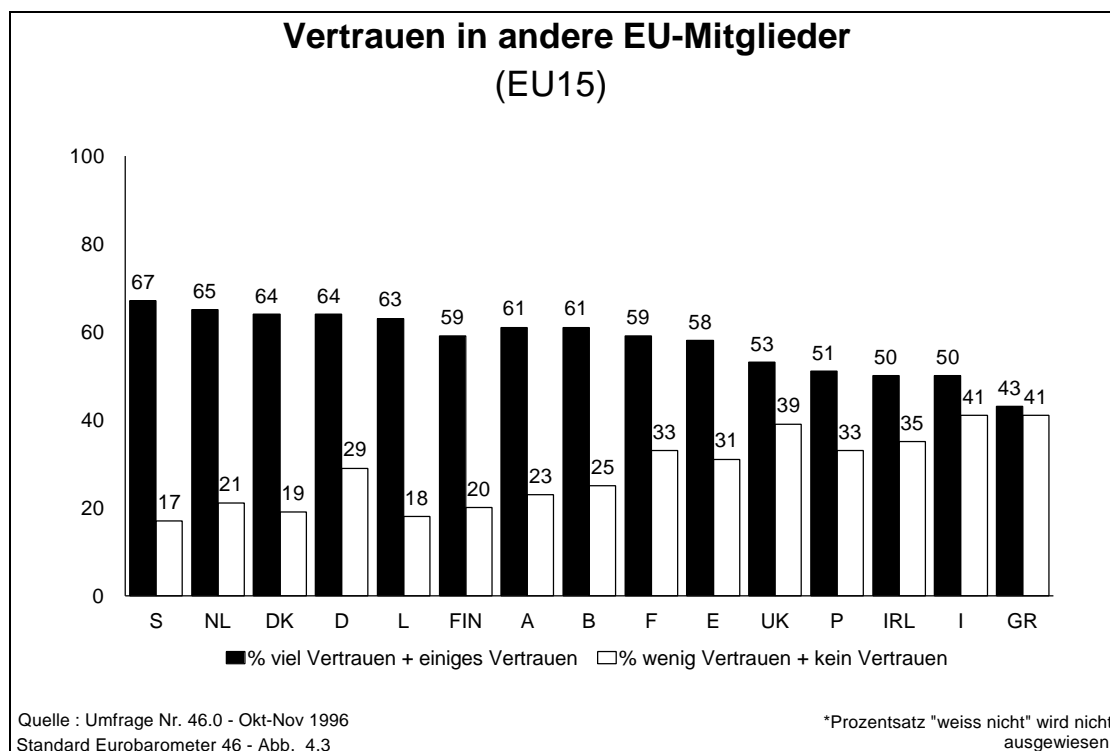
Wenn wir schon kein uneingeschränktes Vertrauen in unsere eigenen Mitbürger haben, wie sehen wir dann die anderen Bürger der Europäischen Union?

Die Analyse der kombinierten Werte<sup>9</sup> ergibt, daß die Schweden auf der Skala der Mittelwerte für Vertrauen an erster Stelle stehen, d.h. ihnen das größte Vertrauen entgegengebracht wird: 67 % aller EU-Bürger geben an, daß sie "viel oder einiges" Vertrauen in die Schweden haben. Sodann folgen die Niederländer (65 %), die Dänen und Deutschen (jeweils 64 %) und die Luxemburger (63 %). Im Falle der Deutschen stellen wir fest, daß sie den höchsten Wert für "viel Vertrauen" erzielen, was jedoch doch einen relativ hohen Mißtrauenswert von 29 % aufgewogen wird, d.h. wir haben es in diesem Punkt mit einer gewissen Polarisierung der öffentlichen Meinung zu tun.

Das Mißtrauen war nicht nur bei den Italienern untereinander besonders ausgeprägt, sondern auch vonseiten der Europäer insgesamt: 41 % haben "wenig Vertrauen" oder "kein Vertrauen" zu den Italienern. Auch dieses Ergebnis stimmt mit den Erkenntnissen früherer Umfragen überein. Mißtrauen gegenüber den Briten äußerten 39%. Damit stehen sie in dieser Hinsicht nur den Italienern und Griechen nach, was einen beachtlichen Vertrauensverlust im Laufe der vergangenen zehn Jahre bedeutet.

Insgesamt zeichnet sich wie bereits 1986 eine generelle Struktur ab, die durch ein hohes Maß an Vertrauen in die Völker der kleineren Länder Nordeuropas und durch ein geringeres Maß an Vertrauen gegenüber Südeuropa geprägt ist. Dieses Muster hat sich durch den Beitritt der jüngsten Mitgliedstaaten nicht geändert: Schweden nahm den ersten Rang der vertrauenswürdigen Länder ein, und auch Finnland und Österreich gehören dem vorderen Feld der vertrauenswürdigen Nationalitäten an. (Tabelle 4.3)

<sup>9</sup> Der kombinierte Werte für Vertrauen setzt sich zusammen aus "viel Vertrauen" plus "einiges Vertrauen".



Die Aufschlüsselung nach demographischen Variablen und generellen Einstellungen ergibt, daß entgegen dem alten Sprichwort "Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß" diejenigen, die sich gut informiert fühlen, auch eher dazu neigen, ihren europäischen Mitbürgern Vertrauen entgegenzubringen. Am stärksten ausgeprägt ist das Vertrauen bei Personen mit hohem Bildungsniveau, in Führungspositionen, gut Verdienenden, denjenigen, die sich regelmäßig in den Medien informieren und schließlich bei Stadtbewohnern.

Bezogen auf die Gesamteinstellung zur Europäischen Union zeigt sich, daß diejenigen, die den anderen Nationalitäten Vertrauen entgegenbringen, in der Regel auch eher positive Einstellungen in unseren Standardindikatoren zur Messung der Zustimmung zur Union generell an den Tag legen.

#### 4.5 Vertrauen in die Bevölkerung von Drittländern

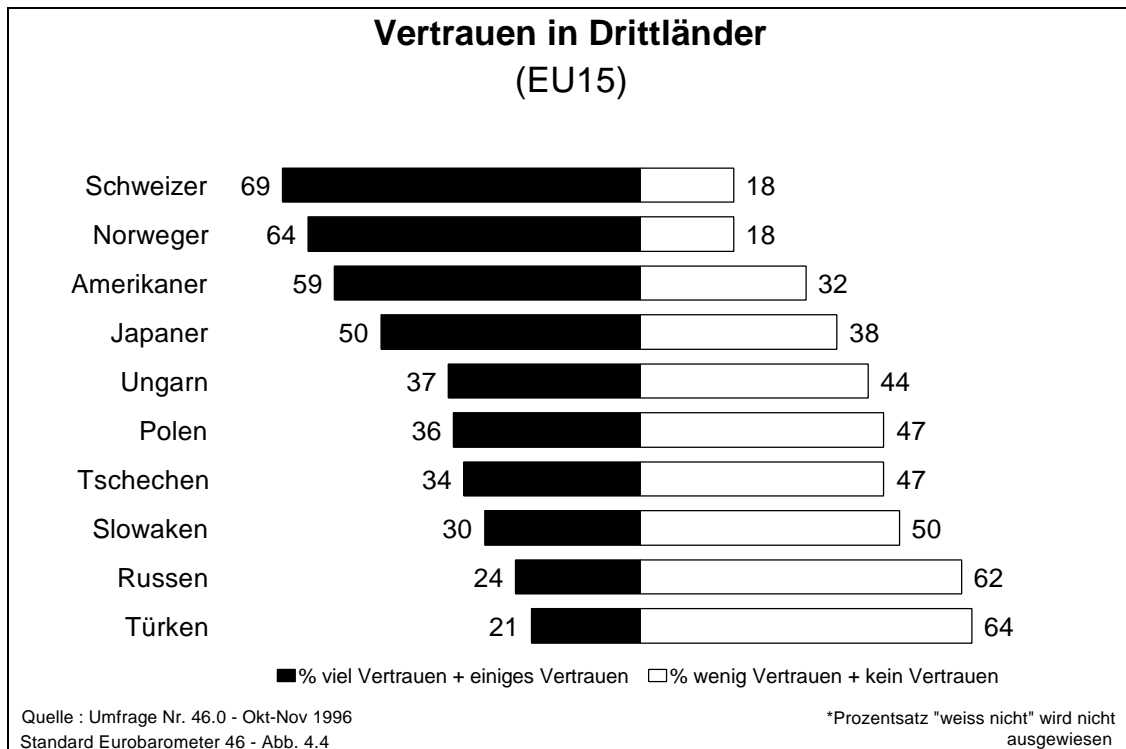
Gemessen wurde jedoch nicht nur das Vertrauen der Unionsbürger untereinander: die Liste der Nationalitäten umfaßte 10 weitere Länder, und zwar die wichtigsten Handelspartnern der Europäischen Union, die Vereinigten Staaten und Japan, wie auch weitere europäische Länder, die gegenwärtig nicht Mitglied der Union sind.

Von allen aufgeführten Nationalitäten wurde den **Schweizern** das größte Vertrauen bescheinigt. 69 % aller Befragten gaben an, den Schweizern zu vertrauen. Die Beobachtung, die wir bereits vor zehn Jahren<sup>10</sup> und erneut 1990 gemacht haben, trifft offenbar auch heute noch zu: "Man kann wohl sagen, daß die Schweiz der Inbegriff eines vertrauenswürdigen Landes ist. Geographisch klein und militärisch neutral stellt es keinerlei Bedrohung dar; international hat die Schweiz offenbar das Image eines friedlichen Landes, geschützt vor allen Gefahren, die den Rest der Welt bedrohen". Interessanterweise werden Platz zwei und drei dieser Liste ebenfalls von Ländern eingenommen, auf die ähnliche Beschreibungen zutreffen, nämlich Schweden und Norwegen.

In einem Abstand nach den Schweizern folgen die **Amerikaner** mit einem Vertrauenswert von 59 %. Damit liegen sie vertrauensmäßig inmitten der Länder der Europäischen Union. Die **Japaner** fallen etwas hinter den Amerikanern zurück und liegen im europäischen Vergleich zwischen den Briten und den Italienern.

<sup>10</sup> Standard Eurobarometer Nr. 25 und Nr. 33

Weit abgeschlagen hinter dieser ersten Gruppe finden wir die **Länder Osteuropas**, denen durchweg mehr Mißtrauen als Vertrauen entgegengebracht wird. Die **Ungarn**, denen immerhin 37 % der Befragten ein gewisses Vertrauen bescheinigen, liegen dabei noch an der Spitze, gefolgt von den **Polen** mit 36 %, während die **Russen** mit 24 % und die **Türken** mit 21 % die niedrigsten Werte erzielten.



Bei der demographischen Analyse fällt der hohe Anteil Unentschlossener in bestimmten Untergruppen auf. Die Frauen, und ganz besonders die Hausfrauen/männer (wobei es sich hierbei zumeist um Frauen handelt<sup>11</sup>) sind in der Regel unentschlossener, und auch die Arbeitslosen sind hier stark vertreten. Diejenigen, die sich eher schlecht informiert fühlen, tendieren auch weniger dazu, der Bevölkerung anderer Länder zu vertrauen. Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß Vertrauen vor allem bei denselben demographischen Gruppen wie in der Frage der EU-Mitgliedsländer zu finden ist, generell jedoch ein niedrigeres Niveau aufweist und von einem wesentlich höheren Grad an Unwissenheit geprägt ist. (Tabelle 4.3)

11

Vgl. Standard Eurobarometer Nr. 45

## 5. Nutzung der Medien und Bürgerrechte

In diesem Kapitel befassen wir uns zunächst mit der Nutzung der Medien durch den Bürger und das dadurch bedingte Gefühl, über die Europäische Union informiert zu sein. Im zweiten Teil untersuchen wir sodann, wie sehr sich die Befragten ihrer Rechte als Bürger der Europäischen Union bewußt sind, und wo sie sich einschlägige Informationen beschaffen.

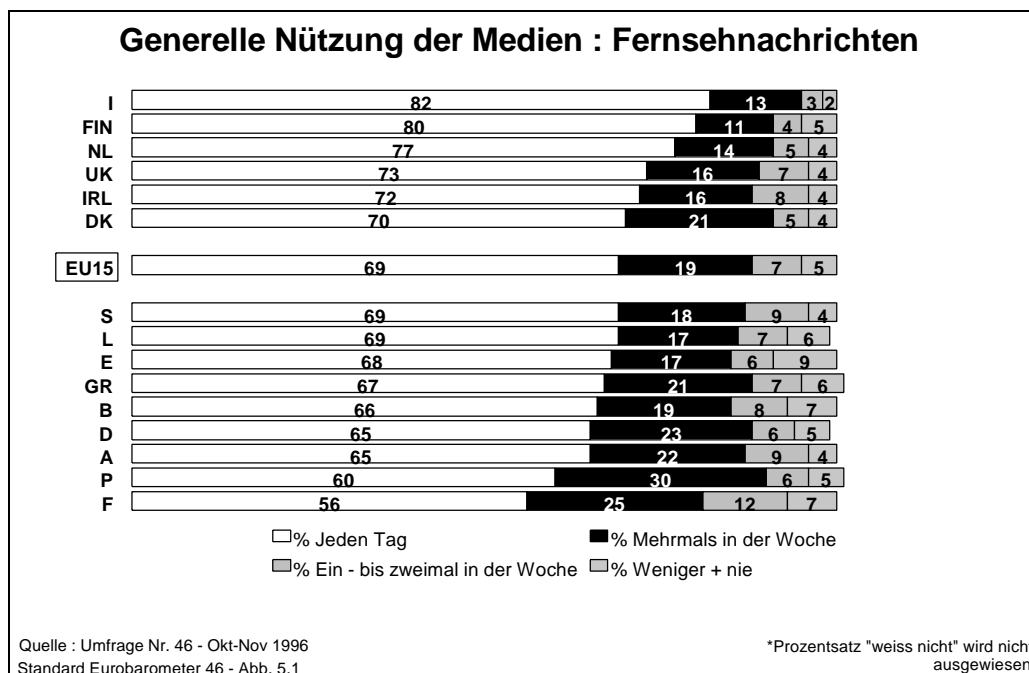
### 5.1 Generelle Nutzung der Medien

Bei den Eurobarometer Umfragen sollen die Befragten regelmäßig angeben, wie intensiv sie von den verschiedenen Nachrichtenmedien Fernsehen, Radio und Tageszeitungen Gebrauch machen.

#### Fernsehen:

Das Fernsehen ist die am häufigsten genannte Informationsquelle für allgemeine Nachrichten: fast sieben von zehn unserer Befragten geben an, täglich Fernsehnachrichten zu sehen, 19% zumindest mehrmals in der Woche, und nur 5 % geben an, dies "weniger oft" oder "nie" zu tun. An erster Stelle stehen hier die Italiener (82 % "jeden Tag"), gefolgt von den Finnen (80 %) und den Niederländern (77 %). Niedrigere Werte wurden in Frankreich (56 % "jeden Tag") und Portugal (60 %) gemessen, doch zeigt der kombinierte Wert von "jeden Tag" und "mehrmals in der Woche", daß ein sehr hoher Anteil der Bevölkerung die Fernsehnachrichten als wichtigste Informationsquelle nutzt. (Tabelle 5.1)

Die demographische Analyse ergibt, daß das Alter der wichtigste Indikator für die Häufigkeit ist, mit der Fernsehnachrichten gesehen werden: während acht von zehn Befragten im Alter über 55 jeden Tag Fernsehnachrichten sehen, geht diese Häufigkeit mit abnehmendem Alter zurück. Aus der Altersgruppe der 16-24-Jährigen gibt nur jeder Zweite an, täglich Fernsehnachrichten zu sehen. Auch diejenigen, die sich noch in der Ausbildung befinden, greifen in geringerem Umfang auf das Fernsehen zurück. Geringe Unterschiede in den Fernsehgewohnheiten bestehen zwischen Männern und Frauen oder auch zwischen denjenigen, die die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für eine gute bzw. eine schlechte Sache halten. (Tabelle 5.2)



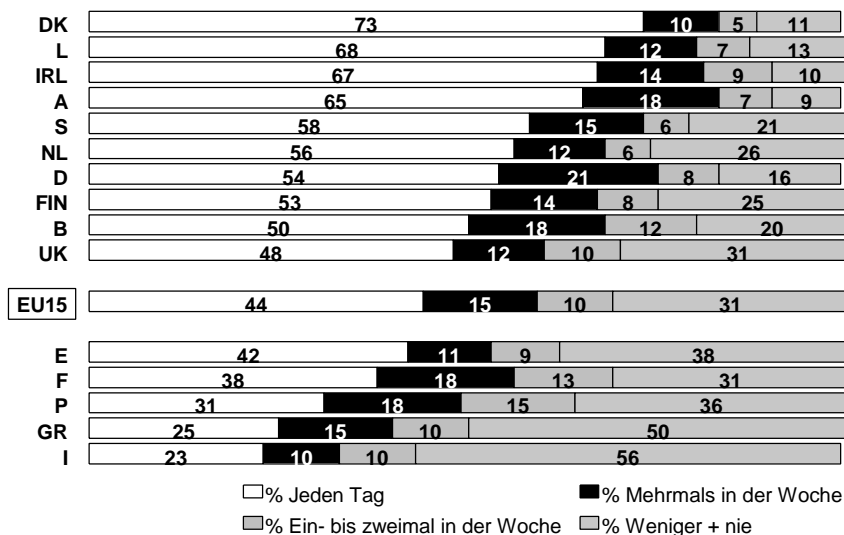
#### Radio:

Vom Radio, dem zweitwichtigsten Rundfunkmedium, wird in wesentlich unterschiedlicherem Umfang Gebrauch gemacht. In der EU insgesamt geben gut vier von zehn Befragten an, täglich Informationssendungen im Radio zu hören, während ein beträchtlicher Anteil von 31% sagt, dies

selten oder nie zu tun. Hohe Werte sind dabei in Dänemark (73% "jeden Tag"), Luxemburg (68%), Irland (67%) und Österreich (65%) zu verzeichnen, während in der Gruppe der Mittelmeerländer der höchste Wert ("jeden Tag") mit 42% in Spanien und der niedrigste mit 23% in Italien gemessen wurde. Umgekehrt finden wir in diesen Ländern einen sehr hohen Anteil derer, die selten oder nie Radionachrichten hören. (Tabelle 5.5)

Das Hören von Radiosendungen ist vorrangig eine Gewohnheit von Führungskräften (54% "jeden Tag") und Büroangestellten (47%), weniger hingegen von Arbeitslosen und Hausfrauen/männern (39% bzw. 41%). Höhere Werte werden ferner bei den über 25-Jährigen (alle Altersgruppen) erzielt, während die Jugendlichen wesentlich weniger Radio hören. Betrachtet man die Gesamteinstellungen der Befragten, so zeigt sich, daß diejenigen, die sich gut über Europa informiert fühlen, generell häufiger Informationssendungen im Radio hören, während zwischen den Gewohnheiten derer, die die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für "eine gute Sache" bzw. "eine schlechte Sache" halten, keine nennenswerten Unterschiede bestehen. (Tabelle 5.6)

### Generelle Nützung der Medien : Informationssendungen im Radio



Quelle : Umfrage Nr. 46 - Okt-Nov 1996  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 5.3

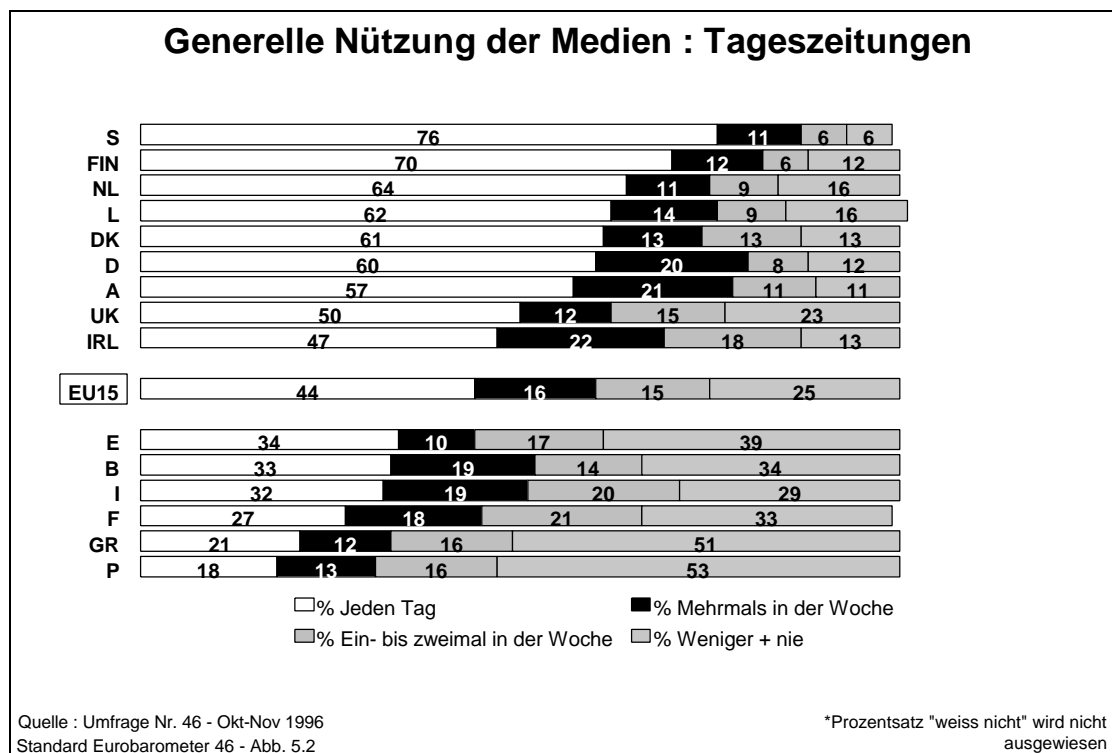
\*Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

## Tageszeitungen:

Die Tageszeitungen bildeten die dritte Option der hier vorgestellten Medien. Auch hier ist offenbar eine nur geringe Nutzung in den südlichen Ländern die Norm, wo beispielsweise in Portugal nicht einmal jeder Fünfte täglich die Zeitung liest, während sich 53 % selten oder nie in Zeitungen informieren. Besonders viele Zeitungsleser gibt es in Schweden (76%), Finnland (70 %) und den Niederlanden (64 %). (Tabelle 5.3)

Während zwischen Fernsehen und Radio aus demographischer Sicht keine nennenswerten Unterschiede bestehen, weisen die Zeitungsleser ein anderes Profil auf. So sind es 10% mehr Männer als Frauen (49 % : 39 %), die täglich die Zeitung lesen, und die Gewohnheit des Zeitungslens nimmt offenbar mit steigendem Alter zu: vergleichen wir die Altersgruppe der unter 25-Jährigen mit der Gruppe über 55, so ergeben sich Werte von 27% gegenüber 53 %. Führungskräfte und gut Verdienende sind ebenfalls intensivere Zeitungsleser (57% und 53 % "jeden Tag").

Gemessen an der Gesamteinstellung ergibt sich folgendes Bild: Meinungsführer erzielen höhere Werte (61 % hoher Indexwert zu 33 % niedriger Indexwert). Verblüffend ist jedoch, daß im Falle des täglichen Gebrauchs der Zeitung höhere Werte bei denjenigen erzielt werden, die eine negative Einstellung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union haben. Von denen, die die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für "eine schlechte Sache" halten, lesen 50% jeden Tag die Zeitung, wohingegen von denen, die sie für "eine gute Sache" halten, nur 44% täglich Zeitung lesen. (Tabelle 5.4)

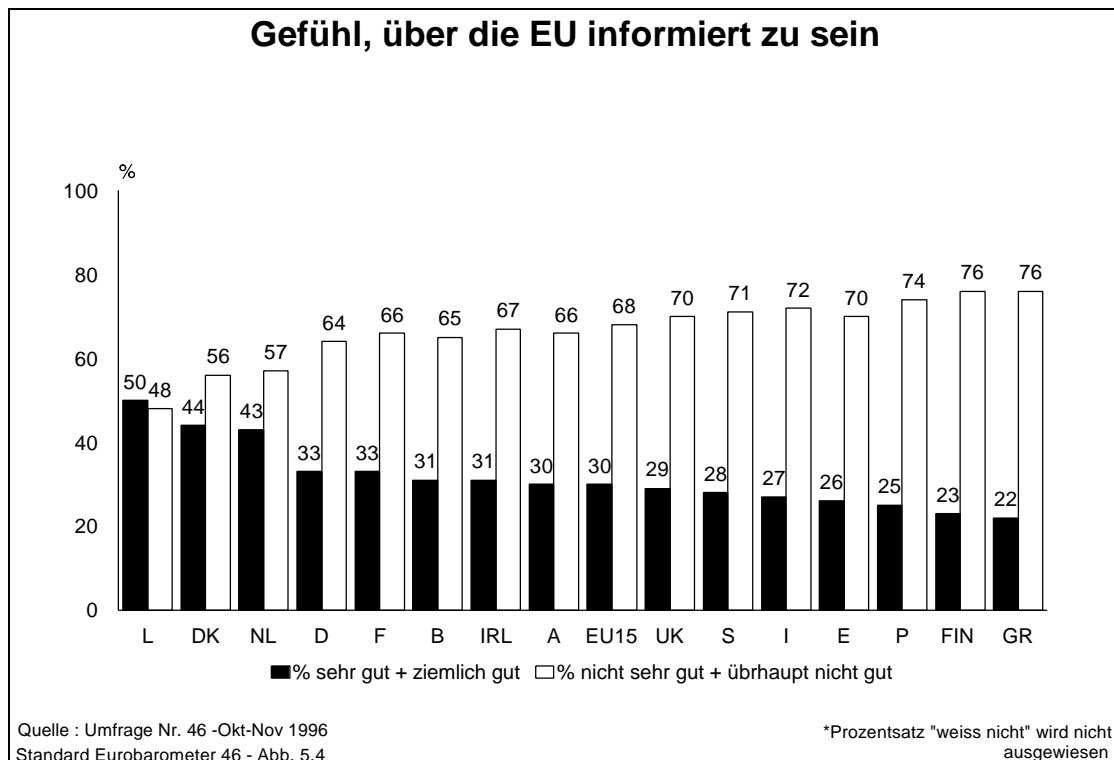




## 5.2 Das Gefühl des Informiertseins und die Nachfrage nach Information

Außer dem Gebrauch der Medien wurde bei der Umfrage untersucht, wie gut sich die Bürger über die Europäische Union informiert fühlen und ob sie den Wunsch haben, mehr über sie zu erfahren. Nur 30 % der Befragten geben an, "sehr gut" oder "ziemlich gut" über die Europäische Union informiert zu sein, wobei der Anteil derer, die sich für "sehr gut" informiert halten, lediglich bei 2 % der Gesamtzahl lag, d.h. die Zahl derer, die meinen informiert zu sein, ist seit dem Frühjahr 1995 um 3 % gesunken. Die überwiegende Mehrheit der europäischen Bürger ist nach wie vor nicht gut über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen informiert.

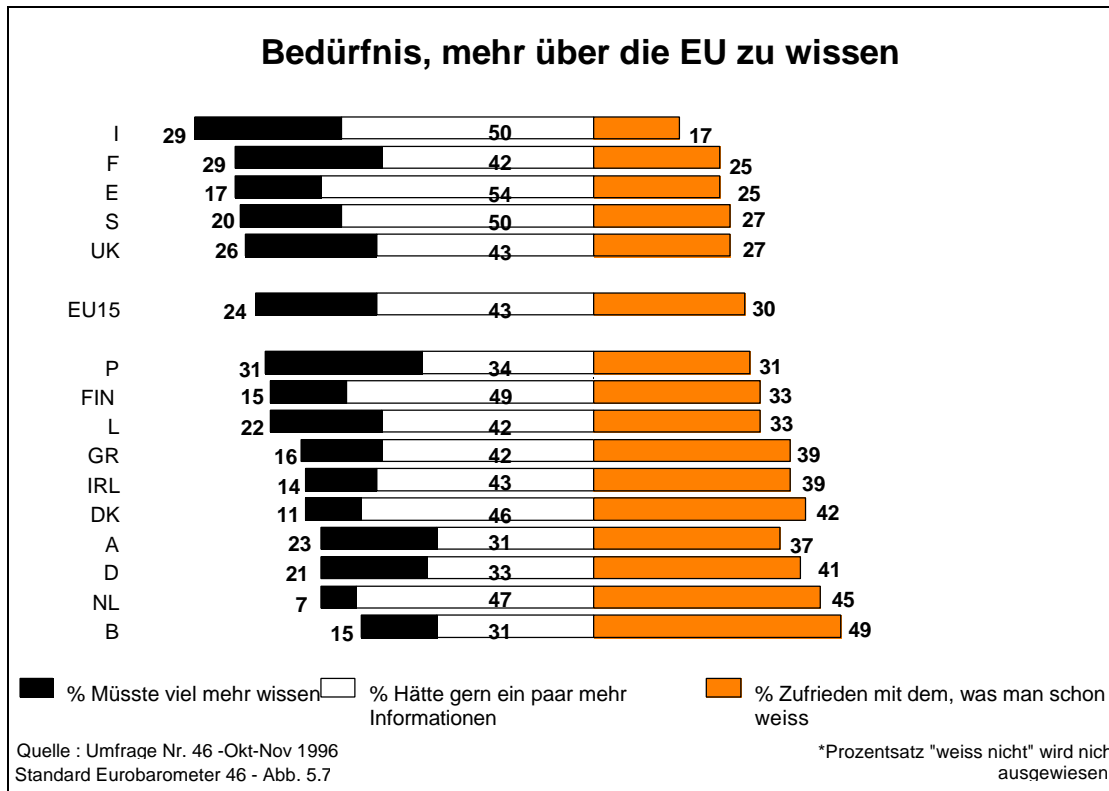
Im nationalen Vergleich bestätigen sich zwar die Tendenzen von vor zwei Jahren, daß nämlich die Einwohner Luxemburgs und Dänemarks am besten informiert sind, aber auch hier ist ein Abwärtstrend zu verzeichnen: Luxemburg -11 % und Dänemark -13 %. Besonders niedrige Werte wurden in Griechenland (22 % informiert), Finnland (23 %) und Portugal (25 %) verzeichnet. (Tabellen 5.7 und 5.8)



Wenn man sich vor Augen hält, daß sich fast sieben von zehn EU-Bürgern schlecht über EU-Angelegenheiten informiert fühlen, ist es nicht verwunderlich, daß sie gern mehr über die EU erfahren würden. Mit einer Anschlußfrage wurde gemessen, wie sehr die Bürger das Gefühl hatten, wirklich mehr über die EU wissen zu müssen. Insgesamt würde jeder Vierte gern "viel mehr" über die Union wissen, 43 % hätten gern ein paar mehr Informationen über die Europäische Union, während 30 % mit dem zufrieden sind, was sie schon wissen.

Die größte Nachfrage nach Information war in Portugal zu verzeichnen, wo 31 % meinten, sie müssten "viel mehr" über die Union wissen; sodann folgten Italien und Frankreich mit jeweils 29 %. Über 20 % lag der Anteil derer, die mehr über die Europäische Union wissen wollten, außerdem im Vereinigten Königreich (26 %), in Österreich (23 %), Luxemburg (22 %) und Deutschland (21 %). Am ehesten "zufrieden" mit dem, was sie schon wissen, waren die Belgier, die Niederländer und die Dänen.

Die demographische Analyse zeigt, daß das Bedürfnis nach mehr Information insbesondere in der Altersgruppe zwischen 25 und 54 vorhanden ist (26%), sowie bei denjenigen, die sich selbst als Meinungsführer einschätzen (30 %); ansonsten waren kaum Unterschiede auffällig. (Tabellen 5.9 und 5.10)



### 5.3 Bekanntheitsgrad der Bürgerrechte

Während wir im vorangegangenen Abschnitt den generellen Informationsstand über die Politik und die Institutionen der Europäischen Union untersucht haben, ging die Umfrage im folgenden auf die Meinung der Bürger zu einigen Fragen im Zusammenhang mit der Unionsbürgerschaft ein. Dabei wurde folgende Frage gestellt:

*Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob sie Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist:*

... *Sie müssen eine Arbeitserlaubnis haben, um in einem anderen Mitgliedsland der Europäischen Union arbeiten zu können*

... *Sie dürfen in einem anderen Land der Europäischen Union bei Kommunalwahlen wählen, wenn Sie dort einen Wohnsitz haben*

... *Sie haben das Recht, bei Unternehmen in anderen Ländern der Europäischen Union einen Arbeitsplatz zu suchen*

... *Sie haben kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung aus (eigenes Land), wenn Sie sich in einem anderen Land der Europäischen Union auf Arbeitssuche begeben*

... *Es gibt in allen Ländern der Europäischen Union eine einheitliche Telefonnummer für Notdienste*

... *Sie dürfen in einem anderen Land der Europäischen Union kein Sparkonto bei einer Bank haben oder eine Versicherung abschließen, sondern nur in dem Land, in dem Sie leben*

... *Sie dürfen innerhalb der Europäischen Union reisen, ohne Ihren Paß oder Personalausweis vorzeigen zu müssen*

... *Sie dürfen in jedem Land der Europäischen Union studieren*

... *Sie müssen durch den Zoll gehen, wenn Sie Dinge mit nach Hause nehmen, die Sie in einem anderen Land der Europäischen Union für den persönlichen Bedarf gekauft haben*

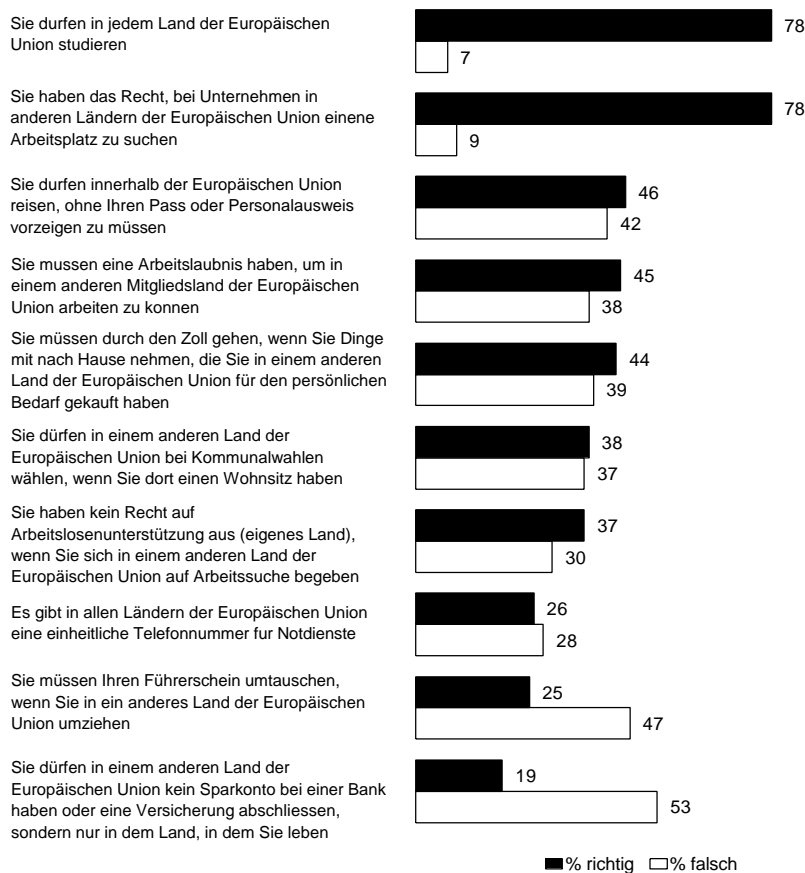
... *Sie müssen Ihren Führerschein umtauschen, wenn Sie in ein anderes Land der Europäischen Union umziehen.*

Es zeichnete sich deutlich ab, daß sich die überwiegende Mehrheit der Bürger der beiden Grundfreiheiten, in einem anderen Mitgliedstaat zu studieren und einen Arbeitsplatz zu suchen, durchaus bewußt war. Fast acht von zehn der Befragten nannten diese Rechte, während nur wenige annahmen, daß diese Aussagen falsch waren.

Die Befragten waren ferner der Meinung, daß sie ihren Führerschein nicht umtauschen müssen, wenn sie in ein anderes Land der Union umziehen, und daß sie in einem anderen Mitgliedsland ein Sparkonto bei einer Bank haben oder eine Versicherung abschließen können.

In allen anderen abgefragten Bereichen zeigt sich große Unsicherheit über die derzeitige Lage, wobei die Aussagen zu gleichen Teilen für richtig oder falsch gehalten wurden. (Tabellen 5.11 und 5.12)

## Bekanntheitsgrad der Bürgerrechte



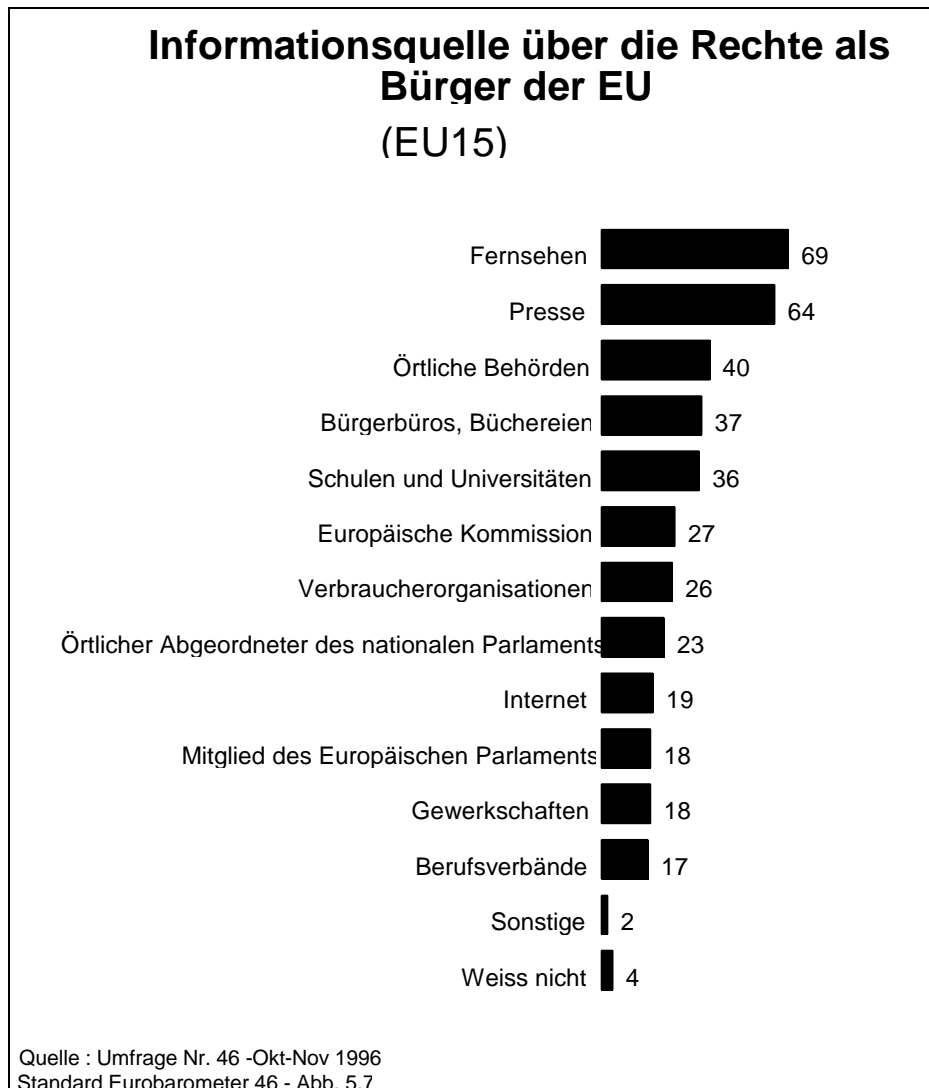
Quelle : Umfrage Nr. 46 - Okt-Nov 1996

Standard Eurobarometer 46 - Abb. 5.6

\*Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

## 5.4 Informationsquellen über die Bürgerrechte

Wenn sich die Befragten unsicher über ihre Rechte als Bürger der Europäischen Union zeigen, ist es opportun weiter zu fragen, wo sie ihrer Meinung nach derartige Informationen erhalten können sollten. Wie bei früheren Umfragen<sup>12</sup> wurden am häufigsten das Fernsehen und die Presse genannt (69% bzw. 64 %). Mit großem Abstand hinter diesen beiden Informationsquellen wurden örtliche Behörden, Bürgerbüros und Büchereien sowie Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten angegeben.



<sup>12</sup>

Beim Ländervergleich treten einige auffällige Unterschiede zutage, wie die Bürger von den verfügbaren Informationsquellen Gebrauch machen. Den **örtlichen Behörden** als dritthäufigste Informationsquelle wird vor allem in den Niederlanden (65 %), Schweden (58 %), im Vereinigten Königreich (49 %) und in Dänemark (48 %) besondere Bedeutung beigemessen. **Öffentliche Büchereien** sind vor allem in den Augen der Briten (69 %), Dänen (68 %), Niederländer (67 %) und Schweden (58 %) besonders nützlich. **Schulen und Universitäten** wurden ausschließlich in Schweden von 61 % der Befragten als potentielle Informationsquelle angesehen, während die Zahlen überall sonst wesentlich niedriger lagen. Von den übrigen Informationsquellen wies das **Internet** mit Werten zwischen 11 % in Spanien und 42 % in Schweden die größte Schwankungsbreite auf. (Tabellen 5.13 und 5.14)

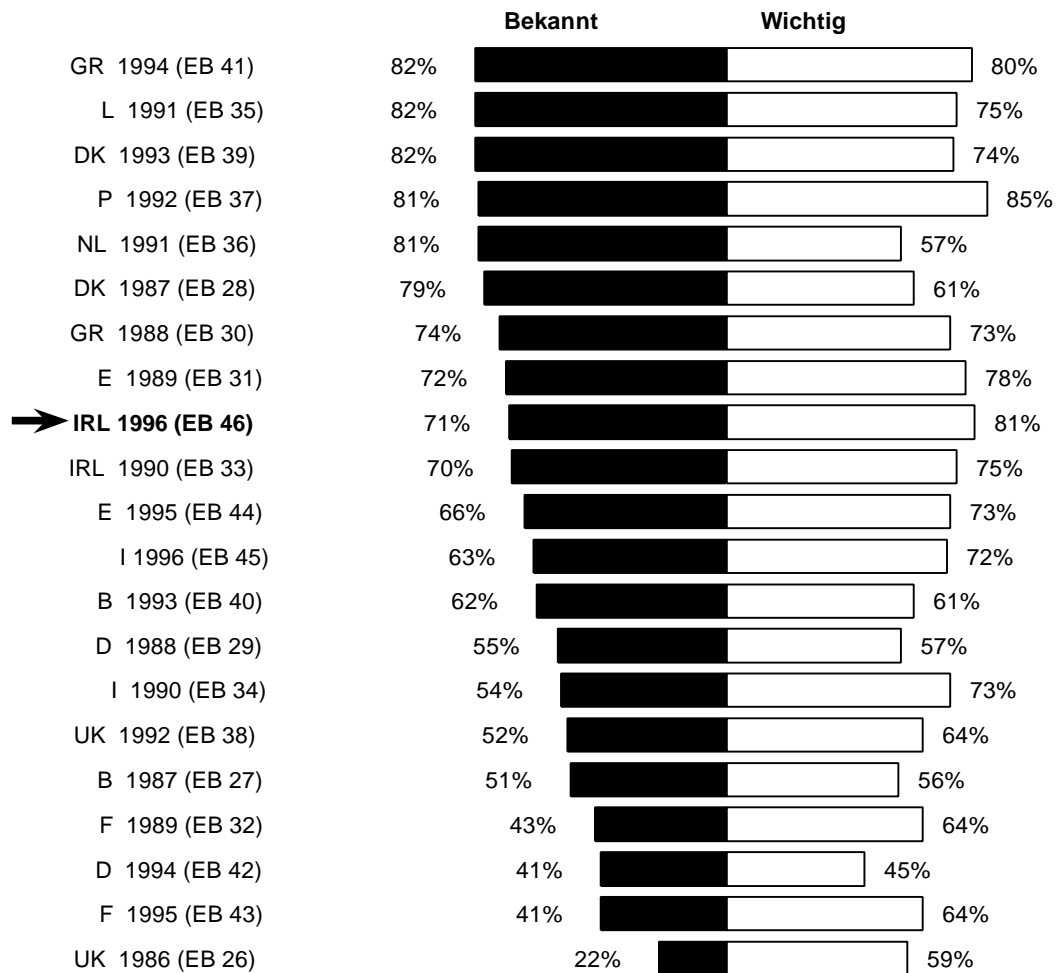
## 5.5 Die irische Präsidentschaft

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union haben abwechselnd für einen Zeitraum von sechs Monaten die Präsidentschaft im Ministerrat inne. Seit Herbst 1986 wird bei der Eurobarometer-Umfrage regelmäßig jeweils in dem Land, das gerade die Präsidentschaft im Rat innehat, nach dem Bekanntheitsgrad und dem Image dieser Präsidentschaft gefragt.

In der zweiten Jahreshälfte 1996 hatte die Irland die Präsidentschaft inne, die es am 1. Juli 1996 von Italien übernommen hatte. 71 % der Befragten in Irland erinnerten sich daran, etwas über diese Rolle ihres Landes gehört oder gelesen zu haben. Dies war ein Anstieg von +1% gegenüber 1990, als Irland zuletzt die Präsidentschaft innehatte.

Eine zweite Frage bezog sich auf die Bedeutung, die die Bürger der Präsidentschaft ihres Landes beimessen. Insgesamt hielten 81 % der irischen Befragten diese Funktion für wichtig. Dies ist der zweithöchste Anteil, der seit der Einführung dieser Frage je erzielt wurde; einen höheren Wert erreichte nur Portugal 1992 mit 85 %.

### Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Präsidentschaft im Rat



Quelle : Umfrage Nr. 46 - Okt-Nov 1996  
Standard Eurobarometer 46 - Abb. 5.10

\* nicht bekannt/nicht wichtig und "weiss nicht"  
werden nicht ausgewiesen

## 6. Sonstige Dimensionen der Europäischen Union

Wie in der Einleitung bereits erwähnt befaßt sich Eurobarometer nicht nur mit einer Reihe Standardfragen, sondern auch mit verschiedenen Fragen im Auftrag einzelner Generaldirektionen. In diesem letzten Kapitel befassen wir uns mit den Ergebnissen von zwei dieser Fragenkataloge. Der eine betrifft die Umwelt und der andere die Bedeutung, die der Entwicklungshilfe an *"die armen Länder Afrikas, Südamerikas und Asiens"* beigemessen wird. Die hier erörterten Fragen machen nur einen geringen Teil umfangreicherer Studien aus, aber sie vermitteln dennoch einen Eindruck von der öffentlichen Meinung in diesen beiden wichtigen Bereichen.

### 6.1 Die Bedeutung von Umweltfragen

In dieser Frage, die Teil eines längeren Fragenkatalogs war, sollten die Befragten die Bedeutung einer Reihe von Umweltfragen im Zusammenhang mit dem Energieverbrauch bewerten. Für fünfzehn Sachverhalte sollte einzeln angegeben werden, ob man sie für ein "wirklich wichtiges" oder "nicht wirklich wichtiges" Ziel hält.

Von den fünfzehn vorgelegten Aussagen wurde die Notwendigkeit **"sauberere Luft in den Städten"** von über neun von zehn Befragten als wichtig eingestuft, während nur 4% dieses Anliegen nicht für wichtig hielten. Die Ergebnisse in dieser Frage fielen unionsweit ähnlich aus, wobei in Schweden ein ganz besonders hoher Wert (98%) gemessen wurde.

Die beiden eng verknüpften Ziele **"Verringerung der Luftverschmutzung durch Investitionen in bessere Verkehrsregelungen"** und **"Verbesserungen im öffentlichen Verkehrswesen"** werden beide von 87 % der Befragten befürwortet, wobei der zweite Punkt in sieben Mitgliedstaaten die Zustimmung von über neun von zehn Befragten findet.

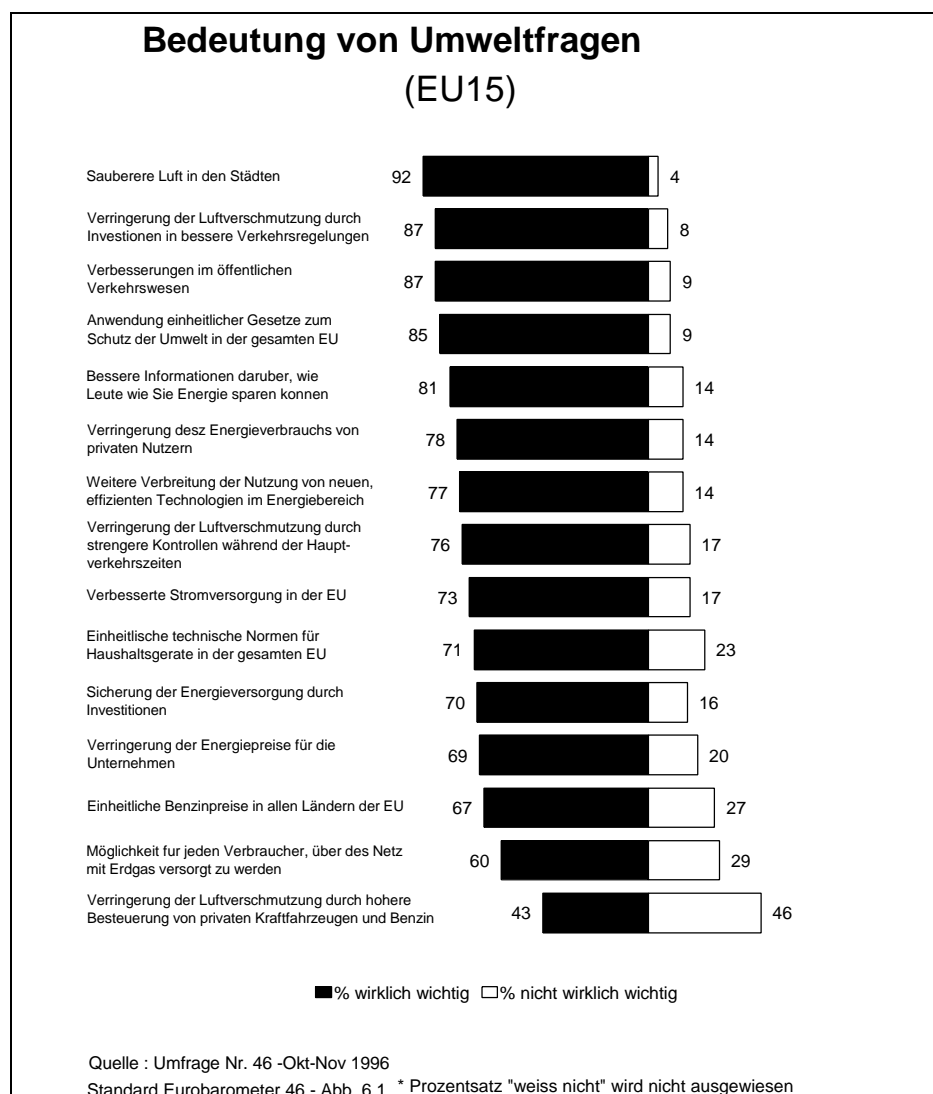
Ebenso wie bei allgemeineren Fragen zu einer EU-weiten Gesetzgebung finden wir auch hier breite Zustimmung zu **"einheitlichen Gesetzen zum Schutz der Umwelt"**: 85 % halten dies für ein wichtiges Anliegen, in dem interessanterweise abgesehen von den Niederlanden (wo die Zustimmung mit 96 % außergewöhnlich hoch war) kaum Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsländern zu verzeichnen waren, was darauf schließen läßt, daß wir in dieser Frage auf einen unionsweiten Konsens zählen können.

Die Bereitschaft des Einzelnen, in diesem Bereich selbst Verantwortung zu übernehmen, spiegelt sich in den Antworten auf die Aussagen **"bessere Informationen darüber, wie Leute wie Sie Energie sparen können"** und **"Verringerung des Energieverbrauchs von privaten Nutzern"** wider. Beide Aussagen fanden breite Zustimmung von 81 % bzw. 78 % der Befragten. Im Ländervergleich zeigt sich, daß die Spanier und Portugiesen (beide 90%) besonders großen Wert auf mehr Information legen, während in Deutschland mit 71 % der geringste Wert gemessen wurde.



In einer Reihe von Aussagen zu den **technologischen Aspekten des Energieverbrauchs** war die Zustimmung zwar nicht ganz so hoch wie bei den vorstehend genannten Maßnahmen, doch vereinigten sie mit mindestens zwei Dritteln Pro-Stimmen dennoch eine deutliche Mehrheit auf sich. Als weniger wichtig hingegen wurde **"die Möglichkeit für jeden Verbraucher, über das Netz mit Erdgas versorgt zu werden"** eingestuft. 60 % der Befragten hielten dies für ein wichtiges Ziel. In diesem Punkt waren ausgeprägte nationale Unterschiede festzustellen: während nur 27% der Schweden und 34 % der Dänen dies für ein wichtiges Ziel hielten, sprachen sich in Griechenland, den Niederlanden, Portugal und Italien fast drei Viertel der Befragten dafür aus.

Der einzige Vorschlag, der nicht auf die Zustimmung einer Mehrheit stieß, betraf die "Verringerung der Luftverschmutzung durch höhere Besteuerung von privaten Kraftfahrzeugen und Benzin": 43 % hielten dies für wichtig, während 46 % gegenteiliger Ansicht waren. Daraus können wir den Schluß ziehen, daß Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Verringerung der Luftverschmutzung zwar alles in allem durchaus auf Zustimmung treffen, jedoch nicht auf Kosten der privaten Kraftfahrer, daß bessere Verkehrsregelungen, strenge Kontrollen während der Hauptverkehrszeiten, Verbesserungen im öffentlichen Verkehrswesen generell akzeptiert werden, die Kosten für die private Nutzung von Kraftfahrzeugen jedoch nicht steigen sollten. (Tabellen 6.1 und 6.2)



## 6.2 Die Bedeutung der Entwicklungshilfe der Europäischen Union an Drittländer

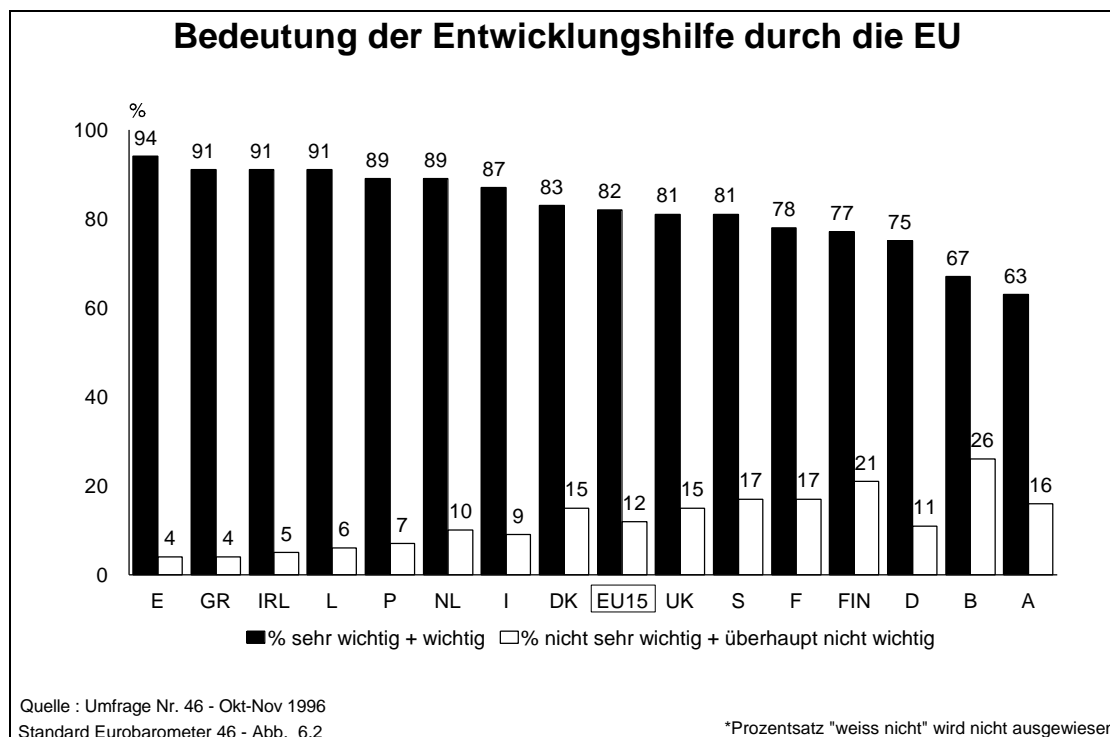
Ein zweiter Themenkomplex im Rahmen dieser Umfrage befaßt sich mit der Hilfe an Entwicklungsländer. Wir befassen uns mit der Bedeutung, die der Entwicklungshilfe generell beigemessen wird, und mit dem Umfang der Entwicklungshilfe, die die eigene Regierung und die Europäische Union in den Augen der Bürger leisten sollte.

Auf die Frage

*"Ist es Ihrer Meinung nach sehr wichtig, wichtig, nicht sehr wichtig oder überhaupt nicht wichtig, den Menschen in den armen Ländern Afrikas, Südamerikas, Asiens usw. Entwicklungshilfe zu leisten?"*

antwortete jeder Dritte, er halte die Entwicklungshilfe für die armen Länder für "sehr wichtig", während weitere 48 % dies als "wichtig" und nur 12 % Entwicklungshilfe als "nicht sehr wichtig" oder "überhaupt nicht wichtig" erachteten. Ein besonders hoher Stellenwert wurde der Entwicklungshilfe in Spanien beigemessen, wo 54 % sie als "sehr wichtig" und weitere 40 % als "wichtig" einstufen (d.h. es ergibt sich ein Kombinationswert von 94 %). Sehr hoch war die Zustimmung auch in Griechenland, Irland und Luxemburg, wo jeweils ein Kombinationswert von 91 % erreicht wurde.

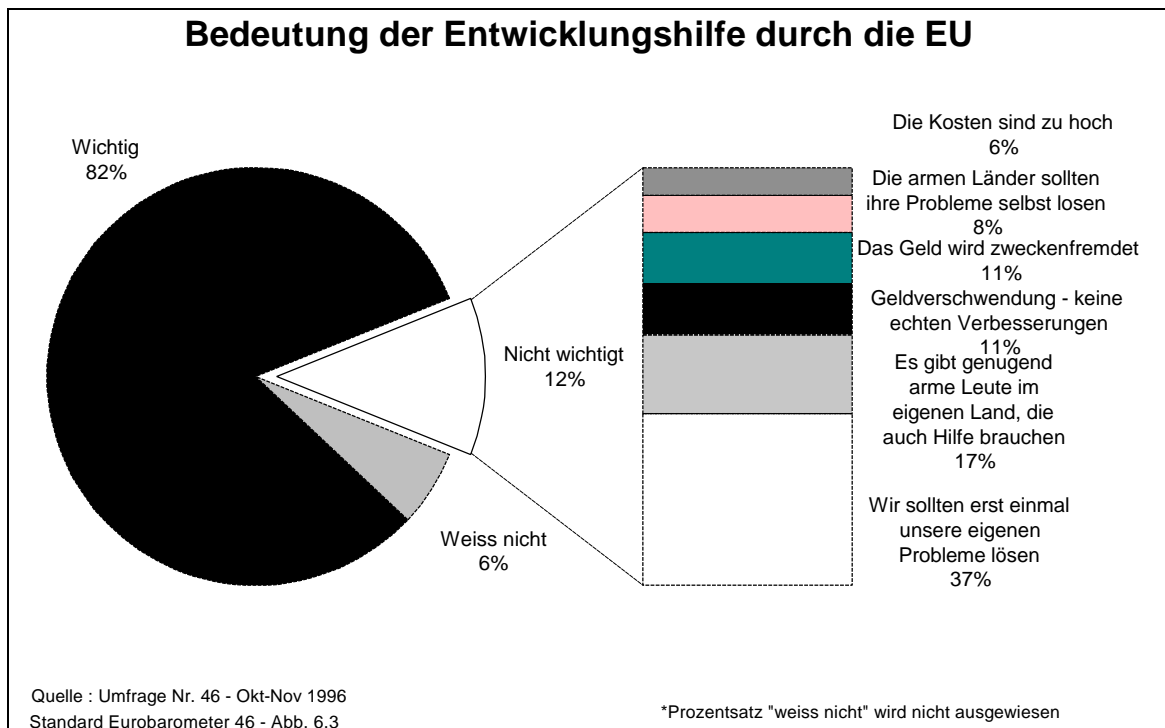
Belgien und Finnland fallen als die beiden Mitgliedstaaten auf, in denen die Öffentlichkeit am wenigsten geneigt ist, den ärmeren Ländern Hilfe zukommen zu lassen. In beiden Ländern halten weniger Bürger die Entwicklungshilfe für sehr wichtig (Belgien 19 % "sehr wichtig", Finnland 21 %). Wie aus der nachstehenden Abbildung hervorgeht, bildet Österreich in der Frage der Bedeutung das Schlußlicht, wobei allerdings ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Befragten keine Meinung äußerte (21 %). (Tabellen 6.3 und 6.4)



### 6.3 Gründe, die gegen die Entwicklungshilfe sprechen

Diejenigen, die Entwicklungshilfe nicht für wichtig halten, haben dafür verschiedene Gründe, doch war der zentrale Tenor "die Wohltätigkeit beginnt zu Hause". 37 % vertraten die Ansicht, die EU-Länder sollten zunächst einmal ihre eigenen Probleme lösen, weitere 17 % meinten, "es gebe im eigenen Land genügend arme Leute, die auch Hilfe benötigen".

Außer diesen auf das eigene Land bezogenen Eindrücken wurden gewisse Zweifel an der Effektivität der Entwicklungshilfe geäußert: 11 % glaubten, das Geld werde zweckfremdet, und weitere 11 % waren der Meinung, die Entwicklungshilfegelder brächten wenig echte Verbesserungen. Schließlich gab es eine dritte Gruppe von Befragten, die meinten, diese Länder sollten ihre Probleme selbst lösen, oder daß die Kosten der Entwicklungshilfe einfach zu hoch seien.



## 6.4 Umfang der Hilfe durch nationale Regierungen und Europäische Kommission

Auf die Frage, wie hoch die von den **nationalen Regierungen** geleistete Entwicklungshilfe sei, stellt sich heraus, daß unionsweit (EU 15) 15 % der Befragten meinen, die von der Regierung geleistete Hilfe sollte "sehr verstärkt" werden, 40 % denken, sie sollte "etwas verstärkt" werden, 19% möchten sie "etwas verringert" und nur 8 % "sehr verringert" sehen. Interessanterweise wußte fast jeder Fünfte nicht zu sagen, ob er eine Verstärkung oder aber eine Verringerung der Entwicklungshilfe befürwortet.

Die nationalen Unterschiede sind sehr ausgeprägt. Die stärkste Zustimmung finden wir in Spanien, wo sich 31 % der Befragten für eine deutliche Erhöhung der Entwicklungshilfe aussprechen; sodann folgen Griechenland mit 22 %, Luxemburg mit 21 %, und das Vereinigte Königreich mit 20 %. Schweden, Österreich, Dänemark und Finnland tendieren am wenigsten dazu, umfangreichen Erhöhungen zuzustimmen (nur 5 % bis 6 %).

Im Vergleich dazu sprechen sich 24 % der Befragten dafür aus, daß die Hilfe, die von der **Europäischen Kommission** geleistet wird, "sehr verstärkt" werden sollte, d.h. rund 9 % mehr als bei den nationalen Regierungen. Auch hier sind die stärksten Befürworter in Griechenland und Spanien anzutreffen, wo sich 48 % bzw. 42 % für eine deutliche Aufstockung der von der Europäischen Kommission bereitgestellten Entwicklungshilfe aussprechen. Portugal war mit 38% Zustimmung ebenfalls ein starker Befürworter von mehr Hilfe.

Österreich, Finnland, Belgien und Dänemark waren die Länder, die am wenigsten zu einer Erhöhung der Hilfe bereit waren. Noch interessanter jedoch ist auch hier das hohe Maß der Unentschlossenheit: 22 % aller EU-Bürger sahen sich nicht in der Lage, dazu Stellung zu nehmen, wobei dieser Anteil in Österreich und Schweden mit jeweils 35 % besonders hoch war.

Die demographische Aufschlüsselung ergibt folgendes Bild: zu mehr Entwicklungshilfe sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene tendieren eher die Frauen, Jugendliche und Bürger mit hohem Bildungsniveau. Im nationalen Bereich ist die politische Linke stärker zugunsten von mehr Entwicklungshilfe eingestellt, was jedoch hinsichtlich der Europäischen Kommission weniger ausgeprägt ist. Dabei darf man allerdings nicht außer Acht lassen, daß diese Werte einen beträchtlichen Anteil unentschlossener Antworten umfassen. (Tabellen 6.5 und 6.6)